

Verhandlungsschrift

über die am **Montag, dem 14. Mai 2012**,
in der Welser Stadthalle stattgefundene

19. Sitzung des Gemeinderates

Beginn der Sitzung: 15.00 Uhr

Ende der Sitzung: 20.25 Uhr

Die Verhandlungsschrift der 18. Sitzung des Gemeinderates vom 26.03.2012 liegt zur Einsichtnahme auf.

A n w e s e n d e

Vorsitzender: Bürgermeister Dr. Peter Koits

SPÖ-Gemeinderatsfraktion

1. Vizebürgermeister Hermann Wimmer

Stadträtin (ohne Gemeinderatsmandat):

Silvia Huber

Gemeinderäte:

Hannelore Aigner

Stefan Ganzert

Ernst Kirchmayr

Johann Reindl-Schwaighofer

Mag. Sabine Brenner-Nerat

Klaus Hoflehner

Brigitte Lindlbauer

Karl Schönberger

Raimund Buttinger

Mag. Bernhard Humer

Barbara Wildfellner

FPÖ-Gemeinderatsfraktion

2. Vizebürgermeister Dr. Bernhard Wieser

Stadträte (ohne Gemeinderatsmandat):

Gerhard Kroiß

Dr. Andreas Rabl

Gemeinderäte:

KommR. Willibald Baumgartner

Margarete Josseck-Herd

Mag. Georg Parzmayr

Manfred Wiesinger

Dipl.-Ing. Gunter Haydinger

Mag. Günter Lehner

Christa Raggl-Mühlberger

Heribert Helm

Dietmar Marehard

ÖVP-Gemeinderatsfraktion

3. Vizebürgermeisterin Anna Eisenrauch

Stadtrat (ohne Gemeinderatsmandat):

Peter Lehner

Gemeinderäte:

Dr. Peter Csar

Herbert Pernkopf

Walter Zaunmüller

Stefan Haböck

Brigitte Wartinger

Augustine Hacker

Markus Wiesinger

GRÜNE-Gemeinderatsfraktion

Gemeinderäte:

Dipl.-Ing. Renate Leitinger

Mag. Elke Mayerhofer

Prof. Mag. Walter Teubl

Vom Magistrat:

MD MMag. Dr. Renate Kamleithner
sowie leitende MitarbeiterInnen des Magistrates

Schriffthführer:

W.OAR. Johann Höpfl

Beate Wiesinger

Entschuldigt:

GR. Mag. Petra Lipp (SPÖ)

GR. Egon Schatzmann (FPÖ)

Verlauf der Sitzung

Der Bürgermeister eröffnet die Sitzung, begrüßt alle Anwesenden und stellt fest, dass

- a) die Sitzung ordnungsgemäß einberufen wurde,
- b) die Verständigung gemäß der vorliegenden Einladung vom 08.05.2012 an alle Mitglieder des Gemeinderates schriftlich erfolgt ist und am gleichen Tage öffentlich an der Amtstafel kundgemacht wurde,
- c) die Beschlussfähigkeit gegeben ist.

Anfrage von GR. Mag. Elke Mayerhofer an Bgm. Dr. Peter Koits betreffend Rahmen-Gleichbehandlungsprogramm (Frauenförderprogramm):

Bgm. Dr. Koits verweist auf eine zusätzliche Anfrage (Anlage 1) von Gemeinderätin Mag. Mayerhofer zum Frauen-Gleichbehandlungsprogramm, welche insgesamt 15 Punkte umfasst und deshalb schriftlich beantwortet wird.

Weiters stellt der Bürgermeister fest, dass Frau Gemeinderätin Mag. Mayerhofer auch Vorsitzende des Frauenangelegenheiten- und Gleichbehandlungsausschusses ist und als solche die Möglichkeit hätte, entweder mit den Mitarbeiterinnen oder auch mit dem Bürgermeister über diese Thematik zu reden, das heißt, es müsste nicht unbedingt offiziell im Gemeinderat solch eine umfangreiche Anfrage eingebracht werden.

GR. Mag. Mayerhofer stellt mit Bedauern fest, dass ihre mit 31.01.2012 eingebrachte Anfrage in einer für sie unzureichenden Art und Weise beantwortet wurde und sie sich deshalb genötigt sah, neuerlich eine Anfrage einzubringen.

Bgm. Dr. Koits verweist abgesehen von dieser Anfrage darauf, dass so wie vereinbart noch im ersten Halbjahr 2012 eine Beratung über ein neues Frauenförderprogramm erfolgen wird.

Mitteilungen des Bürgermeisters

- a) Begrüßung der neuen Magistratsdirektorin, Frau MMag. Dr. Renate Kamleithner:

Bgm. Dr. Koits: Eigentlich hätte ich es schon gleich am Beginn der Sitzung machen sollen, darf es aber jetzt nachholen und ganz herzlich in unserer Mitte die neue Magistratsdirektorin, Frau Dr. Renate Kamleithner, begrüßen. Sie ist heute zum ersten Mal bei uns im Gemeinderat und ich wünsche ihr für die Zukunft viel Erfolg. Ich bitte sie um gute Zusammenarbeit mit allen Damen und Herren des Stadt-

senates und Gemeinderates. Soweit das nicht ohnehin schon in der Öffentlichkeit geschehen ist, wird sie sich in den verschiedenen Ausschüssen, zu denen sie kommt, noch näher vorstellen.

Nochmals herzlich willkommen und alles Gute.
(Beifall!)

b) SPÖ-Gemeinderatsfraktion; Wechsel im Fraktionsvorsitz:

Bgm. Dr. Koits: Ich habe von der SPÖ-Gemeinderatsfraktion eine Mitteilung bekommen, die ich ihnen zur Kenntnis bringen darf.

Bislang war Herr Vizebürgermeister Hermann Wimmer Fraktionsvorsitzender und Stellvertreter war Herr Gemeinderat Johann Reindl-Schwaighofer. Neuer Vorsitzender der SPÖ-Fraktion ist nun Herr Gemeinderat Reindl-Schwaighofer und demzufolge gibt es auch einen Wechsel in der Vertretung. Neue Fraktionsvorsitzende-Stellvertreterin ist somit Frau Gemeinderätin Barbara Wildfellner.

Ich wünsche alles Gute und hoffe auf gute Zusammenarbeit auch in diesen Funktionen.
(Beifall!)

c) Dringlichkeitsantrag der im Stadtsenat vertretenen Gemeinderatsfraktionen betreffend Wettbüros in Wels (Auftrag an die Stadtverwaltung und Resolution an den Oö. Landtag); Beantwortung seitens des Landes:

Bgm. Dr. Koits: In Hinblick auf den von uns in der Sitzung am 26. März 2012 beschlossenen Dringlichkeitsantrag wurde mir seitens des Landes zurückgeschrieben, dass der Oö. Landtag bereits in seiner Sitzung am 19. April 2012 den Bericht des gemischten Ausschusses betreffend die Oö. Spielapparate- und Wettgesetznovelle beschlossen hat.

Zum geforderten Betretungsverbot solcher Betriebe für Personen unter 18 Jahren darf auf § 7 Abs. 1 Z. 4 des Oö. Jugendschutzgesetzes verwiesen werden, dass Jugendlichen den Aufenthalt in Räumen oder an sonstigen Orten, wo überwiegend Wetten oder sonstige Spiele um Geld oder Geldeswert in nicht nur geringfügiger Höhe abgeschlossen bzw. gespielt werden, verbietet. Als geringfügig gilt ein Betrag von höchstens 1 Euro Einsatz pro Spiel und Wette.

Hiezu darf ich persönlich noch ergänzend ausführen, dass in der Beschlussfassung des Landtages zu diesem Gesetz erstmals aufgrund unserer Anregungen Bedingungen und Auflagen festgeschrieben wurden, was natürlich den Behörden eine bessere Handhabe bietet.

Weiters heißt es in diesem Schreiben der Landtagsdirektion, dass der Petitions- und Rechtsbereinigungsausschuss damit die Petition des Welser Gemeinderates als bestmöglich umgesetzt sieht.

d) Initiativantrag der GRÜNE-Gemeinderatsfraktion betreffend Beschlussfassung einer Resolution zur Erhaltung der Almtalbahn; Beantwortung seitens des Landes:

Bgm. Dr. Koits: Zu unserer Resolution betreffend Erhaltung der Almtalbahn vom 26.03.2012 erhielt ich ebenfalls ein Antwortschreiben von der Landtagsdirektion.

Hier heißt es: „In der an den Landtag gerichteten Resolution der Stadtgemeinde Wels wurde vom Landtag der Erhalt der Almtalbahn gefordert. Zu dieser Forderung fasste der Petitions- und Rechtsbereinigungsausschuss den Beschluss, diese Petition an den zuständigen Referenten der Landesregierung mit dem Ersuchen um Prüfung und Abgabe einer Stellungnahme an den Petenten zu übermitteln. Als Obfrau des Petitions- und Rechtsbereinigungsausschusses darf ich Dir, sehr geehrter Herr Landesrat, die Petition als Anlage zur Information mit dem Ersuchen um Prüfung und Beantwortung an die Stadt Wels weiterleiten. Gleichzeitig darf ich darum ersuchen, das Antwortschreiben auch an die Landtagsklubs und an die Landtagsdirektion zu senden.“

Soweit ich in dieser Sache informiert bin, gibt es nun laufend Verhandlungen zwischen dem Land Oberösterreich auf der einen Seite und den Österreichischen Bundesbahnen auf der anderen Seite. Allerdings werden sich diese Verhandlungen sicher bis in den Herbst hineinziehen. Und wir werden sehen, ob wir als Stadt Wels selbst oder als Städte- bzw. Gemeindebund in die Verhandlungen einbezogen werden.

Aktuelle Stunde

Bgm. Dr. Koits: Mit Eingang vom 13. April 2012 beantragte die Fraktion der GRÜNEN die Abhaltung einer „Aktuellen Stunde“ in der Sitzung des Gemeinderates vom 14.05.2012. Das Thema soll lauten: Modelle von Demokratie.

Am 8.Mai 2012 schrieb die freiheitliche Fraktion, dass sie fristgerecht den Antrag auf Abhaltung einer „Aktuellen Stunde“ zum Thema „Bildungskonferenz“ stellen will.

Nachdem die Anmeldung seitens der grünen Fraktion als erste erfolgte, wird heute deren Thema behandelt.

Modelle von Demokratie:

GR. Mag. Mayerhofer: In letzter Zeit wurde sehr viel über Demokratie und Bürgerinnen- sowie Bürgerbeteiligung gesprochen. Auf Bundesebene hat die Junge ÖVP ein Konzept vorgelegt unter dem klingenden Titel: „Demokratie neu.“ Und die Freiheitlichen versuchen auf Bundes-, Landes- und Gemeindeebene die Demokratie für sich zu vereinbaren. Dann war auch noch einer Presseaussendung des Magistrates von voriger Woche zu entnehmen, dass sich in der nächsten Sitzung des Präsidialausschusses alles um die Themen „Demokratie“ und „Transparenz“ drehen soll. Wir GRÜNEN wollen bereits heute über die Vielfalt des Begriffs „Demokratie“ in aller Öffentlichkeit diskutieren. Dementsprechend haben wir für heute eine „Aktuelle Stunde“ mit dem Titel „Modelle von Demokratie“ beantragt.

Konkret muss man sagen, dass es eigentlich jede Menge dieser Modelle gibt. Mehrheitsdemokratien, repräsentative Demokratien, direkte Demokratien, partizipatorische Demokratien, parlamentarische Demokratien usw. Diese Auflistung ließe sich noch um einige Beispiele fortsetzen und ihre Erörterung würde den Rahmen dieser „Aktuellen Stunde“ sprengen. Daher konzentriere ich mich heute auf zwei Formen, nämlich auf die „direkte Demokratie“ und auf die „partizipatorische Demokratie“.

Vorerst erlaube ich mir noch einen kurzen Nachtrag zur letzten Gemeinderatssitzung, wo es bereits einige Ansätze zur Diskussion über mehr Demokratie gab. Wir leben in einer repräsentativen Demokratie mit direktdemokratischen Elementen und nicht in einer direkten Demokratie, was doch einen Unterschied ausmacht.

Wodurch zeichnet sich nun eine direkte Demokratie aus? Volksbefragung, Volksabstimmung und Volksbegehren sind jene drei Formen, welche die österreichische Verfassung kennt, wenn es um die Bürgerinnen- und Bürgerbeteiligung geht. Allgemeiner ausgedrückt kann man sagen, dass die wahlberechtigte Bevölkerung zu den Wahlurnen gerufen wird, um über einen Sachverhalt abzustimmen. Dabei kann die Bevölkerung der Angelegenheit, die eben zur Abstimmung ansteht, zustimmen oder sie ablehnen. Differenzierte Stimmzettel mit mehreren Optionen sind leider ein Wunschdenken. Kritikerinnen und Kritiker dieser Form der Bürgerbeteiligung führen gerne ins Treffen, dass die direkte Demokratie sehr anfällig für Demagogen sei, die eben wissen, wie sie die Meinung der Bevölkerung in ihrem Sinne beeinflussen können. Dieses Argument ist nicht von der Hand zu weisen, wie beispielsweise die Abstimmungen zu Zwentendorf und zum Musiktheater in Linz zeigten. Aber das sollte kein Vorwand dafür sein, sich dieser Form der Bürgerinnen- und Bürgermitbestimmung zu verschließen.

Der Politologe Peter Filzmaier schreibt: „Wenn man sich zu Begehren, Befragungen und Abstimmungen des Volkes bekennt, muss eine gefestigte Demokratie deren Vermengung mit Wahlkämpfen locker aushalten. Da kommen dann notwendige Abstimmungsquoten ins Spiel, die erfüllt werden müssen, damit diese oder jene Regelung auch tatsächlich in Kraft tritt und über Minderheiten nicht drübergefahren wird.“

Gerade auf Gemeindeebene bietet es sich an, die Bevölkerung stärker mit einzubeziehen, als bloß ihre Zustimmung bzw. Ablehnung zu einem fertigen Sachverhalt abzufragen. Da sind wir jetzt bei der partizipatorischen Demokratie angelangt, deren Ziel die politische Beteiligung möglichst vieler in möglichst vielen Bereichen ist, und zwar nicht erst am Ende des Prozesses, sondern tatsächlich von Anfang an. Der Austausch von Meinungen, das Sammeln von Informationen zum Thema und letztendlich der Konsens stehen hier im Mittelpunkt, sprich der Prozess an sich.

In Wels haben wir mit der Agenda 21 bereits einen solchen partizipatorischen Prozess umgesetzt. Mit der Innenstadtagenda wurden die Bürgerinnen und Bürger dazu aufgerufen, ihre Vorstellungen und Ideen einzubringen, daran zu arbeiten und schlussendlich zu verwirklichen. Das mag nicht immer leicht sein, doch letztendlich wurde etwas geschaffen, womit sich Bürgerinnen und Bürger wesentlich stärker identifizieren können und wo nicht so schnell behauptet wird, dass eigentlich nur über ihre Köpfe drübergefahren wird. Und solch ein Bürgerinnen- und Bürgerbeteiligungsprozess würde sich auch für andere Stadtteile anbieten. Das neue Stadion in Wimpassing wäre nahezu ein aufgelegter Elfmeter für mehr Bürgerinnen- und Bürgerpartizipation. Damit würden nicht nur jene mit der stärksten Lobby gehört, sondern auch verstärkt die Anrainerinnen und

Anrainer, die vielleicht die Millionen, die hier in ein bestimmtes Projekt gesteckt werden sollen, in ihrem Stadtteil ganz anders verwenden würden.

Es hat aber die partizipatorische Demokratietheorie ebenfalls ihre Kritikerinnen und Kritiker. Sie sei zu idealistisch, wird ihr vorgeworfen, gerade in Hinblick auf das eigene Menschenbild und der Einschätzung der Kompetenzen der Bürgerinnen und Bürger. Dem ist entgegenzuhalten, dass Bürgerinnen- und Bürgerbeteiligung nicht etwas ist, das man sich so über Nacht aneignet. Vielmehr ist das ein Prozess, der gelernt werden muss, bei dem man mit mehr und mehr Erfahrung hineinwächst.

Der amerikanische Politologe Benjamin Baur geht in seiner Theorie der starken Demokratie beispielsweise davon aus, dass Bürgerinnen und Bürger fähig sind, sich von einem ich-zentrierten Denken zu lösen, hin zu einem Denken, wo das Wir unserer Gemeinschaft im Mittelpunkt steht. Wir GRÜNE wünschen uns, dass die Bürgerinnen und Bürger mehr Mitspracherecht haben, also nicht bloß bei Wahlen, nicht bloß mittels Abstimmungen und Befragungen. Wir wünschen uns für Wels echte Partizipationsmöglichkeiten für die Welserinnen und Welser, dass sie also die Möglichkeit haben, sich selbst von Anfang an einzubringen und wo als Ergebnis herauskommt, dass sie ihren eigenen Lebensraum mitgestalten und verändern können.

GR. Haböck: Die junge ÖVP hat vor kurzem ein umfangreiches Paket präsentiert, nämlich als einzige politische Jugendorganisation ein umfassendes Paket mit verschiedenen Vorschlägen oder Maßnahmen zur Reformierung bzw. Modernisierung der demokratischen Elemente in unserer politischen Gesellschaft. Ich darf das kurz anschneiden, nicht zu lange, damit es nicht langweilig wird und außerdem meine ich, dass diese Vorschläge ohnehin sehr präsent in den Medien waren.

Da geht es beispielsweise um die Schaffung der Möglichkeit für eine parlamentarische Bürgeranfrage als Kontrollinstrument. Die Möglichkeit der Anfrage soll also nicht in erster Linie den Oppositionsparteien, sondern auch den Bürgerinnen und Bürgern zur Verfügung stehen.

Das Schulfach „politische Bildung und Staatskunde“ ist schon länger ein heiß diskutiertes Thema. Leider wird es sehr ideologisch diskutiert und daher nicht wirklich korrekt umgesetzt.

Dann geht es uns um eine massive Senkung der Hürden für eine Behandlung von Volksbegehren im Parlament.

Die Bürger sollen, wie das auch von verschiedenen Organisationen gefordert wird und wie es in der Schweiz schon gang und gäbe ist, an ein oder zwei Tagen im Jahr über mehrere Themen gleichzeitig abstimmen können, um hier eine Fokussierung auf diverse Themen zu erreichen.

Es wurde die „Europäische Bürgerinitiative“ eingeführt, die Möglichkeit, erstmals für ganz Europa ein Volksbegehren zu initiieren und es wurde dies mit 1. April in Kraft gesetzt.

Weiters sollte es ein Regierungshearing geben, ähnlich dem Hearing, dem sich vorgeschlagene EU-Kommissare stellen müssen, und zwar vor dem Europäischen Parlament. Die Schweiz hat dieses Modell ebenfalls schon eingeführt. Künftige Ministerinnen

und Minister müssten sich also vor ihrer tatsächlichen Bestellung einer Befragung im Parlament stellen.

Dann wäre die Ausweitung des Persönlichkeitswahlrechtes gefragt. Ich selbst bin ein großer Fan des Persönlichkeitswahlrechts, weil die persönliche Verantwortung der Mandatäre gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern gestärkt werden sollte.

Und dann geht es um etwas, das es auf europäischer Ebene bzw. im Europäischen Parlament schon längst gibt, nämlich die Offenlegung des Abstimmungsverhaltens der einzelnen Abgeordneten.

Ich denke, dass es praktische Vorschläge immer wert sind, in einer Demokratie von der Politik diskutiert zu werden. Eine rasche Umsetzung ist leider aufgrund der ideologischen Differenzen oder Meinungen oft nicht sofort zu erwarten, was an sich sehr schade ist. Aber mir ist es auch aus meiner persönlichen Ideologie heraus viel zu wenig, wenn wir hier nur über Einzelmaßnahmen diskutieren. Allein die Tatsache, dass Politiker entweder hinter verschlossenen Türen oder so wie hier in einem Gremium darüber diskutieren, wie viel Mitsprache oder Mitbestimmungsmöglichkeit den Bürgerinnen oder Bürgern zugestanden werden soll, zeigt uns schon irgendwo, was an diesem System faul ist.

Die Demokratie, die Mitbestimmung des Volkes an der Herrschaft, ist ein hitziges Thema und die Diskussion hierüber geht meines Erachtens am Thema vorbei. Viel wichtiger zu diskutieren wäre es – nämlich auch auf philosophischer Ebene – wie es mit dem Verhältnis zwischen Staat und Bürger steht, nicht so sehr, was die Gemeinderäte hier herinnen entscheiden oder was wir dem Gemeindebürger und Steuerzahler an Mitbestimmung gestatten. An erster Stelle steht somit meines Erachtens, wie es denn um das Verhältnis der Bürgerinnen und Bürger zum Staat steht bzw. umgekehrt. Wie soll also die Politik gestaltet sein? Für welches demokratische Modell entscheiden wir uns und wie sieht es mit den daraus resultierenden Stärken und Schwächen aus?

In einer Zeit, in welcher der Staat dank der herrschenden Politiker allmächtig ist und alle Bereiche des Lebens nicht nur reguliert, sondern auch kontrolliert – dafür gibt es genug aktuelle Beispiele, die das belegen – ist natürlich auch Zeit, sich gegen diese Regulierungswut, die die Freiräume des menschlichen Denkens und Handelns zurückdrängt oder einschränkt, zu stellen und den mündigen Bürger etwa im Bereich der Meinungsfreiheit nicht in seinem Denken und Handeln zu kriminalisieren.

Was wir auch brauchen, das ist ein direkter Bezug des Politikers, des Mandatars zum Bürger und eine verstärkte Verantwortung gegenüber dem Bürger für das Handeln des Politikers. Diese Verantwortung muss auf jeden Fall gestärkt werden und deshalb müsste es unbedingt eine Stärkung des Persönlichkeitswahlrechtes geben.

Ein Zurückdrängen der Bürokratisierung ist auf jeden Fall zwingend. Die Bürokratie hat sich zu einem Machtfaktor entwickelt, der schon längst über dem Bürger, aber auch über dem gewählten Mandatar steht. Dabei spielen Regelungen oder Gesetze eine Rolle, die schon längst nicht mehr die Juristen, die Bürger und die Politiker verstehen. Die Bürokratie darf auf keinem Fall gleich der ägyptischen Priesterschaft zu einer Kaste werden, die ihre Macht dadurch ausübt, dass das Volk deren Sprache und Handlungen nicht versteht und auch nicht verstehen darf.

Die Demokratie braucht mündige Bürger, aber im heutigen Staat wird der mündige Bürger genau von jenem Staat abhängig gemacht, den er mit seinen Steuern erhält und für dessen Schulden er mit seinem privaten Vermögen haftet, ein Vermögen, das immer kleiner wird, wenn die staatliche Enteignung in Form der Ausbreitung der ungedeckten Geldmenge weiter so voranschreitet. Wir müssen auch weg von der machiavellistischen Theorie kommen, die von den meisten Politikern gerade in Österreich, aber auch in ganz Europa gelebt wird und die besagt, dass ein geordneter Staat reich sein und den Bürger arm halten soll.

Eng verbunden ist die Demokratie mit der Freiheit des Bürgers, mit den bürgerlichen Freiheiten als Abwehrrechte gegen den Staat. Die Meinungsfreiheit darf auf keinen Fall beschnitten werden, sei es etwa durch Furcht oder durch ideologische Begründungen seitens des Herrschenden.

Ganz wichtig auch für uns als Gemeinde bzw. als kleinere Verwaltungseinheit gegenüber dem Land oder dem Bund ist das Prinzip der Subsidiarität als zentrales Element der freien Gesellschaft. Dieses Prinzip besagt, dass eine größere Ebene niemals das regeln darf, was die kleinere Ebene zufriedenstellend lösen kann. Und hier gibt es auch eine Studie „Does direct democracy reduce the size of government“ von Patricia Funk und Christina Gathmann, die ich den Staatsgläubigen gern auf den Weg mitgeben möchte. Diese Studie besagt auch auf der Basis wissenschaftlicher Belege aus einem Zeitraum von über 100 Jahren, dass mit bestimmten Anforderungen an direktdemokratische Elemente bzw. mit der Steigerung der direktdemokratischen Elemente auch der Grad der öffentlichen Verschuldung sinkt. Eine subsidiäre Budgetpolitik führt zu einer verantwortungsvollen Budgetpolitik. Oder einfacher gesagt: Je mehr Verantwortung man Bürgern überträgt, desto mehr ist er bereit, Verantwortung zu tragen. Diese Studie wurde übrigens in der Schweiz gemacht und ich glaube, die Schweiz ist auf jeden Fall ein gutes Vorbild.

Die wichtigsten Punkte, an denen sich Politiker, egal auf welcher Ebene, orientieren sollen, sind das zentrale Element der Freiheit, das Prinzip der Verantwortung gegenüber dem Bürger, die Verantwortung des Politikers, die Dezentralisierung, die Subsidiarität und die Nichteinmischung des Staates in die bürgerlichen Freiheiten. Gerade im Sinne der Subsidiarität muss sich die Gemeinde als politischer Körper positiv herausheben. Und ich darf meinen Appell für Demokratie und bürgerliche Freiheiten mit einem Zitat eines großen Demokraten schließen: „Der Staat ist nicht Selbstzweck. Er ist für die Bürger da. Er ist daher keineswegs Quelle des Rechts noch – wie heute allzu oft geglaubt wird – allmächtig. Seine Befugnisse sind durch die Rechte seiner Bürger beschränkt. Seine Aufgaben sind ihm durch das Subsidiaritätsprinzip angewiesen. Richtig verstanden darf er nur auf jenen Gebieten wirken, die sich der freien Initiative seiner Bürger entziehen.“

GR. Mag. Parzmayr ist ab 15.26 Uhr in der Sitzung anwesend.

StR. Dr. Rabl: Ich bin froh darüber, dass diesmal die GRÜNEN im Rahmen der „Aktuellen Stunde“ das Thema „Demokratie“ tatsächlich im Gemeinderat diskutieren. Und ich bin auch sehr froh darüber, dass der Kollege Haböck in hochwissenschaftlichen Ausführungen, kann man schon sagen, die Meinung der ÖVP zu diesem Thema darstellte. Es wundert mich nur, dass diese Diskussion erst heute stattfindet. Wir Freiheitliche haben doch in der letzten Sitzung des Gemeinderates einen umfangreichen Antrag zum Demokratiepaket eingebracht, in dem es um einen leichteren Zugang zu

Volksabstimmungen gegangen ist, um die Aufwertung von Bürgerinitiativen, um mehr Kontrollrechte, auch um mehr Rechte für die Kontrollstelle, wo es um mehr Transparenz in der Öffentlichkeit gegangen ist, aber dazu gab es praktisch keine Diskussion. Von den GRÜNEN gab es überhaupt keine Wortmeldung und von der ÖVP gab es immerhin eine Wortmeldung von Markus Wiesinger. Dieser meinte, dass die Freiheitlichen zu viel wollen und deshalb besser in einem Ausschuss darüber diskutiert werden sollte. Und wurde bislang in einem Ausschuss diskutiert? Nein!

Die Frage, die sich in diesem Zusammenhang stellt, ist jene, warum jetzt plötzlich zu diesem Thema so ein Trara gemacht wird und warum plötzlich die GRÜNEN auf einen längst fahrenden Zug aufspringen. Offensichtlich ist man ein bisschen nervös geworden, seitdem die FPÖ sehr publikumswirksam und vom Volk durchaus gut angenommen plakatiert: „Dem Volk sein Recht.“ Das hat schon seinen Grund, denn dabei geht es ja um die direkte Demokratie. Und ich möchte betonen, dass die Freiheitlichen in Wels die einzige Partei sind, welche ein umfassendes Demokratiepaket für Wels präsentierte, und zwar Mitte März, worauf dieses Paket im März auch noch im Gemeinderat zur Diskussion und Abstimmung gebracht wurde. Ich würde mich aber freuen, falls die anderen Parteien in dieser Frage ebenfalls zur Tätigkeit kämen. Dabei fehlt mir zu dieser wichtigen Frage noch die Position der SPÖ. Schon gar nicht kenne ich dazu die Position der ÖVP oder der GRÜNEN, nämlich eine Position in der Richtung, was man jetzt konkret haben will. Nur wenn tatsächlich konkrete Vorschläge auf dem Tisch liegen, kann man dazu Stellung nehmen oder sich auf diesen bzw. jenen Vorschlag einigen und in weiterer Folge gemeinsam eine Änderung des Stadtstatutes beim Land beantragen oder gegenüber dem Land Empfehlungen abgeben, um es korrekter auszudrücken.

Ich würde mir also wünschen, dass neben den schönen Worten, die wir hier hören, auch einmal konkrete Vorschläge von den anderen Parteien kommen, damit wir, wenn wir das nächste Mal im Ausschuss beisammensitzen, genau wissen, worüber wir eigentlich reden sollen. Noch lieber wäre es mir, würden diese Vorschläge irgendwann einmal präsentiert, sodass man sich auf eine Diskussion entsprechend vorbereiten kann. Das wäre natürlich etwas, das mit Arbeit zu tun hätte, aber es könnte dann wirklich etwas weitergehen. Wir Freiheitlichen sind hier offenbar wieder einen Schritt voraus. Unser Konzept kann man sogar auf der Homepage einsehen, das heißt, die Zahlen liegen ebenfalls klar am Tisch. Ich würde mir für Wels dieses Vorgehen von allen Parteien wünschen und hoffe, dass diese Anregung wahrgenommen wird.

GR. Reindl-Schwaighofer: Es stimmt, dass wir letztes Mal nicht über diesen Antrag diskutiert haben, denn es wurde dieser Antrag sozusagen gleich einmal dem Präsidialausschuss zur weiteren Beratung zugewiesen und ich denke, dieser Ausschuss ist genau das Gremium, in welchem wir gemeinsam über diese Dinge diskutieren können.

Ich möchte aber doch darauf hinweisen, dass nicht zuletzt auf Initiative des Herrn Bürgermeister in den letzten Jahren einige sehr wichtige Element der Bürgerbeteiligung umgesetzt wurden. Bei den diversen Agenda-21-Prozessen habe ich aber eigentlich immer nur gemerkt, dass die FPÖ Sand ins Getriebe streute und nicht versuchte, diese wichtigen Prozesse, an denen sich sehr viele Menschen aus der Stadt beteiligten, zu unterstützen.

Ein zweiter Punkt ist jener, den wir gleich anschließend auf der Tagesordnung haben.

Unverständlicher Zwischenruf von Vzbgm. Dr. Wieser!

Bgm. Dr. Koits: Bitte, Herr Dr. Wieser, reden sie nicht immer drein! Wir haben hier keinen Dialog. Lassen sie also bitte den Kollegen Reindl-Schwaighofer ausreden!

GR. Reindl-Schwaighofer: Das ist halt das Demokratieverständnis von Herrn Dr. Wieser. Da wird einfach dreingeredet, wenn man etwas nicht hören will.

Ich glaube, es geht nicht allein darum, dass ich unbedingt die gleiche Meinung wie jemand anderer haben muss, sondern dass es zum Ersten darum geht, mir diese Meinung überhaupt einmal anzuhören, um dann in weiterer Folge eventuell darüber zu diskutieren. Aber wahrscheinlich ist das halt eine Frage des Zugangs oder des Stils, mit dem man die Dinge behandelt.

Jedenfalls haben wir gleich anschließend das Stadtentwicklungskonzept Noitzmühle auf der Tagesordnung und wenn das nicht ein herzeigbarer Beteiligungsprozess ist, dann weiß ich nicht mehr, was ein Beteiligungsprozess überhaupt sein soll. Den Bürgern geht es doch in Wirklichkeit darum, dass wir ihnen nicht nur mitteilen, etwas für sie machen zu wollen, sondern dass wir ihnen Instrumente in die Hand geben, damit sie sich selbst bei der Planung und Umsetzung beteiligen können. Aber wir werden darüber ohnehin noch bei der Behandlung dieses Tagesordnungspunktes diskutieren.

Und ich freue mich schon auf die Diskussion im Präsidialausschuss zu diesen Demokratiefragen. Dort können wir ja über die verschiedenen Punkte diskutieren und das eine oder andere tatsächlich verabschieden.

GR. Mag. Mayerhofer: Ich möchte jetzt doch noch etwas sagen, nämlich zu den Ausführungen des Herrn Stadtrat Rabl. Ich kann sagen, dass wir in der letzten Gemeinderatsitzung durchaus vorhatten, das Thema der direkten Demokratie, so wie es von den Freiheitlichen eingebracht wurde, intensiver zu diskutieren, allerdings wurde der Antrag der Freiheitlichen zu schnell dem Ausschuss zur weiteren Beratung zugewiesen. Insofern hoffen wir natürlich auf eine sehr ergiebige Sitzung des Präsidialausschusses und ich möchte gleich hier unsere Position in der Weise klarlegen, dass wir der direkten Demokratie durchaus etwas abgewinnen können, allerdings sehen wir tatsächliche Elemente der Bürgerbeteiligung etwa im Sinne des Agenda-21-Prozesses als zielführender.

Bgm. Dr. Koits: Ich darf feststellen, dass es noch im Mai diesen Präsidialausschuss, von dem hier die Rede ist, geben wird.

Dazu erinnere ich daran, dass in jüngster Vergangenheit fast in jeder Gemeinderatsitzung irgendein Punkt zum Thema „Demokratie“ eingebracht bzw. vorgetragen wurde und es würde bestimmt keinen Sinn machen, immer wieder eine Sitzung zu irgendeinem Punkt abzuhalten, sondern es erscheint sinnvoll, das alles in einem zu behandeln. Ich habe deshalb den Magistrat beauftragt, alle Themen, die in letzter Zeit vorgetragen wurden, entsprechend vorzubereiten und den Fraktionen etwas zukommen zu lassen, damit wir dann im Präsidialausschuss darüber beraten können. Wir werden, wie ich annehme, eine Vorgangsweise in der Richtung festlegen, bis zu welchem Zeitpunkt letztlich ein Ergebnis der Beratungen vorliegen soll.

Damit ist jetzt dieses Thema im Rahmen der „Aktuellen Stunde“ abgeschlossen.

Dringlichkeitsanträge

Bgm. Dr. Koits: Es liegen mir heute zwei Dringlichkeitsanträge vor und es hat meines Erachtens jeder auf seinem Tisch die beiden Anträge vor sich liegen, sodass ich mir meines Erachtens ein vollinhaltliches Verlesen der beiden Anträge ersparen kann.

Insgesamt möchte ich noch festhalten, dass die formellen Voraussetzungen für Dringlichkeitsanträge in beiden Fällen erfüllt sind und wir somit nunmehr zur „Zuerkennung der Dringlichkeit“ kommen.

Dringlichkeitsantrag der FPÖ-Gemeinderatsfraktion, betreffend Beauftragung der Stabstelle „Kontrolle und Revision“ mit der Prüfung des laufenden Betriebes der Welios Betriebs-GmbH:

Der Bürgermeister verweist auf den aufliegenden Dringlichkeitsantrag (Anlage 2) und stellt die Frage, ob es zur Dringlichkeit des Antrages eine Wortmeldung gibt.

(Es gibt hiezu keine Wortmeldung, weshalb sofort die Abstimmung erfolgt.)

Dem Antrag (Anlage 2) der FPÖ-Gemeinderatsfraktion wird die Dringlichkeit

einstimmig zuerkannt.

Dringlichkeitsantrag der drei Stadtsenatsfraktionen betreffend Beschlussfassung einer Resolution an die Österr. Bundesregierung zur Vorsteuerregelung:

Der Bürgermeister verweist auf den aufliegenden Dringlichkeitsantrag (Anlage 3) und stellt die Frage, ob es zur Dringlichkeit des Antrages eine Wortmeldung gibt.

(Es gibt hiezu keine Wortmeldung, weshalb sofort die Abstimmung erfolgt.)

Dem Antrag (Anlage 3) der drei Stadtsenatsfraktionen wird die Dringlichkeit

einstimmig zuerkannt.

Abschließend merkt der Bürgermeister an, dass die mit diesen Dringlichkeitsanträgen vorgelegten Sachanträge am Ende der heutigen Sitzung in Verhandlung genommen werden und übergibt sodann den Vorsitz an Vzbgm. Wimmer.

Berichterstatter Bürgermeister Dr. Peter Koits

1.)

Stadtentwicklungskonzept Noitzmühle;
kurzfristige Maßnahmen;
Grundsatzbeschluss
BauD-SP-307-2011, miterledigt:
DI-I-1019-2011

Der Antrag lautet nach Vorberatung in der gemeinsamen Sitzung des Präsidial- und Integrationsausschusses, des Sozial-, Gesundheits- und Jugendausschusses sowie des Wirtschafts- und Stadtentwicklungsausschusses am 23.04.2012:

1. Die grundsätzliche Umsetzung des Stadtentwicklungskonzeptes Noitzmühle (Anlage 5) zur Verbesserung der Lebensbedingungen für die BewohnerInnen in der Noitzmühle wird genehmigt.
2. Die Realisierung der im Amtsbericht (Anlage 4) als „Sofortmaßnahmen“ bezeichneten Interventionen zur Verbesserung der Lebensbedingungen für die BewohnerInnen in der Noitzmühle im Bereich des Spielplatzes Eibenstraße, im Bereich der an den Radweg angrenzenden Traunau, an den Hauptwegen durch die Siedlung Noitzmühle, im Bereich des Mühlbachufers westlich der Lichtenegger Straße und eine begleitende externe Moderation wird genehmigt. Für diese Maßnahmen werden Mittel von insgesamt € 150.000,-- bereitgestellt.

Bgm. Dr. Koits: Ich möchte bei dieser Gelegenheit festhalten, dass ich schon sehr erfreut darüber bin, dass es gelungen ist, dieses Stadtteilentwicklungskonzept speziell im letzten Jahr gemeinsam mit der Bevölkerung zu entwickeln. Die Geschichte hierzu ist ihnen ja im Wesentlichen bekannt. Es hat eigentlich diese Angelegenheit im Rahmen eines Bürgermeisterstammtisches begonnen. In der Folge gab es weitere Versammlungen und es wurden die Wünsche der Bevölkerung aus dem Bereich Noitzmühle erhoben und letztlich auch bewertet. Dann wurde ein Bürgerbeteiligungsverfahren durchgeführt. Vor allem wurde die Aktivgruppe Noitzmühle eingebunden und es hat sich diese Gruppe in einer sehr guten Weise eingebracht, wofür ich mich wirklich herzlich bedanke.

Nach der Präsentation des Konzeptentwurfes haben dann drei Ausschüsse des Gemeinderates gemeinsam getagt und diesem Entwurf insoweit zugestimmt, dass wir anschließend die Bevölkerung der Noitzmühle über diesen Konzeptentwurf informieren konnten. Wir haben die Bewohner auch angeschrieben und ersucht, uns eventuelle Wünsche bekannt zu geben. Es wurden also ca. 1.500 Familien angeschrieben und davon kamen ca. 240 Wünsche. Soweit es vertretbar gewesen ist, wurden diese Wünsche in das Konzept eingearbeitet.

Nach diesem ganzen Prozedere haben sich die drei Ausschüsse – der Präsidial- und Integrationsausschuss, der Sozialausschuss und der Planungsausschuss – neuerlich

zusammengefunden und dem Gemeinderat dieses Konzept einstimmig zur Annahme empfohlen.

Ich darf nun aber den Herrn Baudirektor ersuchen, uns über die Eckpunkte dieses Konzeptes zu informieren.

StBDir. Dipl.-Ing. Pany referiert unter Verwendung eines Beamers über die Eckpunkte des Konzeptes, welches als Anlage 5 diesem Protokoll beigelegt ist.

Bgm. Dr. Koits: Ich danke dem Herrn Baudirektor für diese kurzgefasste Schilderung der Inhalte und Vorgangsweisen. Das alles hört sich natürlich in einer solche Kurzfassung relativ einfach an, aber in Wahrheit ist diesem Produkt ein großer bzw. langanhaltender Diskussionsprozess vorangegangen.

Und ich bin sehr froh darüber, dass der Kollege Reindl-Schwaighofer im Rahmen der „Aktuellen Stunde“ zum Thema „Modelle der Demokratie“ auch diesen Bereich erwähnte, weil hier die Bevölkerung wirklich in einem sehr hohen Maße eingebunden war, sofern die Mitbürger überhaupt dazu bereit waren, hier mitzumachen. Und dieser Bürgerbeteiligungsprozess kann durchaus für andere Entwicklungsprozesse in verschiedenen Stadtteilen als Grundlage herangezogen werden.

Persönlich habe ich es auch sehr positiv vermerkt, dass alle Fraktionen gemeinsam die Auffassung vertraten, es müsse etwas geschehen und in dieser Gemeinsamkeit ist es gelungen, diese einstimmige Empfehlung heute im Gemeinderat behandeln zu können bzw. dieses Konzept durch Beschlussfassung in die Umsetzung zu bringen.

Herzlichen Dank, Herr Baudirektor, ihnen und ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, speziell der Frau Dipl.-Ing. Eva Berghofer, die sich sehr tief mit dieser Arbeit auseinandergesetzt hat. Ich danke aber auch allen anderen mitbeteiligten Magistratsabteilungen und natürlich der Bevölkerung, die in einem sehr hohen Ausmaß mitgemacht hat bzw. sich entsprechend einbracht.

Somit bleibt mir jetzt nur noch, um Beschlussfassung zu bitten.

StR. Kroiß: Der Bürgermeister hat es schon gesagt: Es muss etwas geschehen und es wird etwas geschehen. Ich möchte jetzt nur kurz auf meinen Referatsbereich eingehen.

Wir haben sozusagen unsere Hausaufgaben schon erledigt. Die Bevölkerung hat eine Verkehrsberuhigung gefordert und im Bereich der Lichtenegger Straße geschieht schon etwas. Und dann geht es noch um den gemeinsam benutzten öffentlichen Raum, wobei das Stichwort „shared space“ immer wieder gefallen ist. Da müssen wir noch etwas zuwarten und schauen, was die Stadtplanung in Bezug auf das Alten- und Pflegeheim macht.

Wofür wir aber keinesfalls zu haben sind – ein diesbezüglicher Antrag der GRÜNEN wird heute noch behandelt – das ist der Umstand, dass unter dem Deckmantel der Attraktivierung der Noitzmühle eine öffentliche Straße, die Tannenstraße, aufgelassen wird, womit ja die Anrainer der Tannenstraße gezwungen wären, über die Lärchenstraße zuzufahren. Abgesehen davon ist dort die Lärchenstraße eine Privatstraße und wir müssten die Anrainer bzw. 21 Liegenschaftsbesitzer enteignen. Das alles unter dem Deckmantel der Attraktivierung und ich meine, das wäre eher kontraproduktiv. Wir

können doch nicht den Bewohnern der Noitzmühle sagen, dass wir Straßen auflassen wollen, nur damit etwas mehr Grün in die Noitzmühle kommt. Ich glaube, das wäre der falsche Weg und wir würden dabei mit Sicherheit nicht mitgehen.

GR. Pernkopf: Dieses Stadtentwicklungskonzept für die Noitzmühle stellt ein absolut wichtiges und richtiges Konzept dar. Auch von Seite der ÖVP sage ich ein Dankeschön an alle, die von der Stadt her mitwirkten, um dieses Projekt in diese Reife zu bringen.

Vergessen wir darüber allerdings nicht auf die anderen Stadtteile. Aus unserer Sicht braucht speziell die Pernau die volle Unterstützung. Generell sollten wir alle Siedlungsbereiche, ohne diese jetzt unbedingt nennen zu wollen, mit verstärkten Maßnahmen fördern. Wenn jetzt durch den Neubau im Westen der Stadt auch noch das Kino von der Pernau wegkommt, dann brauchen wir meines Erachtens auch für den Osten der Stadt ein eigenes Konzept, um dagegenhalten zu können.

StR. Huber: Ich denke, allen war klar, dass in der Noitzmühle etwas zu tun sei, dass am Ruf der Noitzmühle zu arbeiten wäre. Und jetzt liegt uns dieses Konzept vor, wobei ich an meine Vorredner anschließen darf. Ich bedanke mich ebenfalls bei allen Abteilungen, die hier mitmachten und eine hervorragende Arbeit leisteten.

Ich glaube, gerade dieser Bürgerbeteiligungsprozess zeigt, dass eine Bürgerbeteiligung sehr gut funktionieren kann und das Schöne daran ist auch noch, dass damit verbunden die Identifizierung mit dem Stadtteil wieder gestiegen ist. Und jetzt liegt es sicher an uns, die Dinge oder Planungen entsprechend umzusetzen. Mir ist eine Aussage einer Noitzmühlerin in Erinnerung, die sagte: Sollte das alles verwirklicht werden, dann ziehen wir nicht weg. Ich glaube, auch das ist ein Auftrag an uns, wirklich etwas zu tun.

Gerade im Sozial- und Jugendbereich sind viele positive Maßnahmen geplant. Es ist die Errichtung eines Alten- und Pflegeheimes vorgesehen, wobei das einer der notwendigen Ersatzbauten für das Haus Leopold Spitzer ist. Der Slacklinepark ist sicher auch ganz super, aber ganz dringend notwendig wäre ein neuer Jugendtreff für die Noitzmühle. Es gab früher einen Jugendtreff, den wir aber aus verschiedensten Gründen heraus nicht mehr weiterführen konnten und so brauchen wir eben dringend einen neuen Jugendtreff in der Noitzmühle. Es steckt wirklich mein Herzblut drinnen, wenn ich darauf hoffe, dass wir rasch ein geeignetes Grundstück für solch einen Jugendtreff finden.

In diesem großen Dreier-Ausschuss war es auch ein Thema, dass die Mittel für die sogenannten Sofortmaßnahmen nicht bei einem Referenten angesiedelt sein sollten, sondern dass sie nach den beteiligten Referaten aufgeteilt werden müssten. Ich muss sagen, dass mir das im Prinzip egal ist, denn Hauptsache ist wohl, dass sich überhaupt etwas tut.

In diesem Sinne wünsche ich dem Projekt alles Gute. Ich denke, dass dieses Projekt tatsächlich für viele andere Stadtteile ein Beispiel sein kann, womit ich dem Kollegen Pernkopf zustimmen möchte.

StR. Dr. Rabl: Das gegenständliche Projekt für die Noitzmühle ist ein sinnvolles Projekt, aber wir dürfen auf ein paar Sachen nicht vergessen.

Die Noitzmühle hat nicht nur ein Rufproblem. Die Noitzmühle hat ein Lernproblem. Die Kinder spielen zwischen den Wohnblocks, weil die Spielplätze so angeordnet sind, dass die dort spielenden und in der Folge logischerweise lärmenden Kinder die Anrainer stören. Wir haben in der Noitzmühle ein Riesen-Integrationsproblem. Wir haben ein Problem mit der Zusammensetzung der Bevölkerung und wir haben natürlich auch ein Wohnungsproblem insofern, als Leute immer weniger dort einziehen wollen. Und wir haben weiters ein Wohnungsproblem, weil, wie wir wissen, die Mieten aufgrund einer in der Vergangenheit liegenden Förderstruktur ständig am Steigen sind. Und das jetzige Stadtteilentwicklungsprojekt Noitzmühle kann nur einen Teil dieser Probleme lösen, weshalb dieses Projekt nur als erster Schritt gesehen werden darf.

Abgesehen davon muss man der Bevölkerung klar sagen, dass das, was hier so groß präsentiert wird, ein langfristiges Projekt ist. Und es ist noch nicht einmal sicher, dass alles, was hier präsentiert wird, tatsächlich umgesetzt werden kann, weil verschiedene Schritte dazu noch fehlen. So sind noch nicht alle nötigen Grundkäufe abgewickelt, wie wir das gerne hätten. Also, teilen wir der Bevölkerung auch mit, dass dieser Masterplan, den wir präsentieren, zwar wichtig ist und wir ihn alle umsetzen wollen, dass wir dazu aber eine Unterstützung brauchen, nämlich von dritter Seite. Und erhalten wir eine Unterstützung nicht, dann werden wahrscheinlich Teile dieses Projektes wegfallen. Versprechen wir also nichts, was wir nicht halten können. Die Leute in der Noitzmühle sind ja schon enttäuscht genug, denn versprochen wurde ihnen sicher genug, aber nicht alles gehalten. Bleiben wir also bei dem, was wir bestimmt machen können und sagen wir, was kurzfristig kommt, was mittelfristig und was langfristig vorgesehen ist, vielleicht auch gar nicht. Jedenfalls sollten wir bei der Wahrheit bleiben.

Bei dieser Wahrheit zu bleiben, das ist mir in diesem Kommunikationsprozess ganz wichtig und es wurde das von unserer Seite aus auch bei dieser Bürgerversammlung ganz klar betont, dass wir nicht alles garantieren können, aber sehr wohl hinter diesem Projekt stehen, weil wir selbstverständlich wissen, dass in der Noitzmühle etwas gemacht werden muss. Aber nochmals: Bleiben wir bei der Wahrheit! Das ist für mich ein ganz zentraler Punkt. Wenn wir etwas ankündigen, müssen wir es auch umsetzen oder durchsetzen. Wahrscheinlich werden wir nicht alles um- und durchsetzen können und deshalb müssen wir klar sagen, dass das eine oder andere auch scheitern kann.

Dass es nur gemeinsam mit der Bevölkerung geht, das wissen wir spätestens, seit es diese Gemeinschaftsgärten geben hätte sollen. Deren Einrichtung ist ja kläglich gescheitert, weil man diese Projekte eben gegen den Willen der Bevölkerung inszenierte. Es wurden Maßnahmen in der Annahme gesetzt, dass diese zur Verständigung unter den Nationalitäten beitragen, aber genau das Gegenteil war der Fall.

Also gibt es auch hier unsererseits die ausdrückliche Empfehlung, diverse Projekte gemeinsam mit der Bevölkerung in die Wege zu leiten und durchzuführen.

Insgesamt halte ich aber den Partizipationsprozess, der im Rahmen dieser Arbeit stattgefunden hat, für sinnvoll. Und wenn man es richtig machte, beispielsweise in Bezug auf diese Gemeinschaftsgärten in der Otto-Loewi-Straße, wo ja die Freiheitlichen federführend beteiligt waren, hat es gut funktioniert. Wenn man also eine Sache gut vorbereitet, geht es damit vorwärts, wenn nicht, kann es damit scheitern. Diese Erkenntnis ist mir wichtig und deshalb sollten wir dieses Projekt gemeinsam mit der Bevölkerung umsetzen und dies nicht allein versuchen.

GR. Prof. Mag. Teubl: Der Tag der Präsentation dieses Stadtentwicklungskonzeptes vor den Bewohnern der Noitzmühle war sicher ein Freudentag für die Bewohnerinnen und Bewohner dieses Stadtteils. Es war ein Tag der Hoffnung, die in einen Stadtteil gebracht wurde, der sich schon als abgeschrieben gesehen hat, in einen Stadtteil, in dem in den letzten Jahren sehr viel schiefgelaufen ist und der eigentlich nur mehr als Problem gesehen wurde. Aber seit dieses Konzept am Tisch liegt, gibt es wieder Hoffnung, gibt es wieder eine Aufbruchstimmung.

Natürlich unterscheidet dieses Konzept – wir wissen das alle, auch Herr Stadtrat Rabl – in kurz-, mittel- und langfristige Maßnahmen und was wir heute fassen, das ist einerseits der Grundsatzbeschluss in Hinblick auf die Umsetzung des Gesamtkonzeptes und zweitens sollen auch gleich die kurzfristigen Maßnahmen in die Wege geleitet werden. Mehr ist es momentan nicht, das heißt, dieses Konzept wird uns noch einige Jahre beschäftigen. Und das ist gut so, denn es wird Zeit, dass wir uns mit der Noitzmühle beschäftigen.

Wir haben dort einen sehr jungen Stadtteil. Dort gibt es viel mehr Kinder und Jugendliche als in anderen Stadtteilen, das heißt, wir haben dort ein gutes Stück Zukunft unserer Stadt. Und diese Zukunft müssen wir gestalten bzw. ermöglichen. Deshalb ist es mir ganz wichtig, was bereits von Stadträtin Huber angesprochen wurde, nämlich dass dieser Jugendtreff ein ganz vorrangiges Projekt sein muss. Die Jugendlichen in diesem Stadtteil sind seit einigen Jahren ohne dieses Kommunikationszentrum, was bedeutet, dass gerade in jenem Stadtteil, wo das am nötigsten wäre, eine Jugendbetreuung, so wie wir uns diese wünschen, fehlt. In diesem Punkt hoffe ich wirklich sehr, dass es möglich ist, gegenüber den Vorgaben dieses Konzeptes noch ein bisschen mehr Druck zu machen, damit es beim Jugendtreff sozusagen beschleunigt abläuft.

Ich glaube weiters, dass es wichtig ist, den Bewohnerinnen und Bewohnern der Noitzmühle zu sagen, dass ihre Kinder für ihren Stadtteil und für ganz Wels sehr wichtig sind. Und man sollte das Gespräch mit ihnen suchen. Wenn man beispielsweise hört, dass natürlich für Kinder und Jugendliche etwas gemacht werden soll, aber bitte nicht vor meiner Haustür, dann stimmt mich das eigentlich sehr traurig. Diese Meinungen haben wir in letzter Zeit in Wels leider immer wieder gehört.

Ein zweiter Punkt, den ich auch noch ansprechen möchte, ist jener der Frei- bzw. Grünraumgestaltung in diesem Stadtteil. Die Gefahr besteht nämlich immer, dass man zwar die großen Bauprojekte im Fokus hat, beispielsweise das Alten- und Pflegeheim oder ein Kommunikationszentrum. Das ist alles schön und gut, aber es ist auch sehr wichtig, das Ganze in eine Struktur einzubinden, die ansprechend ist und den Bewohnerinnen und Bewohnern dieses Stadtteils das Gefühl gibt, im Freiraum leben und diesen Freiraum zu einem verlängerten Wohnzimmer machen zu können. Daher sollte ein besonders Augenmerk darauf bestehen, etwa den Platz neben dem Alten- und Pflegeheim, der ja frei wird, wenn die Autobusumkehrschleife nicht mehr benötigt wird, in einer Weise zu gestalten, die zu einem Markstein für diesen Stadtteil wird und ihm ein zusätzliches Gepräge gibt.

Genauso wichtig erscheint mir die Durchwegung und die angesprochene Anbindung an die Traunau, weil das ebenfalls prägend für die Lebensqualität in diesem Stadtteil ist. Und dieser Stadtteil hat eine sehr hohe Lebensqualität, denn er ist dem großen

Erholungsgebiet Traunau sehr nahe und verfügt somit über Möglichkeiten, die andere Stadtteile nicht haben.

Ein großes Ja somit zu diesem Grundsatzbeschluss, ein Ja zu diesen kurzfristigen Maßnahmen. Damit sei natürlich die Hoffnung auf eine möglichst rasche Umsetzung dieser Maßnahmen verbunden.

GR. Reindl-Schwaighofer: Dass der Erfolg viele Väter hat, das haben wir gerade vernommen. So ist der Nachbarschaftsgarten in der Otto-Loewi-Straße auf einmal ein Erfolg des FPÖ-Integrationsprojektes gewesen, aber andererseits weiß doch jeder, der sich auch nur ein bisschen in der Szene bewegt, dass es sich hierbei um ein Projekt des Mosaiks handelt. Es ist das im Übrigen ein hervorragendes Projekt des Mosaiks. Ansonsten konnte ich eigentlich von diesem Projekt, das in der Otto-Loewi-Straße mit Pomp und Trara gestartet wurde, keine Ergebnisse hören, aber vielleicht muss man sich jetzt schon Projekte anderer kapern, um selbst Ergebnisse vorweisen zu können.

Was nun konkret die Noitzmühle betrifft, war es ja so, dass viele aus dem Gemeinderat und Stadtsenat bei den verschiedenen Aktivitäten anwesend waren und ich denke mir, dass es dem Team Noitzmühle gemeinsam mit der Politik gelungen ist, eine Aufbruchstimmung entstehen zu lassen und Mut für die Zukunft in Fragen der Weiterentwicklung zu erzeugen. Und wenn man jetzt von diesen Neubauten weiß, von den Bemühungen zur Verbesserung der Infrastruktur, vom neuen Jugendtreff, von der Durchwegung und all den anderen geplanten Dingen, die zur Kommunikation in einem lebenswerten Stadtteil beitragen sollen, dann ist es auch bemerkenswert, dass mittlerweile die Wirtschaft, eine Bank draufkommt, dass dort Kunden wohnen. So überlegt die Sparkasse gerade, wieder eine Zweigstelle in der Noitzmühle zu errichten und ich denke mir, dass das einer der wichtigsten Beweise dafür ist, dass wir auf dem richtigen Weg sind.

Ich möchte mich namens der Sozialdemokratischen Fraktion bei den Beamten des Hauses für diese wirklich wunderbare Aufarbeitung und die Einbindung der Bevölkerung sehr herzlich bedanken. Wenn wir es weiterhin schaffen – die Fraktionen im Gemeinderat, die Bevölkerung, die Mitglieder des Teams Noitzmühle und die Kolleginnen und Kollegen aus dem Hause Magistrat – dann wird mir nicht bange, dass wir jetzt zu viel versprechen. Vielmehr bin ich davon überzeugt, dass wir gemeinsam diesen Stadtteil weiterentwickeln können.

Vielleicht auch noch etwas zur Wortmeldung des Herrn Gemeinderat Pernkopf. Es stimmt, dass wir uns auch selbst bei der Nase nehmen und sagen können, dass das ein tolles Beispiel dafür ist, wie man mit entsprechender Bürgerbeteiligung einen Stadtteil entwickeln kann. Und so wird es auch in anderen Stadtteilen notwendig sein, solche Bürgerbeteiligungsprozesse in Gang zu bringen, um auch dort eine entsprechende Stadtteilentwicklung zu betreiben.

StR. Lehner: Den meisten Wortmeldungen kann ich mich zur Gänze anschließen. Es wurde hervorragend gearbeitet von den Fraktionen, von den Mitarbeitern im Haus und von vielen beteiligten Bürgerinnen und Bürgern. Es ist das ein herzeigbares Ergebnis, welches uns im Stadtteil Lichtenegg, in der Noitzmühle für die nächsten Jahre einiges an Aufgaben mitgibt. Das Konzept ist nun einmal in kurzfristige, mittel- und langfristige Arbeiten unterteilt, womit wir viel zu tun haben und wo es heute noch keine Garantie dafür gibt, dass wir tatsächlich alles wie geplant umsetzen können.

Mit einer Wortmeldung kann ich aber gar nichts anfangen, nämlich jener, dass wir in der Noitzmühle ein Lärmproblem haben, weil zwischen den Wohnblocks Kinder spielen. Das ist ein Thema, wo ich sagen muss, dass ich ein richtiges Problem bekomme. Gott sei Dank wurde gerade die Oö. Bauordnung geändert und hier ist klar definiert, dass dieser Kinderlärm Zukunftsmusik ist, ein Lärm, den wir in Zukunft alle brauchen. Wir müssen schauen, dass wir die richtigen Plätze für die Kinder finden, wo sie wirklich spielen und wo sie sich wirklich entwickeln können, wo sie Freiräume haben. Und es braucht speziell in der Politik ein Umdenken, Kinder müssen etwas herzlich Willkommenes sein, etwas, das wir alle dringend brauchen, was nicht ausschließt, dass wir sehr wohl auf die Bedürfnisse älterer Menschen oder überhaupt von Menschen Rücksicht nehmen, die beeinträchtigt werden könnten. Es ist nun einmal so, dass Kinder den Drang haben, sich mehr Freiraum zu erkämpfen und ich füge hinzu, dass das Gott sei Dank so ist. Wir sollten dies grundsätzlich unterstützen und in unserer Wortwahl ganz sorgfältig sein, denn Kinderlärm zwischen den Wohnblocks ist eigentlich Kindermusik für die Zukunft in unserer Stadt.

GR. Hoflehner: Ich möchte mich so wie meine Vorredner grundsätzlich positiv zum Stadtteilentwicklungskonzept Noitzmühle aussprechen, darf aber daran erinnern, dass ich mir schon im Rahmen des Agendaprozesses gewünscht habe, dass auch in anderen Stadtteilen, beispielsweise in der Neustadt, ähnliche Prozesse in der Praxis abgewickelt werden, nicht nur auf der theoretischen Ebene. Ich möchte das an dieser Stelle nochmals betonen – die Kollegin Huber, der Kollege Reindl-Schwaighofer und der Kollege Pernkopf haben das bereits für die anderen Stadtteile gesagt – weil mir solch ein Prozess für die Neustadt besonders wichtig erscheint. Wir sehen zwar am Beispiel der Noitzmühle, dass wir dort eine ganz eigene Situation vorfinden, eine Problematik, die in anderen Stadtteilen wahrscheinlich ganz anders gelagert ist, aber grundsätzlich gleich ist, dass in diesen Stadtteilen Menschen leben und arbeiten, die vor Ort tatsächlich als Expertinnen und Experten anzusehen sind. Wir würden ja wirklich auf viel Wissen, auf viel Know-how für die Zukunft verzichten, wenn wir nicht mit geeigneten Instrumenten diese Bürgerinnen und Bürger einbeziehen würden. Ich wünsche mir, dass hier eine Ergänzung des Wissens stattfindet, das bei internen und externen Experten angesiedelt ist. Eigentlich würde ich mir das alles nicht nur wünschen, denn es wäre meines Erachtens hoch an der Zeit, solch einen Prozess auch für die Neustadt in Gang zu setzen.

Um diese Ansicht zu unterstreichen, erwähne ich hier das unbeliebteste Wort aus dem letzten und hoffentlich nicht auch aus dem heurigen Jahr. Es heißt dieses Wort „Flugplatz“ und auch die Probleme rund um die Firma Lutz sollten hier nicht ausgeklammert bleiben. Da geht es gar nicht einmal so um die rechtlichen oder behördlichen Tätigkeiten, die dort stattfinden, sondern vielmehr darum, dass Menschen, die in dieser Stadt leben, auch ein Recht, ein meiner Meinung nach wichtiges Recht darauf haben, sich über diese Dinge vorab informieren und bei diesen Dingen auch mitsprechen zu können.

Bgm. Dr. Koits: Zunächst danke ich für die sehr hohe Übereinstimmung bei diesem Konzept. Es ist mir natürlich klar, dass auch mit diesem Konzept noch nicht alle Fragen gelöst sind. Vorrangig ist, dass es neben den Gebäuden, die wir errichten und dem Grünraum, der gestaltet werden soll, darauf ankommt, was damit geschieht und dass das Zusammenwirken funktioniert. Das, was wir hier gestaltet haben, ist ein Beitrag zu einem besseren Zusammenleben und ganz wichtig in diesem Zusammenhang erachte ich beispielsweise die Aktivität des Aktivteams Noitzmühle, denn dieses Team bemüht

sich neben dem Einbringen bei der Konzepterstellung auch darum, das Zusammenleben zu fördern. Dies beispielsweise durch verschiedenste kulturelle Veranstaltungen und man bemüht sich, im Bildungsbereich etwas zu tun. Die Aktivitäten dieses Teams können auch Vorbild für andere Stadtteile sein, wie ich ganz bewusst sagen darf, etwa für den Bereich Otto-Loewi-Straße. Dort befinden sich ähnliche Einrichtungen, wo engagierte Bürgerinnen und Bürger, zusammengesetzt aus Menschen der verschiedensten Nationen, sagen, dass sie für den Stadtteil ganz einfach etwas tun möchten, dass sie etwas bewirken wollen, damit sich die Menschen, die dort wohnen, gern dort aufhalten bzw. gern dort leben.

Die Noitzmühle ist für mich von der Form, von der äußeren Erscheinung her durchaus ein interessanter Stadtteil. Man ist in ein paar Minuten in der Innenstadt und man ist von der Wohnsituation her praktisch unmittelbar im Grünen daheim. Nur muss man halt sagen, dass die Noitzmühle und vor allem die Bewohner oft zu Unrecht bekrittelt werden und das können wir hoffentlich – diesbezüglich bin ich zuversichtlich – mit diesem Projekt ändern.

Natürlich haben wir den Bewohnerinnen und Bewohnern schon eindeutig gesagt, dass die Umsetzung des Konzeptes nicht allein von der Stadt abhängig ist, sondern dass auch Dritte miteinbezogen werden müssen oder einbezogen sind. Wenn die einen guten Willen zeigen, wird das eine oder andere, vielleicht auch alles in einem entsprechenden Zeitraum zu machen sein. Insofern kann ich hier all jenen, die meinten, dass wir als Stadt nicht allein sind, das heißt, es müssen auch andere mitmachen, nur zustimmen.

Ansonsten glaube ich, dass es ein wirklich gutes Projekt ist und ich habe den Kollegen Peter Lehner bereits darum gebeten, im Rahmen der Überarbeitung des „Örtlichen Entwicklungskonzeptes“, womit für die Stadt selbst, aber auch für die Bevölkerung eine große Aufgabe vor der Tür steht, das Modell Noitzmühle als exemplarisches Beispiel dort oder da mitzuberücksichtigen.

Somit ersuche ich jetzt um Beschlussfassung.

Der Antrag zu Punkt 1. der Tagesordnung wird

einstimmig angenommen.

Vzbgm. Wimmer dankt für die Berichterstattung und übergibt den Vorsitz wieder an Bgm. Dr. Koits.

Berichterstatter Vizebürgermeister Hermann Wimmer

2.)

Beschluss des Gemeinderates der Stadt Wels,
mit dem die Bädertarifordnung 2000 neuerlich abgeändert wird
(5. Novelle zur Bädertarifordnung 2000)
SF-FzB-27-2012

Der Antrag lautet nach Vorberatung im Sportausschuss am 26.04.2012, der Gemeinderat möge die als Anlage 6 beigefügte 5. Novelle zur Bädertarifordnung 2000 beschließen.

GR. Hoflehner: Der Herr Finanz- und Sportreferent hat ja den außerordentlich positiven Aspekt der Verlängerung des Kurzzeittarifes von 60 auf 120 Minuten bereits angesprochen, wobei man aber sagen muss, dass eine Toleranzgrenze von 30 Minuten gegolten hat. Und ich muss sagen, dass ich eine ähnliche Emotionalisierung positiven Sinnes als Gemeinderat nur in der Frage der Zufahrt zum Freibad während der Messezeiten feststellte. Es sind wirklich viele, vor allem Frauen und Mütter an mich herangetreten und sie fragten, warum es nicht in Wels so wie in Linz, Steyr und vergleichbaren Städten möglich ist, diesen Kurzzeittarif auf 2 Stunden auszudehnen.

Und weil heute schon so viel über Demokratie und den Molloch Bürokratie die Rede war, muss ich sagen, dass diese Thema ohne Bürgerinitiative und ohne Einschaltung anderer Instrumente an die zuständige Abteilung herangetragen wurde. Und hier muss ich den Kollegen Alfred Wimmer wirklich loben und muss ihm danken, dass er diese Sache innerhalb kürzester Zeit umgesetzt hat. Auch so kann Demokratie funktionieren!

GR. LAbg. Dr. Csar: Der vorliegende Antrag auf Indexanpassung wird auch seitens der ÖVP mitgetragen bzw. wird diesem zugestimmt.

Ich möchte diese Sache allerdings zum Anlass nehmen, um auf einen anderen Punkt betreffend das Schwimmbad hinzuweisen. Es wurde ja vor einiger Zeit beschlossen, dass die Fernwärme auch für die Beheizung der Schwimmbadanlage herangezogen werden kann, es wird aber tatsächlich aus Kostengründen kaum eine Beheizung der Schwimmbadanlage durchgeführt. Sieht man sich jedoch an, dass sehr viele Welserrinnen und Welserr in die Schwimmbadanlage gehen, erscheint es doch sehr angebracht, die Möglichkeit der Beheizung umzusetzen und die Finanzierung hierfür vorzusehen, also nicht bloß die schöne Schwimmbadanlage zur Verfügung zu stellen, sondern auch ein warmes bzw. beheiztes Wasser.

Wenn ich mir so die heutige Gemeinderatseinladung ansehe, dann haben wir darauf dass Fußballstadion in Wimpassing mit 7,5 Mio. Euro stehen, wovon allein die Baseball-Anlage 550.000 Euro ausmacht. Dann steht darauf die Sportanlage Mauth, die ebenfalls saniert werden soll, nämlich um 720.000 Euro. Das alles ist sehr viel Geld und wenn ich mir dann so die Beheizungskosten für die Schwimmbecken in Relation hiezu überlege, dann muss ich sagen, dass diese Beheizungskosten wirklich nur einen Bruchteil dieser Investitionskosten in Sportanlagen ausmachen würden, andererseits hätten von

dieser Beheizung viele Welserinnen und Welser einen Vorteil. Daher möchte ich das unserem Sportreferenten, Herrn Vizebürgermeister Wimmer, anheimstellen, nämlich mit der Bitte, prüfen zu lassen, ob es nicht doch möglich wäre, zum Wohle der Welserinnen und Welser, die ja mit ihrem Steueraufkommen immer wieder einen Beitrag dazu leisten, dass das Schwimmbad saniert und der Betrieb aufrecht erhalten bleiben kann, ein warmes Schwimmbecken anzubieten bzw. zur Verfügung zu stellen.

Vzbgm. Wimmer: Ich denke zunächst dem Kollegen Klaus Hoflehner für die positive Kommentierung bei der Änderung der Kurzzeittarife. Es war in der Tat so, dass ein massiver Wunsch seitens der Nutzer dieses Tarifes vorlag und wir ziemlich rasch hierauf reagiert haben.

Herrn Dr. Csar danke ich für die Anregung, hier die Budgetmittel entsprechend aufzustocken. Ich gehe davon aus, dass sie diesem Antrag auch zustimmen, wenn wir über ihn im Sportausschuss diskutieren.

Natürlich haben wir uns die Frage der Erwärmung des Wassers in den Schwimmbecken schon einige Male überlegt und letztendlich haben wir das immer bei Sportwettkämpfen durchgeführt. Aber das Geld, das der Gemeinderat dem Sportreferenten für die Führung des Bades bewilligt hat, reicht zur Zeit nicht aus, um über die Saison hinweg eine Beheizung durchzuführen. Vielen Dank allerdings dafür, dass hier offenbar eine Bereitschaft vorhanden ist, diese dafür notwendigen Mittel aufzustocken. Wir werden dann gegebenenfalls nach entsprechenden Berechnungen darauf zurückkommen. Ich selbst vergönne es natürlich jedem, im warmen Wasser schwimmen zu können, wir sollten allerdings nicht den Eindruck erwecken, dass Wels zur Thermal- oder Kurstadt werden könnte. Diese Temperatur werden wir nicht erreichen, aber über eine Erhöhung der Temperatur um ein oder zwei Grad werden sich nicht nur die Besucher des Bades erfreuen, sondern auch die Mitglieder der Organe der EWW AG, für die das entsprechende Einnahmen bedeutet.

Im Übrigen ersuche ich um Beschlussfassung.

Der Antrag zu Punkt 2. der Tagesordnung wird

einstimmig angenommen.

3.)

Errichtung eines Fußball-Nachwuchs- und Integrationssportzentrums
und einer Baseball-Anlage in Wels-Wimpassing;
Grundsatzbeschluss
SF-Sport-120-2012

Vzbgm. Wimmer: Unter Tagesordnungspunkt 3. geht es um ein für den Sport in unserer Stadt außerordentlich wichtiges Projekt, nämlich um die Neuerrichtung eines Fußballplatzes für den FC Wels im Gebiet Wimpassing. Und wenn ich mir überlege, wie viel Jahre wir über dieses Thema schon diskutieren und wie viele Jahre ich persönlich

dieses Thema betreibe, dann ist für mich als Sportreferent dieser Tagesordnungspunkt umso erfreulicher. Er ist aber auch für mich als Finanzreferent erfreulich, wie aus dem Amtsbericht zu ersehen ist.

Der Kollege Pernkopf und andere haben zuerst die Stadtteile angesprochen. Natürlich müssen alle Stadtteile entsprechend berücksichtigt werden, wenn es um Projekte der Stadt Wels geht und so darf ich am Rande dieses Tagesordnungspunktes der Pernau und dem Welser Gemeinderat die erfreuliche Mitteilung machen – wenn es gestattet ist, Herr Bürgermeister – dass wir ein herzeigbares Sportprojekt für die Maxlheid, die ja zur Pernau gehört, planen. Mit den Fraktionsvorsitzenden des Stadtsenates und im Sportausschuss ist dieses Projekt bereits akkordiert und es wird unter privater Beteiligung im Bereich von Grundstücken des Maxlheid-Wirtes eine für die Bevölkerung zugängliche Anlage in den Sportarten Basketball und Beachvolleyball entstehen. Es laufen hiezu die Vorbereitungsarbeiten seitens der Sportabteilung und wenn das Projekt fertig ist, wird es dem Gemeinderat zur Beschlussfassung vorzulegen sein.

Ich komme zurück zum Thema Wimpassing. Ich glaube, ich muss die Situation des FC Wels nicht extra beschreiben.

In weiterer Folge geht Vzbgm. Wimmer auf den als Anlage 7 beigefügten Amtsbericht ein und ergänzt wie folgt:

Herr Bürgermeister, wenn du gestattest, darf ich auch gleich den Tagesordnungspunkt 5, bei welchem es um die Finanzierung geht, mit einschließen.

Es wird natürlich zur Finanzierung notwendig sein, ein Zwischendarlehen aufzunehmen und diesbezüglich einen Beschluss des Gemeinderates mit Zwei-Drittel-Mehrheit zu fassen. Ich verweise allerdings darauf, dass wir erstmals in Hinblick auf die Rückzahlung des Darlehens – soweit ich mich zurückerinnern kann – eine sogenannte Eigenbindung des Gemeinderates in Beschlussform vorsehen. Das in der Form, dass die Erlöse aus den Grundstücksverkäufen für die bestehenden Sportanlagen sukzessive nach deren Einlangen direkt zur Tilgung dieses Darlehens verwendet werden. Damit ist auch den Befürchtungen meines Finanzdirektors Rechnung getragen, der immer wieder die Maastricht-Kriterien hervorhebt. Das ist übrigens, wie ich bei dieser Gelegenheit sagen darf, eine willkürliche Festlegung eines Prozentsatzes durch eine Brüsseler Institution, die für mich rational nicht nachvollziehbar ist. Jedenfalls können wir aber durch diese Eigenbindung weitestgehend maastrichtschädliche Auswirkungen vermeiden. Ich ersuche jetzt noch um Diskussion und Beschlussfassung.

Der Antrag lautet nach Vorberatung im Sportausschuss am 26.04.2012:

1. Die Errichtung eines Fußball-Nachwuchs- und Integrationssportzentrums und einer Baseball-Anlage in Wels-Wimpassing mit den erforderlichen Nebenräumen und Nebenanlagen mit einem voraussichtlichen Kostenaufwand von € 7,530.000,-- excl. MWSt. – Kostengenaugigkeit +/- 10 % – wird grundsätzlich genehmigt.
2. Nach Fassung des Grundsatzbeschlusses sind für die Erstellung eines Baurechtsvertrages und eines Bestandsvertrages die notwendigen Maßnahmen zu veranlassen.

GR. Wartinger: Endlich! Ich war schon am Anfang bei der ersten Präsentation der Planungen für den neuen Fußballplatz dabei und jetzt endlich kommt es zur Umsetzung der Sportstätten in Wels-West. Am meisten wird sich natürlich der Obmann, Herr Mag. Norbert Ellmerer, darüber freuen, dass seine Spieler sozusagen gemeinsam auf einer Anlage spielen bzw. trainieren können. Gespräche standen eigentlich schon seit fünf Jahren im Raum.

Die letzte Bezeichnung „Fußballstadion“ hat bei vielen Welserinnen und Welsern für Unruhe gesorgt. Jeder stellt sich unter einem Stadion eine Anlage wie in Ried oder gar wie in Linz vor, vielleicht sogar eine Anlage wie in Wien. Andererseits heißt ja die jetzige ASKÖ-Anlage ebenfalls Stadion und es ist doch nur ein Fußballplatz mit einer Tribüne, so wie es das weitverbreitet gibt. Und geplant war ja immer nur ein Fußballplatz mit Trainingsplätzen und einer Tribüne, so wie wir das jetzt eigentlich auch haben, nur in kleinerem Maße.

Dass es für die Eltern mit ihren Kindern – da meine ich vor allem die kleinen Kinder, die schon zum Training kommen – eine Erleichterung darstellt, wenn es diese Konzentration gibt, das ist meines Erachtens für alle logisch. Sie müssen nicht mehr zwischen UNION-Platz, „Wirt am Berg“ oder ASKÖ-Stadion pendeln.

Neu in der jetzigen Planung ist eine Spielstätte des ASKÖ Baseballclub Jumpin' Chickens. Diese noch nicht sehr bekannte Sportart – das ist der erste offizielle Baseballclub in Wels, bestehend seit 1991 – gehört natürlich gefördert. Zur Zeit spielt man wie der FC Wels in der Regionalliga und nachdem auch dieser Club sehr viel für den Nachwuchs und die Integration unternimmt, ist es schon wichtig, optimale Bedingungen vorzufinden.

Es gibt viele Sportbegeisterte, die diese Sportstätte besuchen. Es gibt 40 männliche und 30 weibliche Spieler bzw. Spielerinnen in den sogenannten Kampfmansschaften sowie 450 Nachwuchsspieler und -spielerinnen. Sie alle nutzen im Trainings- und Wettkampfbetrieb diese Sportstätte. Und künftig können eben all diese Spielerinnen und Spieler, so wie das bei allen anderen Fußballvereinen in Wels der Fall ist, auf einer gemeinsamen Anlage trainieren.

Ich habe nun noch einen kleinen Wunsch an Herrn Stadtrat Kroiß. Lieber Gerhard! Der einzige Fehler in Zusammenhang mit dieser Planung liegt bei der Verkehrsführung. Es sollen bezüglich Verkehrsanbindung der neuen Sportanlage sowie des Betriebsbaugebietes noch andere als die im Amtsbericht genannte Variante untersucht werden. Es kann nicht sein, dass die lärmgeplagten Anrainer der Albrechtstraße noch mehr Verkehr und Lärm durch die Zufahrt zu diesem Gebiet erfahren müssen. Die Situation ist jetzt schon sehr schwierig und wenn jetzt alle von der Noitzmühle oder von der Gartenstadt durch die Albrechtstraße fahren, dann wird der Verkehrslärm schon sehr extrem und eine Lärmschutzwand geht sich dort leider aus Gründen des Platzmangels nicht aus. An sich sind aber die Bewohner dieser Siedlung mehrheitlich für den Bau dieser Sportstätte. Und von deinem Vorgänger im Verkehrsressort, Herrn Roland Strassl, gibt es schon in Hinblick auf das damals geplante Stadion eine Verkehrslösung. Es ist das die Lösung über die Moosbachstraße – da wurde die Autobahnabfahrt schon berücksichtigt – und es sollte diese Variante beim neuen Sportanlagenprojekt mitberücksichtigt werden. Man sollte diese Variante verwirklichen oder zumindest einmal genauer anschauen, denn vielleicht stellt sie wirklich die Lösung des Problems dar.

Wir als ÖVP sind natürlich so wie vor fünf Jahren für den Bau einer neuen Sportstätte, und zwar, wie ich hinzufügen muss, auch ohne irgendwelche Geschenke, so wie das mit dem Kunstrasenplatz für die Hertha der Fall ist. Trotzdem gratuliere ich den Herren Wieser und Rabl zum Sieg von 5 zu 1 im Derby gegen Thalheim.

GR. Mag. Humer: Es wird sie nicht verwundern, dass ich als Mitglied des Sportausschusses, aber auch als Sportfunktionär so wie damals – es war der 20. April 2009 – diesem allerdings etwas abgesehenen Projekt sehr positiv gegenüberstehe. Von Gitti Wartner wurde schon auf die Größe dieser Anlage hingewiesen und ich muss sagen, dass wir auch damals nicht von einem Stadion sprachen. Vielmehr ist das eine vernünftige Sportanlage, die wir dem FC Wels und vor allem der Welscher Jugend zur Verfügung stellen. Dabei wird es ein Hauptfeld mit einer Tribüne geben, welche für 500 Besucher geeignet ist. Ich muss sagen, dass ich in Österreich, aber auch in Europa viel herumkomme und solche Tribünen findet man üblicherweise in Gemeinden mit 2.000 oder 3.000 Einwohnern vor. Also, das ist wirklich ein kleines Sportzentrum. Und wenn wir dort in einem bestimmten Bereich einen Kunstrasenplatz bekommen, kann ich nur sagen, dass es angesichts der Witterungsverhältnisse in Österreich speziell in der Frühjahrs-Vorbereitungszeit ganz einfach notwendig ist, über solch einen Platz verfügen zu können. Darüber hinaus wird es noch drei Trainingsplätze geben. Und bezüglich des Baseballvereins Jumpin' Chickens meinte man eben, dass dieser in dieser neuen Anlage integrierbar sei und sich durchaus für diesen Verein Synergien ergeben können.

Es hat mich in der letzten Woche ein kleiner Einwand seitens der grünen Fraktion gestört. Ich lese hier, dass wir als Stadt Wels in Form eines Sportplatzprojektes ein Integrationsprojekt tarnen würden. Dazu kann ich nur sagen, liebe Kollegen Teubl und Mayerhofer, dass im Sport eine gelebte Integration zu sehen ist. Also, lieber Norbert Ellmerer, deine Funktionäre, deine Trainer leisten täglich Integrationsarbeit und da braucht man überhaupt nichts zu tarnen.

Und was ihr vor allem auch leistet, das hat mit Gesundheit zu tun. Wenn wir uns Studien ansehen, die uns verdeutlichen, dass heut sechs- und siebenjährige Kinder nicht mehr in der Lage sind, einen Purzelbaum zu machen und nur mehr vor dem Computer zu Hause sitzen, dann kann ich dir und deinen Mitstreitern, lieber Norbert, auch zu diesem Teil der Arbeit nur gratulieren.

Weiters kommt der Gesellschaft zugute, dass Leute, Kinder und Jugendliche, die im Bereich des Sports aktiv sind, mit dem Gewinnen und dem Verlieren umzugehen lernen. Sie lernen, was Teamfähigkeit bedeutet. Das sind Faktoren, die einem dann auch im Berufsleben sehr stark weiterbringen.

Ich habe schon beim Beschluss aus dem Jahr 2009 den Vergleich angestellt und darf heute wieder den Vergleich zwischen Wels und St. Pölten bringen, weil beide Städte rund 60.000 Einwohner haben. Jedenfalls verfügt St. Pölten über eine Sportanlage mit acht Plätzen und da hinken wir wohl in Wels etwas hinterher.

Und sieht man sich die Sache im europäischen Kontext an, so ist es mir möglich, sie mit -zig Beispielen zu bemüßigen. Ich darf ihnen aber noch ein paar Beispiele bringen und sagen, dass ich vor kurzem in der Bretagne war – auch Herr Vizebürgermeister Wimmer war dabei – und da besuchten wir eine Stadt namens Lorient. Diese Stadt mit 30.000 Einwohnern hat einen Erstligisten und beheimatet tatsächlich ein Stadion, in dem – Herr Kollege Teubl, passen sie bitte auf – 19.000 Besucher Platz finden. Da gibt

es auch zehn Nebenplätze und, und, und. Warum ist das so? Nun, in Ländern wie Frankreich hat der Sport einen sehr hohen Stellenwert.

Wenn in Wimpassing so viele grüne Flächen geschaffen werden, muss ich sagen, dass mir, wäre ich ein GRÜNER, direkt das Herz vor Freude aufginge.

Seinerzeit gab es in Zusammenhang mit diesem Sportstättenprojekt auch eine Diskussion wegen der Basketballhalle, die ja mittlerweile an dieser Stelle gestorben ist. Nun, es gibt die mittelfränkische Stadt Bamberg, die wahrscheinlich die meisten hier kennen. Da gibt es den Verein Brosebasket, einen sehr erfolgreichen deutschen Basketballverein und mit ca. 70.000 Einwohnern ist Bamberg größtenteils ungefähr mit Wels zu vergleichen, wobei es aber in Bamberg eine Basketballhalle mit 6.450 Sitzplätzen gibt. Da möchte ich jetzt gar nicht einmal von dieser Basketballhalle in Berlin für 20.000 Besucher sprechen.

Was will ich also mit diesen Vergleichen zum Ausdruck bringen? Ich meine, wenn man es im gesamteuropäischen Kontext sieht, dass es sich hier in Wels um ein sehr, sehr vernünftiges Projekt für unsere Jugend handelt, um kein Stadion, um kein großmannsüchtiges Projekt. Und der Sportreferent Wimmer, der gleichzeitig Finanzreferent ist, hat es zuvor schon gesagt. Den nötigen Grund hierfür haben wir bereits, wobei dieser natürlich etwas kostete, aber dieser bleibt uns ja und wir wissen, dass Grund und Boden erfahrungsgemäß nicht weniger, sondern mehr wert werden.

Und die Finanzierung dieses Projektes ist in Wahrheit, bis auf 269.000 Euro, eigentlich ein Nullsummenspiel. Wir haben ja bereits einen Teil des ASKÖ-Platzes an die Heimstätte verkauft und die Anlage „Wirt am Berg“ soll ebenfalls verkauft werden.

Ich will sie jetzt gar nicht weiter mit diversen Beispielen langweilen. Ich könnte hier aber auf Treviso verweisen, wo es eine Basketballhalle für 8.000 Leute gibt, und zwar bei einem Einwohnerstand von 80.000 Personen. Aber generell sage ich immer wieder – das sage ich jetzt nicht nur als Sportfunktionär, der viel in Europa herumkommt – dass der Stellenwert des Sports in anderen Ländern weit höher als in Österreich ist. Wenn wir vor Ort mit Funktionären sprechen, dann sagen uns diese, dass eine große Begeisterung dahintersteht, also eine Begeisterung, die insgesamt gesehen sicher ebenfalls größer wie bei uns ist.

Ich gehe zu vielen Sportveranstaltungen, etwa jenen des FC Wels, ich bin aber auch viel bei WSC Hertha, wobei wir ja anschließend auch noch zu diesem zweiten Verein kommen. Ich denke mir, auch WSC Hertha hat sich das neue Clubheim verdient, denn das alte war wohl – nostalgisch gesehen – nur als echte Baracke zu sehen. Bei diesem Verein wird ebenfalls Jugendarbeit betrieben und ein zweiter Platz ist dort ebenfalls notwendig.

Ich denke mir, dass der Sport niemals die Plattform für das Münzen von politischem Kleingeld darstellt, denn hier geht es ganz einfach um Investitionen für die Jugend, für die Gesundheit und eigentlich brauchen wir im Sport nicht dieses Mäntelchen, denn wir leisten tatsächlich gelebte Integration. Ich selbst bin ja Präsident eines sehr erfolgreichen Welser Sportvereines – immerhin wurden wir Bundesliga-Sieger – und ich kann sagen, dass wir bei unserem Tischtennisverein neben vielen Österreichern auch zwei Legionäre haben, nämlich einen Ungarn und einen Serben, die sich sehr darüber freuen, für Wels gewonnen zu haben. Sie sind Aushängeschilder für Wels und ich

finde, das ist wirklich eine gelebte Integration. Und so denke ich mir, dass wir insgesamt gesehen nicht gegeneinander, sondern miteinander arbeiten sollten, was wir uns im Übrigen viel mehr aus den südlichen Ländern anschauen können. Dort wird sehr stark zwischen verschiedenen Sportarten zusammengearbeitet und es geht etwas weiter.

Nun, lieber Norbert, wir werden jetzt die notwendige Infrastruktur schaffen, aber den Rest des Weges, der sozusagen sportlicher Art ist, den müsst ihr natürlich dann selbst gehen. In diesem Sinn sage ich ein herzliches „Glück auf“ für euch.

GR. Hoflehner: Ich möchte zu allererst dem FC Wels gratulieren. Ich glaube, es war wirklich ein langer und breiter Weg bis zum heutigen Tag, an dem tatsächlich eine Entscheidung fallen wird, eine, die für den Fußball in Wels eine wichtige Entscheidung ist.

Die meisten wissen ja, dass ich Funktionär bei einem anderen Verein bin, nämlich bei WSC Hertha. Ich gratuliere aber als solcher genauso herzlich dem FC Wels, weil wir in dieser Stadt vor allem im Nachwuchsbereich an einem Strang ziehen sollten bzw. werden wir das verstärkt in Zukunft tun. Von meiner Seite gibt es also nicht etwa ein Neidgefühl oder sonst etwas, sondern ganz im Gegenteil meine ich, dass das heute ein ganz wichtiger Schritt ist, noch dazu wenn Wels beispielsweise vor dem Hintergrund der Integration oder der sozialen Fertigkeiten einen entsprechenden Stellenwert haben soll. Demnach wäre das heute ein sehr wichtiger Schritt.

Ich bin jetzt weit davon entfernt, das zuerst gefallene Wort „Geschenk“ zu interpretieren, was ich aber später beim folgenden Tagesordnungspunkt mache. Vorweg darf ich allerdings Folgendes sagen. Wenn wir diese Art des Denkens nicht ablegen, müssen wir weiter akzeptieren, dass für unsere Fußballvereine in der Regionalliga Schluss ist.

GR. Pernkopf: Wenn heute bezüglich des Fußballzentrums in Wimpassing ein Beschluss gefasst werden kann, so ist das ganz einfach ein positiver Tag. Wir von der ÖVP haben uns schon vehement für das seinerzeitige Projekt eingesetzt und ich meine, Wels hätte auch das größere Projekt durchaus vertragen. Vor der Wahl 2009 kam jedoch leider das Aus für dieses größere Projekt, verursacht von der Welser FPÖ. Die SPÖ bekam in weiterer Folge kalte Füße und so wurde das Projekt hintangestellt.

Nachdem aber doch die Notwendigkeit für einen Neubau bzw. für einen neuen Standort gegeben war und sich der Druck seitens des Vereins, unterstützt von SPÖ und ÖVP, erhöht wurde, führte dies zu einem Erfolg. Letzten Endes konnte auch die FPÖ nicht mehr umhin bzw. schloss sie sich ebenfalls dem überarbeitenden Projekt an. Somit wurde das Ganze für die heutige Sitzung mehrheitsfähig. Irgendwo hat die Sache aber einen Schönheitsfehler, weil ein Platz geopfert werden musste, nachdem die FPÖ darauf bestanden hat. Auch wenn ein Arrangement zwischen den Vereinen besteht, muss man doch festhalten, dass früher immer von einem Mindestanforderung in der Größe von sechs Plätzen die Rede war. Ich glaube, diese Größenordnung war gut zu argumentieren und es wäre diese Größe für die Zukunft bestimmt gut gewesen.

Besonders erfreulich ist die Finanzierung dieses Projektes. Durch den Verkauf des ASKÖ-Stadions um rund 3,3 Mio. Euro und dem geplanten Verkauf der Anlage „Am Berg“ um erwartete 4 Mio. Euro ist das Projekt, wie man sagen kann, ganz klassisch ausfinanziert. Wir hatten also schon damals Recht und ich habe es so bereits vor drei Jahren im Gemeinderat gesagt, wobei es sich entgegen der damaligen Meinung der FPÖ und der GRÜNEN so als richtig herausstellte. Die GRÜNEN spielen ja in dieser

ganzen Diskussion um die Sportstätten in Wels eine ganz komische Rolle, aber das haben sie wohl selbst so zu verantworten.

Insgesamt meine ich, dass die Umsetzung dieses Projektes einen Erfolg für den Sport und die Jugend in Wels bedeutet. Eine Substandardsituation wird damit Geschichte. Wir haben uns das selbst angesehen und festgestellt, dass es im Keller das Moos gibt, und zwar sowohl bei der Anlage „Am Berg“ als auch im ASKÖ-Stadion. Und das stellt wohl eine Zumutung für die Jungen dar, für Leute, die sich dort privat stundenlang aufhalten, für die Gäste, die kommen und sich dieser Situation stellen müssen. Aber das ist wohl bald Geschichte. Es wird eine positive Entwicklung vorangetrieben und so stehen wir voll hinter diesen Projekten, die uns heute vorliegen.

GR. Prof. Mag. Teubl: Ich möchte zunächst auf den Kollegen Humer eingehen, der uns GRÜNE kritisierte, weil wir bereits im Vorfeld dieses Beschlusses die Etikettierung dieses Sportzentrums, das wir heute beschließen sollen, kritisiert haben. Es steht nämlich weder im Amtsbericht noch in der heutigen Tagesordnung, dass es sich hierbei um die Sportanlage des FC Wels handelt, sondern es steht hier die Bezeichnung „Fußball-Nachwuchs- und Integrationssportzentrum“. Und das halte ich – dabei werde ich bleiben – für einen Etikettenschwindel. Ich weiß, dass schon jetzt auf der bestehenden Fußballanlage Nachwuchsarbeit stattfindet, eine sehr wertvolle Arbeit mit jungen Leuten und ich weiß, dass in Zusammenhang mit dem gemeinsamen Sporterlebnis Integrationsarbeit geleistet wird und wie man hört, soll auf dem neuen Gelände noch ein größeres Integrationsprojekt betrieben werden. Das wird alles von uns anerkannt, aber wir fragen uns trotzdem, warum man diese Anlage als „Fußball-Nachwuchs- und Integrationssportzentrum“ bezeichnet. Immerhin bekommt dieses Sportzentrum auch eine Tribüne für 500 Zuschauerinnen und Zuschauer, und es werden dort nicht nur die Mütter und Väter der Nachwuchssportler sitzen und ihren Kindern beim Training zuschauen. Das heißt also, dass das selbstverständlich die Sportanlage des FC Wels sein wird und meines Erachtens kann man das sehr wohl sagen.

Dass das Wort „Stadion“ seit dem Jahr 2009 ein Unwort wurde und jetzt nicht mehr gern verwendet wird, verstehe ich, aber im Allgemeinen – darauf hat die Kollegin Wartinger schon hingewiesen – ist eben ein Fußballplatz mit einer Tribüne ein Stadion bzw. wird das dann so genannt. Auch die Bezeichnung „Stadion“ hätte man demnach verwenden können.

Gut! So viel also zur Thematik der Benennung dieser Sportanlage.

Was uns aber an diesem Projekt besonders stört, ist, dass sozusagen in letzter Minute auch noch eine Baseballanlage hineinreklamiert wurde. Die Kollegin Wartinger sprach davon, dass natürlich auch Baseball gefördert gehört, was ich aber persönlich nicht unbedingt weiß, das heißt, ich kann weder ja noch nein hierzu sagen. Ich möchte insgesamt in Frage stellen, ob wirklich jede Sportart, die jemand ausüben beginnt, von der Stadt finanziell unterstützt werden muss. Ich glaube, es haben noch nicht sehr viele Welserinnen und Welser etwas von Jumpin' Chickens gehört. Und ich glaube, es handelt sich dabei auch nicht um eine Sportart, die in Österreich eine ungeheure Tradition hat. Informiert man sich im Internet, so kann man lesen, dass in Wels etwa 55 Spieler diesen Sport ausüben. Die sich stellende Frage ist also nur jene, ob die Stadt wirklich alles fördern muss. Müssen wir in Zukunft auch Rugby fördern, Cricket, Polo oder was immer sonst noch an Sportarten auf dieser Welt existiert und vom einen oder anderen, von der einen oder anderen in Österreich ausgeübt wird?

Wenn wir uns diese Baseballanlage etwas näher anschauen, stellen wir fest, dass es sich um eine Anlage handelt, die immerhin rund 14.500 Quadratmeter einnimmt. Stellt man hier die Grundkosten in Rechnung – der Grund wurde vor ein paar Jahren um 70 Euro pro Quadratmeter gekauft – dann geht es hier allein um 1 Mio. Euro an Grundkosten. Die baulichen Anlagen, die laut Amtsbericht errichtet werden sollen, dürften auf Kosten in Höhe von etwa 0,55 Mio. Euro kommen, das heißt, es sollen 1,55 Mio. Euro für eine Baseballanlage in Wels aufgewendet werden. Die Notwendigkeit dieser Baseballanlage konnte aber im Ausschuss – das Ganze kam doch etwas überraschend – nicht wirklich ausführlich diskutiert werden. Und das ist es, was uns stört. Wenn nämlich 1,55 Mio. Euro für 55 Spieler aufgewendet werden, dann bedeutet dies, dass man pro Spieler sage und schreibe ziemlich genau 30.000 Euro investiert.

Der Kollege Csar hat vorhin angesprochen, dass Schwimmerinnen und Schwimmer im Welser Freibad kein erwärmtes Wasser vorfinden. Ich glaube allerdings, dass es in Wels mehr Menschen gibt, die zum Schwimmen gehen als solche, die Baseball spielen. So denke ich, dass man tatsächlich länger oder gründlicher darüber nachdenken sollte, ob diese Investition wirklich notwendig ist.

Der Sportreferent hat gesagt, dass diese Baseballanlage natürlich für das Training auch vom FC Wels benützt werden kann, aber das wird meines Erachtens nur sehr eingeschränkt möglich sein. So wird dieses Spielfeld nicht vom FC Wels genutzt werden können, wenn dort die Trainingseinheiten der Baseballer stattfinden. Und es kann dort auch nicht ein Fußballspiel stattfinden, weil ja die Anlage für Baseball ganz anders gebaut ist als ein Fußballplatz. Es kann also maximal ein Einzeltraining, ein Konditionstraining oder Ähnliches dort stattfinden. Die Mitnutzung durch den FC Wels ist somit doch sehr eingeschränkt.

Was uns weiter beschäftigt, das ist die Frage der Kosten insgesamt. Wir haben hier im Amtsbericht eine Kostenaufstellung, laut welcher das Projekt etwa 7,5 Millionen kostet. Es gibt auch noch einige Ausführungen zur Finanzierung, wo die Erlöse aus dem Verkauf der bisher verwendeten Sportstätten gegenverrechnet werden. Und am Schluss kommt heraus, dass das Ganze sowieso nicht viel kostet und würde man noch weiterrechnen, käme für uns wahrscheinlich bei dieser ganzen Anlage noch ein Gewinn heraus. In Wirklichkeit ist das natürlich eine Rechnung, die so nicht stimmt, denn wir müssen doch zwischen der hier angestellten Finanzierungsplanung und den wahren Kosten andererseits unterscheiden. Und zu den wahren Kosten muss ich wohl auch die Grundstückskosten rechnen, aber das wird bei der hier vorliegenden Kostenaufstellung nicht gemacht. Rechnen wir aber die Grundstückskosten für etwa 74.000 Quadratmeter mit ein, so kommen immerhin weitere 5,2 Mio. Euro heraus und damit sind wir nicht mehr bei 7,5 Mio. Euro, sondern bei 12,7 Mio. Euro, welche dieses gesamte Projekt der Stadt Wels kostet. Und da frage ich mich, warum man das nicht sagt. Warum gibt es keine transparente Darstellung dieser Abläufe und warum wird nicht ganz konkret gesagt, was gebaut wird, nämlich das Stadion des FC Wels plus eine Baseballanlage. Und warum wird nicht ganz konkret gesagt, wie hoch die tatsächlichen Kosten dieses Projektes liegen?

Nun, ich weiß schon, warum das so ist bzw. warum diese Gesamtkosten etwas im Hintergrund bleiben. Es ist nämlich so, dass schön langsam ein bisschen Unbehagen darüber aufkommt, dass sich der Sport in der Stadt Wels als Fass ohne Boden erweist. Wir haben nämlich nach Absage des Stadionprojektes Wimpassing im Jahr 2009 ein Sportstättenanierungskonzept beschlossen, und zwar in Höhe von 17,5 Mio. Euro. In

diesem Sanierungskonzept – das haben wir schon bei Beschlussfassung gesagt – haben die Welser Sportvereine tatsächlich alle Wünsche an's Christkind aufgelistet, die man sich nur vorstellen kann. Und sieht man sich an, was der Sportreferent im letzten Amtsblatt schrieb, so ist er drauf und dran, all diese Wünsche zu erfüllen, sich als Weihnachtsmann für die Welser Vereine zu erweisen und sogar noch weitere Projekte, die noch nirgendwo besprochen wurden, ziemlich konkret in Aussicht zu stellen.

Das heißt also, dass hier eine Menge Geldes investiert wird und diese Vorgangsweise sollte man doch etwas genauer hinterfragen. Herr Vizebürgermeister Wimmer hat in diesem Zusammenhang schon im Vorfeld angekündigt, dass er halt die GRÜNEN, wenn sie nicht mitmachen, als sportfeindlich diskreditieren werde. Ja, das ist natürlich leicht und ich möchte mich schon jetzt dagegen verwahren, dieses Mäntelchen umgehängt zu bekommen, denn wir sind durchaus nicht sportfeindlich. Wir sind sehr wohl ebenfalls der Meinung, dass es sich der FC Wels verdient hat, endlich eine vernünftige Sportanlage zu bekommen. Darüber gibt es überhaupt keine Diskussion, aber wir glauben, dass man Einsparungspotentiale auch im Bereich des Sports nutzen sollte, nicht nur in allen anderen Bereichen. Und so haben wie eben gewisse Bedenken in Hinblick auf dieses Projekt, insbesondere gegen den Baseballteil bei diesem Projekt. Deshalb werden wir heute diesem Projekt zwar nicht zustimmen, uns aber der Stimme enthalten. Mit dieser Enthaltung ist gemeint, dass wir grundsätzlich für eine Sportanlage für den FC Wels sind, aber nicht in dieser Form. Und beim Finanzierungsbeschluss werden wir uns nicht der Stimme enthalten, sondern gegen den Antrag stimmen, weil wir finden, dass dieser Finanzierungsbeschluss so unhaltbar ist.

GR. Buttinger verlässt die Sitzung um 16.47 Uhr.

GR. Mag. Mayerhofer: Der Kollege Humer hat angesprochen, dass die Finanzierung des Stadions in Wimpassing ein Nullsummenspiel sein soll. Wenn ich mir den Amtsbericht anschau, wird suggeriert, dass wir zur Finanzierung des Stadions nur ein Darlehen in Höhe von 269.000 Euro brauchen, aber dabei hat man sozusagen das Kleingedruckte noch nicht gelesen. Sieht man sich die Sache genauer an, stellt man fest, dass zwar die 3,2 Mio. Euro durch den Verkauf des ASKÖ-Stadions hereinkommen, dieser Verkaufspreis aber in drei Raten bis hin zum 30.06.2014 entrichtet wird. Und auch in Bezug auf den Verkauf der Sportanlage „Wirt am Berg“ wird es wohl so sein, dass das Geld erst nach und nach hereinkommt, also wenn Teile dieser Liegenschaft wirklich verkauft werden konnten. Natürlich ist es möglich, einen Verkauf zu tätigen, aber an die Verwertung des Areals des FC Wels kann erst dann herangegangen werden, wenn eben der FC Wels schon über ein neues Stadion verfügt. Somit wird es durchaus einer höheren Summe zur Zwischenfinanzierung brauchen. Und eine höhere Zwischenfinanzierungssumme bedeutet in weiterer Folge, dass höhere Zinsen für diese Zwischenfinanzierung anfallen, egal ob dieses Darlehen durch hereinkommende Raten für Grundstücksverkäufe früher abgebaut werden kann oder nicht. Insofern ist auch diese Aufstellung bezüglich Finanzierung ein kleiner Etikettenschwindel.

In diesem Zusammenhang möchte ich noch darauf hinweisen, dass die Finanzdirektion immer eine so wunderbare Stellungnahme zu den Darlehensaufnahmen bei den Amtsberichten hinzufügt. Und dieses Mal steht nicht etwa das Wort „maastrichtschädlich“ dort, sondern es wird explizit darauf verwiesen, dass Darlehensaufnahmen auf das unbedingt notwendige Ausmaß zu reduzieren sind und es gibt auch einen Verweis auf den Stabilitätspakt 2012, der sogar verschärfte Sanktionsmaßnahmen vorsieht. Das heißt also, dass es unsere Aufgabe als Gemeinderätinnen und Gemeinderäte ist,

Darlehensneuaufnahmen kritisch zu hinterfragen und sich zu überlegen, ob wir dieses oder jenes Projekt unbedingt und sofort benötigen, ob wir es wirklich mit einer absolut notwendigen Situation zu tun haben oder ob sich vielleicht eine bestimmte Sache auf später verschieben lässt. Also, das ist durchaus eine Überlegung, die man als Gemeinderätin oder Gemeinderat anstellen sollte.

An dieser Stelle darf ich ein Wort an Herrn Stadtrat Rabl richten, der in einer Presseaussendung die verheerende Finanzsituation der Stadt Wels beschreibt und ÖVP sowie SPÖ auffordert, das ungezügelte Schuldenmachen endlich sein zu lassen. Angesichts dieser Aufforderung frage ich mich heute, wer denn eigentlich dieses Stadion beschließt. Wasser predigen und Wein trinken?

GR. Dipl.-Ing. Leitinger: Ich möchte noch einige Punkte ergänzen, wobei ja meine Kollegen schon sehr viel zu den Themen „Finanzierung“ und „Etikettenschwindel“ sagten. Ich glaube, dass sie das sehr überzeugend sagten. Und ich möchte bei dieser Gelegenheit nur darauf hinweisen, dass zwar Millionen für ein neues Stadion eingesetzt werden, wir andererseits aber in Zusammenhang mit dem Stadtentwicklungsprojekt für die Noitzmühle darüber diskutierten, ob wir mittel- oder langfristige Projekte wirklich finanzieren können. Auch bei der Schaffung von Grünräumen wird um jeden Euro herumdiskutiert, ebenso in Bezug auf Sozialvereine, die seit 15 Jahren – man muss sich die Länge dieses Zeitraums wirklich auf der Zunge zergehen lassen – die gleich hohe Förderung bekommen, andererseits müsste man fast sagen, dass für Sporteinrichtungen, hier vor allem für Ballsporteinrichtungen kein Euro zu viel ist.

Weiters wurde in Zusammenhang mit einem wärmeren Wasser für unser Schwimmbad gleich von einem „Warmbad“ gesprochen. Solch ein Aufwärmen des Wassers, das natürlich mit gewissen Kosten verbunden wäre, würde gleich abgeschmettert, als ginge es hier um die Einrichtung einer Kuranstalt, beispielsweise wie in Villach oder Bad Schallerbach. In Wahrheit geht es aber nur darum, das Wasser in einem Becken entsprechend aufzuwärmen und damit Bürgerinnen und Bürgern die Freude zu bereiten, nicht erst im August ohne Gänsehaut ins Schwimmbad gehen zu können. Also, hier sehe ich eine gewisse Verlogenheit, ehrlich gesagt.

Vzbgm. Wimmer: Das ist aber jetzt schon ein Hammer, wie ich sagen muss! Das ist doch unglaublich! Mäßigen sie sich doch etwas in der Ausdrucksweise!

Bgm. Dr. Koits: Bitte passen wir bei der Wortwahl auf!

GR. Dipl.-Ing. Leitinger: Zum Kollegen Humer Folgendes. Wie grün ist eigentlich ein Fußballfeld? Es ist nicht besonders grün, denn ein Naturrasen muss, wie wir alle wissen, erstens intensiv gedüngt und zweitens entsprechend bewässert werden. Wir haben bei uns in der Welser Heide einen äußerst durchlässigen Boden und somit sind bei uns die Fußballplätze nicht besonders grün.

StR. Dr. Rabl: Die geballte grüne Kraft ist angetreten, um in Form eines Wirbelwinds durch den Saal zu blasen, aber recht viel mehr als ein Lüftchen ist nicht herausgekommen, was wohl auch daran liegt, dass in gewissen Bereichen ganz einfach der Durchblick etwas fehlt. Es stört mich aber nicht, hier ein bisschen Nachhilfe zu geben. Das mache ich beim Herrn Vizebürgermeister Wimmer auch hie und da, nur hört er nicht auf mich.

Zusammenfassend möchte ich sagen, dass das heute auch für mich ein Freudentag ist. Dies deshalb, weil ich doch der Meinung bin, dass das Sportzentrum, das wir jetzt in Wimpassing bekommen, notwendig war oder ist, und zwar aus mehrfachen Gründen.

Überlegen wir uns erstens einmal, was denn passiert wäre, falls wir dieses Sportzentrum nicht so weit gebracht hätten, dass wir es heute beschließen können. Wir hätten weiterhin den Eintracht-Platz mitten im Wohngebiet, obwohl doch die GRÜNEN immer darauf bestehen, dass ein Wohngebiet tatsächlich ein Wohngebiet bleibt und dass es in Zusammenhang mit dem Sport keine Lärmentwicklung geben soll. Bezüglich Lärm bin ich ein bisschen vorsichtiger geworden, weil ich ja von Stadtrat Lehner gescholten wurde, nachdem ich zuerst meinte, in der Noitzmühle gäbe es ein Lärmproblem. Viele Bewohner sehen es nun einmal so, auch wenn wir in der Politik das vielleicht etwas anders sehen. Beim Sport wird es wohl doch noch zulässig sein, von einem Lärmproblem mitten im Wohngebiet zu sprechen, aber dort draußen gibt es solch ein Problem nicht.

Zweitens: Auch der Eintracht-Platz wäre zu sanieren gewesen. Jeder, der sich das schon einmal näher angesehen hat, konnte feststellen, dass die Zustände dort durchaus tragisch sind. Wir hätten uns also das Geld nicht erspart.

Drittens: „Am Berg“ befindet sich derzeit eine Fußballanlage und diese ist ebenfalls dringend sanierungsbedürftig. Andererseits – und das ist für mich ebenfalls wichtig – haben wir es dort mit schönstem und wertvollstem Wohngebiet in Wels zu tun. Schöner als dort kann man wahrscheinlich in Wels nirgends wohnen. Direkt am Naturschutzgebiet gelegen und mit Blick auf die Berge, da lassen sich tatsächlich Höchstpreise erzielen.

Und jetzt komme ich zu ein bisschen Nachhilfe für die GRÜNEN. Dieses Projekt kostet uns tatsächlich nichts, weil wir diese Gründe, die sich im Eigentum der Stadt Wels befinden, verkaufen können. Wir können also diese Gründe verwerten, wobei wir einen Teil bereits verwerteten, und zwar mit Zustimmung der GRÜNEN, wie ich mich erinnern kann. Und den zweiten Teil werden wir noch verwerten, wahrscheinlich ebenfalls mit Zustimmung der GRÜNEN. Der Magister Teubl hat es schon angekündigt und es kommt tatsächlich ein Gewinn für die Stadt Wels heraus. Warum ist das so? Wenn man einen guten gegen einen schlechten Grund vertauscht, dann ist es doch so, dass man den guten Grund zu einem guten Preis verkaufen kann und nachdem mich der schlechte Grund nicht allzu viel kostete, heißt die Differenz, die dabei herauskommt, Gewinn. Das ist etwas Marktwirtschaftliches, das auch einmal die GRÜNEN akzeptieren müssen. Die Differenz zwischen Einkauf und Verkauf bedeutet in diesem Fall, dass man einen Gewinn hat. Und diesen Gewinn kann eben die Stadt Wels nutzen. Sie nutzt ihn aus meiner Sicht hervorragend bzw. zweckentsprechend, nämlich zum Bau einer neuen Sportanlage. Nichts anderes habe ich mir gewünscht. Wir haben somit auf der einen Seite eine notwendige Maßnahme, die auch noch durchaus günstig ist, auf der anderen Seite trotzdem ein aus den Fugen geratendes Budget, weshalb meine Kritik am Budget voll aufrecht bleibt. Diese Sportanlage kostet uns praktisch nichts. Sie wird deshalb – ich glaube, so steht es sogar im Amtsbericht – maastrichtneutral sein.

GR. Schönberger: Es muss wohl schlicht und ergreifend eine Grundsatzfrage gestellt werden. Herr Teubl fragte, ob eigentlich jede Sportart unterstützt werden müsse. Ja, selbstverständlich! In der grundsätzlichen Verantwortung einer Kommune ist es nun einmal gelegen, im Falle des Vorhandenseins von Bedürfnissen diese nach Möglichkeit

zu unterstützen. Und ich muss ihnen sagen, dass die Eltern diese Bedürfnisse der Kinder auch sehr maßgeblich unterstützen, indem sie beispielsweise die Kinder ins Auto setzen und quer durch Oberösterreich zu den verschiedensten Sportplätzen fahren. Sie investieren viel Zeit und Geld, damit die Kinder eine Bewegung haben bzw. dem Sport nachkommen können. Da rede ich jetzt gar nicht einmal von den abertausenden Stunden, welche die Funktionäre ehrenamtlich, also ohne Bezahlung leisten.

Und selbstverständlich liegt es auf der anderen Seite in der Verantwortung der Stadt Wels, zumindest die Örtlichkeiten zur Verfügung zu stellen, um den Sport sicher und vernünftig ausüben zu können. Selbstverständlich sind wir als Stadt Wels dafür verantwortlich. Und wenn morgen Cricket in sein sollte, warum sollte man dann nicht auch eine Cricket-Anlage schaffen?

Der Kollege Wimmer sagte es schon und ich bin ebenfalls dafür, dass man sich um alle Stadtteile gleichermaßen bemüht und überall etwas fördert, sozusagen an jeder Ecke etwas tut. Gott sei Dank sind wir in Wels so sportorientiert, dass wir den Kindern bei den Vereinen die Möglichkeit geben können, Regeln und Verhaltensmaßnahmen erlernen sowie soziale Kontakte knüpfen zu können. Das erspart es uns womöglich, sie vielleicht im Wege von Streetwork oder durch andere Maßnahmen betreuen zu müssen.

Schönen Dank somit an den Sportreferenten für sein unermüdliches Engagement im Dienste des Sports, im Dienste der Eltern und vor allem im Dienste der Kinder und der vielen, vielen ehrenamtlichen Funktionäre.

StR. Lehner: Eines möchte ich schon reflektieren. Wenn uns jetzt Andreas Rabl wieder eine Lehrstunde in Betriebswirtschaftslehre gab und erzählte, wie schön doch die Grundstücke „Am Berg“ sind und wir wertvoll es ist, künftig dort bauen und wohnen zu können, wobei herauszuhören ist, dass scheinbar Wimpassing schon immer das Wunschgebiet der FPÖ für solch ein Sportzentrum war, dann darf ich ihn schon daran erinnern, dass sein ursprünglicher Gedanke genau darin lag, diesen schönen Grund „Am Berg“ für den Bau eines Stadions zu verwenden bzw. die Fußballplätze zu sanieren. Seine Kenntnisse in Betriebswirtschaftslehre hat er damals anscheinend kurz einmal vergessen. Er wollte auf dem besten Grund mit der besten Aussicht auf die Berge, direkt angrenzend an ein Natura-2000-Gebiet, den Fußball stattfinden lassen. Wir meinten hingegen, dass es sinnvoll sei, dieses Sportzentrum in Wimpassing zu errichten, weil dort die Autobahn in der Nähe ist und wir dort keine Wohnbebauung haben. Wir haben ja sehr gute Mitarbeiter im Haus, die feststellten, dass dieses Gebiet in Wimpassing für eine Wohnbebauung wirklich nicht optimal geeignet ist und deshalb wurde eben dieser wirtschaftlich weniger wertvolle Grund in Wimpassing für den Sport vorgesehen, der dort eigentlich herrliche Voraussetzungen vorfindet. Wir als ÖVP sagten immer, dass es am wirtschaftlichsten ist, die Fußballplätze zu zentrieren, also zentral eine tolle Stätte für die Nachwuchssportler zu schaffen. Und jetzt kam eben Gott sei Dank die Erkenntnis, dass der Sportplatz „Am Berg“ für eine Wohnbebauung besser geeignet sei.

Ich muss aber leider Gottes hinzufügen, dass der Andreas Rabl in weiterer Folge noch etwas erfunden hat. Er forderte nämlich draußen beim Fußballverein WSC Hertha stärkere Investitionen, das heißt, das, was sich die Stadt durch diese gemeinsame Anlage für Fußball und Integration ersparen hätte können, wird jetzt in das Mauth-Stadion investiert. Irgendwo tut mir das leid, denn eigentlich war das unnötig. Nun, es werden sich wahrscheinlich auch die Spieler von WSC Hertha sehr wohl fühlen und

vielleicht werden sie sogar die ersten sein, die mit viel Engagement in eine höhere Spielklasse aufsteigen. Vielleicht können wir dort auch noch ein größeres Stadion oder eine größere Tribüne bauen.

Wenn ich jetzt aber wieder zum Ernst der Sache zurückkomme, möchte ich festhalten, dass leider die Chance mit dem früheren Projekt vertan wurde, aber andererseits freut es mich doch, dass nun die FPÖ erkannte, dass die Strategie Wimpassing betreffend doch die richtige war.

Vzbgm. Dr. Wieser: Ich habe mir das jetzt ganz genau angehört und muss sagen, dass es streckenweise doch sehr anstrengend war.

Herr Kollege Lehner! Sie sollten doch öfter zu uns in die Mauth-Anlage kommen, vielleicht zu einem Spiel von WSC Hertha. Kommen sie mal raus und schauen sie sich die Trainingsanlage an oder sonst diverse Dinge, womit sie sich dann bei künftigen Wortmeldungen etwas leichter tun würden. Einige Sportkollegen draußen bei WSC Hertha hörten ja ihre Wortmeldung auf WT 1, wo sie meinten, dass man künftig alle Kinder von Wels hinaus nach Wimpassing zum FC Wels fahren könne, nur geht das an der Realität wirklich stark vorbei. Persönlich bin ich in der gesamten Betrachtung sehr froh darüber, dass wir in Wels dezentral eine Landschaft an Sport- und Fußballplätzen haben, was beim ESV im Osten beginnt und künftig im Westen von Wels in Wimpassing enden wird. Unsere Sportanlage Mauth liegt zwar etwas nördlich, aber eigentlich zentral zwischen diesen Punkten im Osten und im Westen. Stellt man sich aber nach ihrer Aussage vor, dass alle Mütter und Väter, Tanten und Onkeln die Kinder beispielsweise vom einen Ende der Stadt an das andere Ende im Westen bringen sollen, dann muss ich sie doch darauf hinweisen, dass die Mannschaften, auch die Nachwuchsmannschaften, organisatorisch zu einem bestimmten Verein gehören. Dort fühlen sie sich wohl, dort kennen sie sich aus. Sie sind also keine „Gastarbeiter“ auf einem anderen Platz, wo man vielleicht noch drei Mal so viele Kabinen brauchen würde, falls alle dort hinkämen. Das geht also an der Realität vorbei und aus meiner Sicht geht es in Ordnung, so wie es derzeit dezentral aufgeteilt ist.

Was nun speziell den WSC Hertha betrifft, brauchten wir dringend noch einen Trainingsplatz. Schon seinerzeit bei Eröffnung der Leichtathletikanlage wurde dieser weitere Trainingsplatz sozusagen politisch in Aussicht gestellt, genauso wie damals schon ein neues Clubheim im Gespräch war. Aber kaum war die Anlage fertig, geschah nichts mehr.

Wer sich wirklich etwas Interessantes ansehen will, nämlich in Hinblick auf die Bedeutung von Nostalgie im Sport, der möge sich möglichst bald unser Clubheim ansehen. Derzeit wird ja ein Neues gebaut, aber wir werden auch noch so eine Art Abrissparty durchführen. Wir werden wegen dieses Clubheims in ganz Österreich belächelt.

Zwischenruf Vzbgm. Wimmer: Da ist wirklich schade drum!

Vzbgm. Dr. Wieser: Ja, du sammelst ja alte Sachen und kannst dir dann ein paar Bretter mitnehmen.

Jedenfalls gibt es in ganz Oberösterreich kein Clubheim von einer ähnlich miesen Qualität, wie wir es bislang hatten. Das war eine Bretterbude, die halt irgendwann einmal zusammengefallen wäre.

Am Beginn der Überlegungen stand weiters, Herr Magister Teubl, ob man nicht auch die Leichtathleten hinaus nach Wimpassing transferieren soll, weil die Kombination von Fußball-Hauptspielplatz und Leichtathletikanlage rund herum eine nicht ganz einfache ist. Was hier die Vereine leisten, dass das organisatorisch nebeneinander hergeht, das ist schon enorm. Da geht es auch um Menschen, die aufeinander nicht immer wohlgesinnt sind, das heißt, es gibt grundsätzlich gewisse Friktionen. Wir hoffen natürlich, dass das künftig besser wird.

Insgesamt war es also die ökonomisch bessere Lösung, die Baseballspieler nach Wimpassing zu geben, denn die Leichtathleten hätten ebenfalls eine eigene Anlage samt Nebenanlagen benötigt und dann wäre das Ganze nochmals teurer gekommen.

Zwischenruf Vzbgm. Wimmer: 3,6 Millionen Euro!

Vzbgm. Dr. Wieser: Und auch wenn ihnen, Frau Kollegin Leitinger, der Kunstrasen weh tut, darf ich ihnen versichern, dass dieser Rasen sehr wohl grün sein wird, so wie überall. Der Unterschied besteht in erster Linie darin, dass der Kunstrasen nicht wachsen kann, weil er eben im Gegensatz zum natürlichen Rasen keine Wurzeln hat. Und es müssen Kunstrasenanlagen entsprechend befeuchtet werden. Wir brauchen jedenfalls solch einen Kunstrasenplatz – wenn sie umherschauen, werden sie sehen, dass fast überall bei den Anlagen ein Kunstrasenplatz dabei ist – weil ja die anderen Rasenplätze zur Rekultivierung teils monatelange Ruhephasen benötigen. Eigentlich sind wir bei unserer Anlage bei der Mauth schon fast am Ende angelangt, weil unsere Plätze schon so hart sind, dass unsere Fußballer bald mit Hüftleiden zu tun haben werden. Die Sache wird also fast schon gesundheitsgefährlich. Ich weiß das, weil sie mir das immer wieder erzählen. Wenn wir also jetzt noch einen zweiten bzw. dritten Trainingsplatz dazu bekommen, dann wird es möglich, die Trainings besser aufzuteilen und dann ist es auch möglich, die ganze Anlage ordentlich in Schwung zu halten.

Herr Magister Teubl! Ich habe mir noch das Stichwort „Minderheit“ aufgeschrieben und ich muss sagen, dass ich sie einfach nicht verstehe, wenn sie so auf die Baseballer losfahren. Das sind nämlich ganz nette Leute. Und was glauben sie denn, was das für ein Haufen Menschen ist, wenn 55 Spieler dieselbe Sportart betreiben? Sie fahren einfach so drauflos und diese Menschen werden das sicher nicht gern hören, wenn ich ihnen das erzähle. Eigentlich müssten sie ja ganz etwas anderes reden, weil beim Fußball handelt es sich bekanntlich um einen Massensport, während es sich bei Baseball um eine Sportart für Minderheiten handelt. Und soweit ich ihre Parteiprogramme studierte, musste ich feststellen, dass sie immer stark für Minderheiten eintraten, aber in dieser Frage haben sie wohl ihre Parteilinie verlassen.

GR. Mag. Humer: Normalerweise melde ich mich nicht ein zweites Mal zu Wort, aber heute ist es anders, weil mich persönlich, und zwar mehr als Sportfunktionär, weniger als Gemeinderat der Stadt Wels, die Ausführungen der GRÜNEN fast schon körperlich schmerzen. Ich lege jetzt aber ein Angebot dar. Ich bin im Sportbereich relativ firm oder fit, und zwar nicht nur in wenigen Sportarten, sondern sehr breit gefächert und ich kenne mich auch im Baseballsport aus, worüber ich sogar ein Buch zu Hause habe. Herr Kollege Teubl, angesichts dessen kann ich ein bisschen Nachhilfe geben, und zwar in

diesem Fall natürlich unentgeltlich, sonst müsste ich das auch noch versteuern. Kommt halt einmal im Sommer zu mir, damit wir das durchgehen können.

Wenn die Kollegin Mayerhofer die Frage aufwarf, ob wir nicht das Projekt noch schieben könnten, muss ich sagen, dass ich direkt das Pech hatte – das klingt jetzt etwas komisch, aber ich sage es einmal so – mit Sportfunktionären der ASKÖ aus anderen Bundesländern am 20. April dieses Jahres die ASKÖ-Sportanlage besuchen zu dürfen, weil wir dort – dafür sei dem Norbert Ellmerer und seinem Team gedankt – Ende Juni die Bundesmeisterschaften durchführen. Und als ich so mit den Kolleginnen und Kollegen aus den anderen Bundesländern durch die Sanitär- und Umkleidekabine ging, merkte ich eigentlich nur ein ungläubiges Staunen. Da hörte man Sachen wie „das ist ja Substandard“ oder „sind wir jetzt in Wels oder in Usbekistan“ – ich möchte jetzt nicht ungerechtfertigt irgendwelche Länder in den Mund nehmen bzw. könnte es ja sein, dass es dort bessere Sportstätten als in Wels gibt – wobei solche Ausdrücke eigentlich noch die gelindesten waren. Da lacht uns beispielsweise der Schimmel entgegen und man muss froh darüber sein, dass dort die Kinder noch heil hinein- bzw. herauskommen. Ich will damit jedenfalls zum Ausdruck bringen, dass wir nichts mehr zu schieben brauchen. Ich muss das so betonen, weil ich nun einmal sehr emotional bin, was den Sport betrifft.

Ich denke mir – der Kollege Rabl hat es gesagt – dass es sich hier tatsächlich um ein Nullsummenspiel handelt und uns das die Sache wert sein sollte.

Frau Kollegin Leitinger! Ich weiß schon, dass wir in der Welser Heide Schotterböden haben – ich danke trotzdem für den Hinweis – und somit alles sehr schnell versickert. Darum führen wir ja eine Bewässerung durch, was ich persönlich aber zuhause ebenfalls mache. Und mein Rasen zuhause war zumindest bis heute Mittag noch grün und ich hoffe natürlich, dass er das am Abend auch noch ist. So etwas gilt eben symbolisch auch für Sportanlagen. Du hast es ja selbst gesagt, Kollege Bernd Wieser, dass ein Rasen in der Regel grün ist. Ich habe selten einen gelben oder lilablassblauen Fußballplatz gesehen. Aber vielleicht schaffen das die GRÜNEN noch und dazu gratuliere ich heute schon.

Vzbgm. Dr. Wieser: Ich glaube, insgesamt waren es 14 Wortmeldungen zu diesem Tagesordnungspunkt und es ist das bestimmt eine beachtliche Zahl. Darunter hat es drei negative Wortmeldungen gegeben, was mir persönlich sehr leid tut. Andere Wortmeldungen wie jene von Frau Wartinger über Herrn Stadtrat Lehner, Herrn Stadtrat Rabl – dessen Wortmeldung natürlich eingeschränkt, denn den Diskurs über das Budget kann ich natürlich nicht mittragen, weil er in diesem Punkt völlig falsch liegt, was er aber ohnehin weiß – bis hin zu Herrn Mag. Humer kann ich nur doppelt unterstreichen. Es tut mir also leid, dass es zu keiner einstimmigen Beschlussfassung kommt, aber wenn immerhin drei Fraktionen des Gemeinderates hinter einem Projekt dieser Größenordnung stehen, dann sagt das auch etwas aus. Ich darf dem Norbert Ellmerer zu dieser Abstimmung, die in Kürze erfolgen wird, aufrichtig gratulieren. Und ich bitte dich, diese Gratulation und nicht nur meinen Dank, sondern sicher auch jenen von allen, die hier zustimmen, an all deine Funktionäre, Mitglieder und alle Jugendlichen weiterzugeben. Du solltest dabei allerdings nicht vergessen und betonen, dass die GRÜNEN dieses Projekt ablehnen. Die GRÜNEN handeln nicht nur sportfeindlich, sondern auch jugendfeindlich und integrationsfeindlich. Das soll man doch festhalten und ich sage das bei aller Ernsthaftigkeit, denn nichts anderes kommt hier zum Ausdruck.

Die Qualität der Ausführungen der drei GRÜN-Mandatäre möchte ich hier gar nicht näher kommentieren. Die Frau Diplomingenieur ist ja nicht einmal in der Lage, die Investitionskosten vom laufenden Betrieb zu unterscheiden und das sagt wohl alles über die Qualität dieser Wortmeldungen aus.

Eines ist schon klar. Sieben Mio. Euro, das ist schon sehr viel Geld, Steuergeld, und damit muss natürlich verantwortungsvoll umgegangen werden. Ich lehne es aber dezidiert ab – das hat meine Fraktion auch in der Vergangenheit so gehalten – irgendwelche Aufrechnungen mit anderen Projekten und Vorhaben vorzunehmen, insbesondere Vergleiche mit der Wassertemperatur im Schwimmbad. Es wäre ja sowieso unzulässig, einen laufenden Betriebsaufwand mit irgendwelchen Investitionssummen zu vergleichen. Das käme wohl einem Vergleich von Äpfeln und Birnen nahe.

Sieben Millionen sind also sehr viel Geld und sie werden von mir oder von einem Mitglied meiner Fraktion nie gehört haben, dass wir, wenn es um die Beratung oder Beschlussfassung anderer Projekte aus anderen Bereichen ging, eine Gegenrechnung mit dem Sport aufstellten. Ich kann aber trotzdem einige Summen bzw. Projekte nennen. 17 Mio. Euro für den Herminenhof, 14 Mio. für das Alten- und Pflegeheim in der Laaen und viele andere Beträge oder Großprojekte wären noch zu nennen, aber all diese Projekte stellten doch mehr oder minder eine Selbstverständlichkeit dar. Das haben sich doch die Welserinnen und Welser verdient und sie erwarten wohl von uns als deren Vertreter im Gemeinderat, dass wir jene Infrastruktur zur Verfügung stellen, die ein Gemeinwesen in solch einer Stadt ganz einfach braucht. Jedenfalls ist es aber unzulässig – ich lehne das ab – einzelne Projekte gegeneinander aufzurechnen.

Nur möchte ich auch einmal mit der Meinung aufräumen, dass alles Geld der Stadt in den Sport geht. Es ist absolut unwahr, wenn sie das sagen. Wenn sie mir Verlogenheit vorhalten, dann darf ich diese Vorhaltung mit aller Deutlichkeit und Klarheit an sie zurückgeben, damit sie sich das entsprechend merken und sie sich besser auf Gemeinderatssitzungen vorbereiten, wie sie das heute unter Beweis gestellt haben.

Im Übrigen bitte ich jetzt um Beschlussfassung.

Bgm. Dr. Koits: Wir haben jetzt praktisch gleichzeitig über zwei Tagesordnungspunkte beraten bzw. diskutiert und ich werde mir erlauben, über diese beiden Tagesordnungspunkte gleich hintereinander abstimmen zu lassen.

Der Antrag zu Punkt 3. der Tagesordnung wird mit

30 Ja-Stimmen (SPÖ-, FPÖ- und ÖVP-Fraktion)
bei 3 Stimmenthaltungen (GRÜNE-Fraktion)

angenommen.

GR. Buttinger hat die Sitzung bereits verlassen.

Vorgezogener Tagesordnungspunkt

5.)

Errichtung eines Fußball-Nachwuchs- und Integrationssportzentrums
und einer Baseball-Anlage in Wels-Wimpassing;
Darlehensbeschluss
FD-Fin-903-2012

Der Antrag lautet nach Vorberatung im Finanzausschuss am 03.05.2012:

1. Die Finanzierung der Errichtung eines Fußball-Nachwuchs- und Integrations-sportzentrums und einer Baseball-Anlage in Wels-Wimpassing mit den erforderlichen Nebenräumen und Nebenanlagen mit einem voraussichtlichen Kostenaufwand von € 7,530.000,- excl. MWSt. – Kostengenauigkeit +/- 10 % – mittels Darlehen wird genehmigt.
2. Die Darlehen sind entsprechend dem tatsächlichen zeitlichen Finanzierungserfordernis in Abstimmung mit der Kassenliquidität auf die Jahre verteilt aufzunehmen und durch den Zahlungseingang aus den Grundstücksverkäufen lt. Amtsbericht (Anlage 8) zu reduzieren.
3. Der Finanzreferent wird ermächtigt, nach Angebotseinholung bei den verschiedensten Instituten, das jeweilige Darlehen an den jeweilig wirtschaftlichsten Anbieter zu vergeben.

Der Antrag wird mit

30 Ja-Stimmen (SPÖ-, FPÖ- und ÖVP-Fraktion)
bei 3 Nein-Stimmen (GRÜNE-Fraktion)

angenommen.

GR. Buttinger hat die Sitzung bereits verlassen.

4.)

Sportanlage Mauth;
Errichtung eines Kunstrasen- und eines Naturrasen-Fußballplatzes;
Grundsatzbeschluss
SF-Sport-120-2010

Vzbgm. Wimmer verweist darauf, dass über diese Angelegenheit zum Teil bereits unter Tagesordnungspunkt 3. mitdiskutiert wurde und erläutert den allen Anwesenden vorliegenden Amtsbericht (Anlage 9).

Der Antrag lautet nach Vorberatung im Sportausschuss am 26.04.2012:

Die Errichtung eines Kunstrasen- und eines Naturrasen-Fußballplatzes mit den erforderlichen Baumaßnahmen (Beleuchtung, Bewässerung, Ballfangzäune) auf der Sportanlage Mauth mit voraussichtlichen Gesamtkosten von € 720.000,- excl. MWSt. – Kostengenauigkeit +/- 10 % – wird grundsätzlich genehmigt.

GR. Hoflehner: Ich habe schon bei meiner Wortmeldung zu Punkt 3. der Tagesordnung angekündigt, dass ich mich zu diesem Projekt auch noch zu Wort melden werde. Hiebei darf ich etwas zurückschauen.

Als ich als 10-jähriger beim damaligen Verein Hertha Wels begonnen habe, bestand der wesentliche Unterschied zu heute eigentlich darin, dass es noch keine Leichtathletikanlage gegeben hat, kein Baseballfeld, dass die Sporttherapie noch nicht bestand, aber jedenfalls war dort ein Fußballverein mit dementsprechenden Nachwuchs tätig. Das Trainingsfeld, das südlich des Baches liegt, war damals ständig überflutet, weil es ja eigentlich als Wasserauffangbecken gedacht war. Es gab somit laufend Schwierigkeiten damit bzw. mussten laufend Sanierungsmaßnahmen durchgeführt werden.

Letztenendes habe ich beim Besuch dieser Anlage sehr viele Déjà-vus, denn die ganze Infrastruktur kommt mir wirklich sehr bekannt vor. Manchmal glaube ich direkt, dass noch ein altes Leiberl von mir herumhängt. Jedenfalls schauen die Kabinen noch aus wie seinerzeit, als ich dort spielte, aber das ändert sich ja Gott sei Dank. Und beim FC Wels habe ich seinerzeit als Gegner gespielt, wobei die sportliche Infrastruktur ebenfalls noch so ist wie damals. Ich habe dann noch ein Jahr lang bei der UNION gespielt, welche schon damals die seinerzeit wunderschöne Trainingsanlage beim „Wirt am Berg“ besaß.

Das alles ist aber schon lange her und ich möchte damit irgendwo unterstreichen, dass es ja nicht einfach so ist, als würden plötzlich die Begehren diverser Sportarten, vor allem der Fußballvereine, aus dem Boden schießen. Das ist der Grund dafür, dass ich jetzt so weit ausholte.

Vor acht Jahren wurde ich dann Obmann des Nachwuchsfördervereins von WSC Hertha und eines der großen Themen waren schon damals, auch schon vorher unter dem Vorsitz von Fritz Zinnhobler, die wirklich eingeschränkten Trainingsmöglichkeiten. Das ist also immerhin auch schon wieder acht Jahre her und inzwischen – darauf sind wir ja alle stolz – haben sich die Leichtathletikvereine entwickelt, auch was den Spitzensport anbelangt. Andere Vereine haben sich ebenfalls etabliert und sogar die Schiedsrichtergruppe Wels benutzt das Mauth-Stadion zu Trainingszwecken. Der Ausdruck Stadion ist irgendwie aufgekommen, weil es dort auch eine Zuschauertribüne gibt, wobei natürlich niemand bei Verwendung der Bezeichnung „Stadion“ einen Vergleich mit dem Linzer Stadion oder gar mit dem Bernabéu-Stadion in Madrid ziehen würde. Es gibt also sehr viele Nutzer, die es im Großen und Ganzen meiner Meinung nach überraschenderweise sehr, sehr gut schaffen, miteinander zu leben, nämlich bis hin zu den Baseballern.

Inzwischen hatte ich das leidliche Vergnügen – das wäre für den einen oder anderen hier bestimmt auch recht interessant gewesen – zusammen mit dem Herrn Vizebürgermeister und Finanzreferenten eine Art Mini-Canossa-Gang zum Eigentümer der

Trainingsfelder durchzuführen. Es waren dies sehr interessante und langwierige Verhandlungen. Damals bestand eben die Absicht, im Norden der Anlage ein Grundstück anzukaufen, um diesem ewigen Druck zu entgehen.

Was machen wir nun mit diesem Geschenk, wie es von einem Redner bezeichnet wurde und das nicht aus heiterem Himmel kam, sondern eine sehr lange Geschichte hat? Wir machen dort Sport auf einem Kunstrasen oder Allwetterplatz, wie es jetzt heißt. Dieser Kunstrasen befähigt den Nachwuchs – den fußballerischen, aber auch den Nachwuchs anderer Sportarten – bei fast jedem Wetter dem Training nachzugehen oder zu spielen. Warum ist das so wichtig? Das ist deshalb so, weil man halt auf einem Hauptfeld nicht immer spielen kann, denn sonst geht dieses vorzeitig kaputt, was mit Kosten etc., etc. verbunden ist. Es gibt also bestimmt viele gute Gründe, warum dort – das haben wir uns schließlich über viele Jahre gewünscht – ein Allwetterfußballplatz entstehen soll.

Ich will aber diese Maßnahme jetzt gar nicht verteidigen oder sonst irgendetwas, sondern nur sagen, dass meiner Meinung nach diese Anliegen, um die es heute geht, nicht nur über viele Jahre hinweg an den Sportreferenten der Stadt Wels herangetragen wurden, weil es halt „so schön wäre“, sondern es sind das wirklich sehr berechtigte Anliegen. Das gilt für alle Vereine, egal ob diese 55 aktive Mitglieder haben oder vielleicht 550. Ich denke mir, wir werden in dieser Stadt mit allen Anliegen ähnlich umgehen.

Dass manche Anliegen nicht sofort verwirklicht werden können, dafür spricht ja das Beispiel „WSC Hertha“ Bände. Immerhin musst der Verein viele Jahre, mehrere Jahrzehnte auf eine neue Infrastruktur warten. Bernhard Wieser weiß das sicher besser als ich.

Wir sehen jetzt aber das Positive. Neben der Erneuerung der alten Infrastruktur wird eine neue geschaffen und es wird jetzt sicher viel Geld in die Hand genommen. Zwei Dinge möchte ich aber doch noch sagen. Diese Anlagen werden auch dann noch existieren, wenn der Kollege Rabl oder der Klaus Hoflehner wahrscheinlich nicht mehr als Funktionäre dort tätig sind. Das ist keine Sportanlage, die vielleicht in ein oder zwei Jahren „abgespielt“ ist und dann alles vorbei ist, sondern es wird unserer Erfahrung nach etwa 25, 30 oder 35 Jahre dauern, bis dort wieder mehr oder weniger stark investiert werden muss. Was wir jetzt tun, kommt also meiner Meinung nach mehreren Generationen zu Gute.

Und zum Zweiten möchte ich noch auf etwas kommen, das ich eigentlich traurig finde. Ich darf feststellen, dass wir einen ganz tollen Kontakt zu den Baseballspielern hatten, die auf der Mauth-Anlage unter sehr schwierigen Bedingungen ihren Sport ausübten. Um diese Leute ist mir wirklich sehr leid, wenn sie künftig woanders hinsiedeln. Der Sport selbst ist ja einer, der sich eigentlich sehr relaxt abspielt. Zuerst tut sich stundenlang nichts, dann kommen auf einmal alle in Bewegung und dann wird es wieder ruhig. In Nordamerika ist das der Volkssport schlechthin. Es tut mir also auch „entspannungstechnisch“ sehr leid, dass die Basebatter nach Wimpassing abwandern.

Ich sage nochmals, dass wir als Funktionäre von WSC Hertha froh darüber sind, wenn jetzt diese Investitionen getätigt werden und wir dann wirklich über viele Jahre hinweg anständige, gute, professionelle Spiel- und Trainingsbedingungen vorfinden können.

Im Übrigen gilt das auch für viele andere, etwa die Leichtathleten und viele Schülerinnen und Schüler vom BRG und vom BG in der Anton-Bruckner-Straße und in der Wallerer Straße und der Volksschule, die neben der Sportanlage Mauth liegt, welche ebenfalls die dort vorhandenen Möglichkeiten nutzen.

Und wenn sie einmal die Gelegenheit wahrnehmen und sich selbst das Mauth-Stadion näher anschauen – ich scheue mich nicht, von einem Stadion zu sprechen – dann werden sie dort auf dem wunderbaren Belag, der die Gelenke so gut schont, viele Leute laufen sehen, Leute, die bei keinem Verein organisiert sind, aber sehr wohl ihrem Laufsport nachgehen können. Viele Leute sind glücklich darüber, dort ihrem Sportvergnügen nachgehen zu können.

Insgesamt bietet sich also dort auch für den ganzen Stadtteil eine tolle Gelegenheit, die Freizeit zu verbringen.

GR. Prof. Mag. Teubl: Lieber Klaus Hoflehner! „Entspannungstechnisch“ würde ich mir natürlich wünschen, dass es in Wels auch eine Anlage für den Bogensport gäbe, denn gerade beim Bogenschießen handelt es sich um eine Sportart, bei der man sich wunderbar meditativ entspannen kann. Vielleicht können wir demnächst auch ein solches Projekt starten.

Was hier das vorliegende Projekt betrifft, fällt es mir tatsächlich nicht gerade leicht, nicht gegenzurechnen. Wir hörten zwar wieder einmal, dass man diverse Projekte nicht gegeneinander aufrechnen sollte, aber andererseits geht es doch immer in die gleiche Richtung. Wir haben beispielsweise im letzten Gemeinderat einen Antrag eingebracht, der vorsah, 1 Mio. Euro für die Gestaltung von Welser Parkanlagen einzusetzen. Dieser Antrag wurde mit Bomben und Granaten abgeschmettert, aber jetzt haben wir einen Antrag vor uns liegen in einer Höhe von 720.000 Euro, bei welchem es eigentlich nur darum geht, dass aus einem Naturrasenplatz ein Kunstrasenplatz wird und damit der nicht mehr benötigte Baseballplatz von Champin' Chickens in einen Naturrasenplatz umgewandelt werden kann. Und bei diesen 720.000 Euro handelt es sich nicht gerade um einen kleinen Betrag. So denke ich mir, dass man doch mehr mit demselben Maß messen sollte. Da wird in Zusammenhang mit Sportprojekten immer gesagt, dass das halt unbedingt notwendig ist, aber bezüglich anderer Projekte ist dann diese Notwendigkeit absolut nicht gegeben. Sie ist nicht gegeben, wenn es darum geht, Entspannungsmöglichkeiten für die Bewohnerinnen und Bewohner der Stadt in Parkanlagen zu schaffen und sie ist auch nicht gegeben, wenn es darum geht, Wels im Bereich der Kultur etwas stärker zu positionieren. Dass Wels eine Sportstadt ist, das ist unbestritten, aber auf dem Weg zur Kulturstadt fehlt uns doch noch einiges.

Der Kollege Humer hat vorhin einige Beispiele dafür genannt, wo er schon überall Sportstätten besichtigte. Vielleicht sollte man als Gemeinderat diese Reisetätigkeit auch einmal auf Städte ausweiten, in denen die Kultur eine große Rolle spielt. Hiefür gibt es durchaus auch Beispiele von kleineren Städten, etwa von Krems an der Donau, wo in diesem Bereich schon viel investiert wird.

Ich bin also hier nur angetreten, um die Dinge in eine Relation zu setzen, um die Dinge zurechtzurücken und zu sagen: Okay, wenn man schon in diesem Bereich meint, dass das ausgegeben werden müsse, weil diese Projekte ganz einfach notwendig sind, nämlich praktisch für jede Sportart, die in Wels betrieben wird, dann möchte ich in anderen Bereichen diese Bereitschaft zu Investitionen doch etwas größer sehen als bisher.

Dass wir keine gemeinsame Sportanlage für den Ballsport in Wels haben, das halte ich für einen großen Fehler. Hätten wir tatsächlich ein Stadion, wo die Welser Vereine mit geballter Kraft daran arbeiteten, einen Verein hervorzubringen, der entsprechende sportliche Erfolge zeitigen kann, so wäre das wirklich eine tolle Sache. Aber hier steht leider die österreichische Proporzgeschichte dazwischen, die seinerzeit dafür sorgte, dass jede Partei ihren eigenen Sportverein brauchte. Auch wenn in der Zwischenzeit ein bisschen fusioniert wurde, ist es mit dem Proporz auch im Bereich des Sports leider noch immer so. Und die Geschichte dieses Beschlusses ist schließlich in gewisser Weise auch dieser parteipolitischen Zuordnung von Vereinen zu verdanken.

Natürlich geht es auch darum: Wenn der FC Wels etwas kriegt, muss der WSC Hertha ebenfalls etwas bekommen.

GR. Markus Wiesinger: Bei den letzten drei Tagesordnungspunkten vermisse ich ein bisschen die Ernsthaftigkeit. Wenn hier Kolleginnen und Kollegen aus dem Gemeinderat aufstehen und sagen, dass quasi alle Wünsche geäußert werden können und dass alles gebaut werden kann, muss ich schon darauf hinweisen, dass das Geld nicht auf den Bäumen wächst. Das muss ich einmal so plakativ feststellen.

Herr Vizebürgermeister und Sportreferent Wimmer! Sie rühmen sich immer, sehr kreativ zu sein, was Finanzierungsmodelle betrifft, aber auf die einfachste oder schnellste Art und Weise der Finanzierung, auf eine Landesförderung, verzichten sie fast ständig. So wurde über das neue Sportheim von WSC Hertha mehrmals gesprochen und es liegt mir dazu ein Schriftstück vor, das, wie ich glaube, auch für den gesamten Gemeinderat ganz interessant ist. Ich möchte hieraus kurz ein paar Sachen zitieren, weil ich der Meinung bin, dass hier doch sehr bedenkliche Vorgangsweisen gegeben sind.

Es gibt also ein Norm-Raumprogramm für Sport-Clubräume und laut diesem Programm soll das Clubheim von WSC Hertha 200 Quadratmeter aufweisen. An dieses Raumprogramm halten sich normalerweise alle Sportvereine in Oberösterreich und wie viel Quadratmeter weist nun das Sportheim von WSC Hertha auf? Es hat eine Fläche von 636 Quadratmetern. Ich erinnere, dass laut Programm 200 Quadratmeter angebracht wären, wir bauen aber ein Clubheim im Ausmaß von 636 Quadratmetern. Darin noch gar nicht eingerechnet ist die Terrasse mit einer Fläche von 200 Quadratmetern, die auch noch dazu kommt.

Und am bedenklichsten ist wohl, wenn das Land festhält, dass ohne Genehmigung des Landesreferates und des Gemeinderates – in diesem Fall liegt die Zuständigkeit bei Herrn Landeshauptmann-Stellvertreter Ackerl – begonnen wurde, was sozusagen das Hauptproblem darstellt. Herr Vizebürgermeister Wimmer, sie wissen ja, dass von Herrn Ackerl diese 18 Millionen kritisiert werden, die man für das Sportsanierungskonzept der Stadt Wels benötigt und so hat er eben eine negative Stellungnahme abgegeben.

Die ÖVP-Fraktion hat sich im Ausschuss, was diesen Kunstrasenplatz betrifft, negativ geäußert und wird diese Haltung auch bei der jetzt folgenden Abstimmung kundtun, nachdem einfach noch nicht geklärt ist, ob es eine Förderung des Landes gibt. Ich höre immer, dass das als förderungswürdig betrachtet wird, aber förderungswürdig ist ja fast jedes Sportprojekt. Wenn beispielsweise vom Land per Förderungsrichtlinie zum Ausdruck gebracht wird, dass 200 Quadratmeter für ein Clubheim genug sind, wir aber ein solches im Ausmaß von 636 Quadratmetern bauen, plus 200 Quadratmeter für eine Terrasse und ein Carport, dann frage ich mich schon, wie zweckmäßig das eigentlich ist

und warum die Stadt Wels auf Förderungsmittel verzichtet. Wenn ein Projekt schon umgesetzt wird, ohne dass es dafür eine Genehmigung vom Land in Hinblick auf die Zuerkennung einer Förderung gibt, wird es wohl im Nachhinein sehr schwer werden, noch eine finanzielle Zusage zu bekommen.

Ich ersuche sie also, als Finanz- und Sportreferent in Zukunft sehr wohl Landesförderungen in Anspruch zu nehmen. Auch wenn man von vornherein weiß, dass die Auszahlung oder Finanzierung des Darlehens erst irgendwann passieren wird, so sollte trotzdem diesbezüglich angesucht werden. Und wenn ich das Geld erst im Jahr 2020 bekomme, ist das zwar etwas spät, trotzdem bekomme ich es. Aber nicht anzusuchen, so stolz sollte man meines Erachtens auch als Vizebürgermeister von Wels nicht sein.

Vzbgm. Dr. Wieser: Herr Kollege Wiesinger! Nehmen sie sich bitte die Mühe in den nächsten Tagen und fahren sie einmal mit mir raus zur Mauth, um sich das selbst anzuschauen, worüber sie jetzt gesprochen haben. Was sie da erzählten, war etwas vollkommen anderes. So gibt es keine Terrasse mit 300 Quadratmetern. Richtig ist allerdings, dass es schon lange ein Normprogramm für Clubheime gibt, aber in einem Sportheim sind nun einmal auch Räume einzuplanen, zu denen das Land nichts dazuzahlt, die jedoch für diverse Dinge benötigt werden.

Selbstverständlich haben wir überall angesucht, wo wir die Möglichkeit einer Förderung sahen. Es hat auch Gespräche seitens des Landes mit Beamten der Stadt Wels gegeben.

Es ist somit alles im Laufen und dass wir nicht sofort das Fördergeld bekommen würden, das ist doch klar. Jedenfalls stimmt das nicht, wenn sie behaupten, wir hätten auf irgendwelche Fördermittel verzichtet. Vielmehr haben wir das alles sehr sorgfältig geplant und in die Wege geleitet.

Vzbgm. Wimmer: Vielen Dank an den Kollegen Hoflehner für die historische Aufarbeitung dieses Themas und es ist dem eigentlich nichts mehr hinzuzufügen.

Lieber Markus Wiesinger! Natürlich suchen wir bei all diesen Projekten um eine Landesförderung an, aber auch um andere Förderungen, wenn sich diese irgendwo auftun. Die Vereine selbst suchen etwa bei ihren jeweiligen Dachverbänden um Unterstützungsmittel an. Und im ganz konkreten Fall wurde um eine Landesförderung angesucht. Wäre das nicht der Fall gewesen, hätte der Landessportstättenbeirat gar nicht in Wels getagt. Aufgrund unseres Antrages war dies jedoch der Fall und ich war selbst bei der Besprechung vor Ort dabei.

Und bei den enormen Kosten in ganz Oberösterreich geht es eigentlich nur darum, wie viel das Land tatsächlich leisten kann. Das heißt aber nicht, dass es verboten wäre, größer oder vielleicht zweckmäßiger zu bauen bzw. den spezifischen Anforderungen entsprechend zu bauen. Und glauben sie mir, dass ich in ganz Österreich kein Sportprojekt kenne – das gilt gleichermaßen für Sozial- und Kulturprojekte – das exakt entsprechend diesen Normen des Landes entsprechen würde. Das Land sichert sich nur in der Weise ab, dass es die zu fördernden Kosten kalkulierbar macht. Da gibt es halt einen gewissen Schlüssel bzw. wird in der Regel nach Quadratmetern vorgegangen, wenn es um Förderungsmittel geht und was darüber hinaus gemacht wird, ist ja nicht verboten, nur muss alles selbst finanziert werden, also durch einen Verein, durch die Gemeinde oder durch dritte Fördergeber. Und so ist das auch hier der Fall.

Das läuft auch so bei Sportprojekten in Verbindung mit Schulen ab. Es hat sich beispielsweise in den letzten 15 Jahren als richtig herausgestellt – ich bin jetzt schon 26 Jahre im Gemeinderat und kann das schon ganz gut überblicken – dass wir Dreifach-Turnhallen bauten, während nach den Normvorgaben des Landes höchstens Zweifach-Turnhallen, manchmal sogar nur Einfach-Turnhallen gerechtfertigt oder notwendig erschienen. Der Bau von Dreifach-Turnhallen unsererseits hat eben damit zu tun, dass wir für die Schülerinnen und Schüler sowie für die Sportvereine bessere Sportausübungs- und Trainingsvoraussetzungen schaffen wollen. Diese Handhabung hat sich also bewährt und natürlich ist es klar, dass die daraus entstehenden Mehrkosten nicht in das Förderprogramm des Landes einfließen.

Dass das Sportstättenanierungskonzept von Herrn Landeshauptmann-Stellvertreter Ackerl abgelehnt wurde, ist mir völlig neu. Über einen diesbezüglichen Schriftsatz verfüge ich nicht, ich bin allerdings im Besitz eines Schreibens, in welchem steht, dass es von Herrn Landesrat Sigl abgelehnt wird. Er verweist in diesem Schreiben auf die Notwendigkeit der Einhaltung der Maastricht-Kriterien, die allerdings in der Verantwortung von Herrn Landeshauptmann-Stellvertreter Ackerl liegen.

Nachdem die Maastricht-Kriterien keine Gemeindeaufgabe darstellen, sondern in diesem Falle die Sache länderübergreifend zu sehen ist, bin ich sehr froh darüber, dass laut Presseaussendung durch den Herrn Landeshauptmann und Landesfinanzreferenten – ich nehme an, das stimmt, aber ich hege keinen Zweifel daran, dass diese Aussage des Herrn Landeshauptmann nicht stimmen würde – das Land Oberösterreich sogar einen Maastricht-Überschuss erwirtschaftete. Damit sind jene Bedenken, die zumindest bis zu diesem Stichtag auch bei uns vorhanden waren, obsolet geworden. Im Übrigen erfolgt hier eine Kumulierung der jeweiligen Überschüsse und Defizite – zumindest habe ich das von unserem Herrn Finanzdirektor so gelernt – und das gilt letztlich gesamtstaatlich, also für die ganze Republik. Wenn also die Länder Maastricht-Überschüsse erwirtschaften, kann sich der Bund eher ein Maastricht-Defizit leisten, nur muss halt die Sache unter dem Strich wieder ausgeglichen sein.

Insgesamt können sie mir glauben, dass ich alle Möglichkeiten in Bezug auf Förderungsmittel anzapfe, die sich nur irgendwie ergeben oder anbieten.

Der Antrag zu Punkt 4. der Tagesordnung wird mit

22 Ja-Stimmen (SPÖ- und FPÖ-Fraktion)
bei 8 Nein-Stimmen (ÖVP-Fraktion)
und 3 Stimmenthaltungen (GRÜNE-Fraktion)

angenommen.

GR. Buttinger hat schon zu einem früheren Zeitpunkt die Sitzung verlassen.

Punkt 5. der Tagesordnung wurde schon nach Punkt 3. behandelt.

6.)

Rechnungsabschluss der Stadt Wels für das Rechnungsjahr 2011;
Genehmigung
FD-Buch-15-2011, miterledigt:
FD-Fin-101-2012

Der Antrag lautet nach Vorberatung im Finanzausschuss und im Kontrollausschuss, jeweils am 03.05.2012 sowie im Stadtsenat am 07.05. 2012:

Der Rechnungsabschluss der Stadt Wels für das Rechnungsjahr 2011 (Anlagen 10 u. 11) wird genehmigt.

GR. Markus Wiesinger: Bei Behandlung des Rechnungsabschlusses für das Jahr 2011 müssten sich eigentlich so wie bei Punkt 3. ebenfalls 14 Personen zu Wort melden, denn da geht es wirklich um's Geld, wobei mir schon klar ist, dass es nicht so einfach ist zu reden, wenn es um das Geld geht, als etwa bei Behandlung von Sportprojekten, wo man sich irgendwo leichter tut.

Für die Erstellung dieses Rechnungsabschlusses möchte ich mich bei der Finanzdirektion bedanken. Die Unterlage, die wir erhielten, ist sicher sehr interessant, informativ und man kann sie sozusagen das ganze Jahr über sehr gut gebrauchen.

Der kleine Überschuss, der 2011 erzielt wurde, fußt nicht etwa auf einer hervorragenden Arbeit des Herrn Vizebürgermeister Wimmer – seien sie mir nicht böse, wenn ich das so sage – sondern aus meiner Sicht auf folgenden Punkten. Zum Ersten hatten wir 2011 eine Erhöhung der Abfallgebühren, die insgesamt gegenüber dem Jahr 2010 zu Mehreinnahmen von nahezu 7 Prozent führte. Die Kommunalsteuer erfuhr eine Steigerung gegenüber 2010 im Ausmaß von 6,7 % und erlauben sie mir, dass ich an dieser Stelle einen Dank an die Wirtschaft ausrichte, denn ohne dieses Mehr an Kommunalsteuer wäre so ein guter Rechnungsabschluss nicht möglich gewesen. Und dann gab es noch eine Erhöhung bei den Bundesertragsanteilen. Die ursprüngliche Annahme war sehr konservativ, letztlich stiegen aber diese Anteile für die Stadt in einer Höhe von 4,4 Prozent.

Diesen Einnahmenerhöhungen stehen Ausgabenerhöhungen im Ausmaß von 3 Prozent gegenüber und vergleicht man diesen relativ kleinen Gesamtüberschuss mit den prozentuellen Einnahmensteigerungen in verschiedenen Bereichen, muss man feststellen, dass es nicht gelungen ist, die Einnahmensteigerungen aus Gebühren, Steuern und Ertragsanteilen in die Rückzahlung von Darlehen fließen zu lassen.

In diesem Zusammenhang ist weiters negativ anzumerken, dass der Schuldendienst im Vergleich zum Vorjahr um 191 Prozent gestiegen ist. Aus meiner Sicht ist das wirklich eine sehr negative Entwicklung.

Bei den Personalausgaben verzeichneten wir eine Steigerung um 2,3 Prozent. Gerade diese Personalausgaben ermöglichen es der Stadt Wels nicht, à la longue ein ausgeglichenes Budget gestalten zu können.

Herr Vizebürgermeister Wimmer! Sie sagten zuerst, der Sport oder die Ausgaben hierfür spielen gar keine so wichtige Rolle in Bezug auf das Budget, sieht man sich aber die Aufteilung der Ermessenssubventionen an, so ist das sehr wohl der Fall. Von den gesamten Ermessenssubventionen sind allein 30 Prozent für den Sport reserviert.

Eine Zahl, die mich ehrlich gesagt sehr schockierte, war eine in Höhe von 63,8 Jahren. So lange würde es nämlich dauern, bis wir unsere Schulden angesichts des jetzigen Budgets zurückzahlen könnten oder getilgt hätten. Dazu lassen sie mich bitte eine persönliche Anmerkung machen. Ich glaube, jeder hier herinnen, der Kinder hat, möchte diesen etwas mitgeben und ich möchte meinen Kindern nicht eine Hypothek mitgeben, die auf 63 Jahre läuft. Im Privatbereich würde man nie einen Kredit bekommen, bei dem man 63 oder 64 Jahre zurückzahlt. Ich glaube, diese Einstellung sollte auch für uns hier herinnen gelten.

Grundsätzlich hätte die Stadt Wels eine hervorragende Ausgangssituation, wobei ich schon im Dezember-Gemeinderat einiges berichten durfte, als es um das Budget für das Jahr 2012 ging. Wir verfügen über Einnahmen, die im Durchschnitt der Städte über 50.000 Einwohner um etwa 400 Euro pro Person oder Einwohner liegen. Insgesamt hat sie pro Einwohner ca. Einnahmen im Ausmaß von 3.000 Euro, aber leider auch Ausgaben in Höhe von ca. 3.200 Euro. Ganz besonders gravierend sind die Ausgaben im Personalbereich. Hier gibt die Stadt Wels beim Vergleich der Städte mit über 50.000 Einwohnern fast doppelt so viel aus. Der Durchschnitt bei den Personalausgaben liegt bei 683 Euro, während die Stadt Wels ca. 1.300 Euro ausgibt.

Das sind also Prämissen, unter denen es für die Stadt Wels künftig schwierig wird, ein ausgeglichenes Budget zu gestalten. Dies noch dazu, wenn man sich ansieht, wie hoch der Anteil an Gemeindebediensteten dort und da gemessen an 1.000 Einwohnern ist. Der Durchschnitt liegt bei den Städten über 50.000 Einwohnern bei 16 Personen, die Stadt Wels leistet sich aber 26.

Ich wiederhole eine alte Forderung der ÖVP Wels. Es handelt sich hier speziell um drei Punkte. Wir fordern eine Benchmark. Das Land Oberösterreich ist gerade dabei, für die Gemeinden Benchmarks zu erheben. Mitte Mai sollten die Zahlen vorliegen und ich meine, was im Land möglich ist, müsste auch bei der Stadt möglich sein.

Dann fordern wir eine Auflistung aller freiwilligen Sozialleistungen und der gesetzlichen. Das wäre dann die Basis für unsere Arbeit. Wir würden sehen, was wir als Stadt wirklich zahlen müssen.

Und wir fordern weiters die Einführung der Kostenrechnung. Zum Thema der Kostenrechnung, Herr Vizebürgermeister, müssen wir uns, glaube ich, nochmals zusammensetzen. Sie haben diesbezüglich andere Vorstellungen wie wir.

Es gibt aber noch ein Problemfeld, über das man nachdenken müsste. Hierbei geht es um die Schaffung von Anreizen für Abteilungen für den Fall des Sparens. Man hört immer wieder, dass Abteilungen im Magistrat im Dezember noch Geld übrig haben, um irgendwelche Dinge anschaffen zu können. Es sollte aber ein Anreizsystem für die Abteilungen geben, dieses Geld nicht unbedingt auszugeben, sondern tatsächlich einzusparen. Solch ein System wäre sicher empfehlenswert.

Und einen kleinen Seitenhieb gestatten sie mir auch noch. Dabei geht es jetzt um den Krankenanstaltenbeitrag. Dieser stieg jährlich um etwa 8 Prozent oder um rund 1 Mio. Euro an. Durch eine Spitalsreform unter Führung von Herrn Landeshauptmann Pühringer kann sich jetzt die Stadt Wels diese 1 Mio. Teuerung ersparen. Und wir alle hier herinnen wissen, wer zu dieser Reform steht und wer nicht.

Vzbgm. Wimmer: Ich möchte jetzt in meinem Schlusswort nicht eine Art Finanzdebatte abwickeln, denn da wäre ich wohl dem Kollegen Markus Wiesinger, welcher der ausgewiesene Finanzexperte seiner Fraktion ist, völlig unterlegen; das muss ich hier eingestehen.

Sein Märchen, dass wir uns aufgrund der Spitalsreform etwas in Zusammenhang mit unseren Beiträgen zum Krankenanstaltenfonds ersparen würden, hat natürlich mit der Realität nichts zu tun. Es ist nur so, dass die Steigerungsraten etwas geringer als bisher ausfallen. Fragen sie doch beim Land nach oder beim Kollegen Csar, der neben ihnen sitzt, denn der wird das wohl auch wissen. Dass wir aber eine Einsparung um 1 Mio. Euro hätten, das stimmt überhaupt nicht. Ich werde sie noch beim Wort nehmen und ersuche sie schon jetzt, aufgrund ihrer Kontakte zum Herrn Landeshauptmann dafür zu sorgen, dass er uns dieses Geld überweist. Das ist jetzt eine Legende ähnlich wie in Zusammenhang mit dem Gratis-Kindergarten. Da hieß es ja auch ursprünglich, das Land Oberösterreich würde zur Gänze die Mehrkosten gegenüber den bisherigen Abgängen übernehmen, mittlerweile hat es sich herumgesprochen, dass sich das bisher nirgends ausging und so wird derzeit an einer Überarbeitung dieser ganzen Richtlinien gearbeitet. Ich kann nur sagen, dass bei uns in Wels der Netto-Abgang – da sind auch alle Förderungen für diverse Projekte etc. berücksichtigt – etwa 7 Mio. Euro für die Kinderbetreuung ausmacht. Vom Land Oberösterreich bekommen wir einen Personalkostenersatz in Höhe von 3,3 Mio. Euro, der auch schon bei diesem verbleibenden Netto-Abgang berücksichtigt ist. Diese Zahlen beziehen sich auf den letzten Rechnungsabschluss.

Das bedeutet also, dass wir als Stadt noch immer genug für die Kinderbetreuung aufbringen müssen, ich anerkenne aber, dass sich natürlich das Land Oberösterreich genauso in einer schwierigen Situation finanzieller Art befindet. Ansonsten hätte ja der Herr Landeshauptmann und Landesfinanzreferent nicht 150 Millionen an Darlehen aufnehmen müssen, um das Budget des Landes für 2012 ausgeglichen gestalten zu können. Wir mussten zumindest für das Jahr 2011 keine Darlehen aufnehmen, was sich beim Rechnungsabschluss zeigt. Wir haben letztendlich den Haushaltsausgleich aufgrund von Minderausgaben und Mehreinnahmen geschafft, ohne irgendwelche Darlehen aufnehmen zu müssen. Und so ersuche ich sie jetzt um Genehmigung dieses Rechnungsabschlusses.

Der Antrag zu Punkt 6. der Tagesordnung wird

einstimmig angenommen.

GR. Buttinger hat schon vorzeitig die Sitzung verlassen.

7.)

Realbüro Meir Gesellschaft mbH, Wels, Pollheimerstraße 15 und
Dr. Gerald Haas, Wels, Kalkofenstraße 4;
Grunderwerb durch die Stadt Wels;
Vorausverfügung – nachträgliche Genehmigung
DI-LV-13-2012

Der Antrag lautet:

Von der Realbüro Meir Gesellschaft mbH, 4600 Wels, Pollheimerstraße 15 sowie Herrn Dr. Gerald Haas, 4600 Wels, Kalkofenstraße 4, wird der für die Errichtung des geplanten Altstoffsammelzentrums erforderliche Grund, im Konkreten die neu gebildeten Grundstücke Nr. 276/5 und 276/6, KG. Puchberg, unter nachstehenden Bedingungen erworben:

1. Als Kaufpreis für die Grundstücke wird ein Pauschalbetrag von € 430.000,-- zzgl. Nebenkosten festgelegt.
2. Sämtliche mit der Errichtung und grundbücherlichen Durchführung des Kaufvertrages verbundenen Kosten, Gebühren und Abgaben aller Art, die Vermessungskosten und die Grunderwerbsteuer gehen zu Lasten der Stadt Wels.
3. Der als Anlage12 beiliegende Kaufvertrag/Abtretungsvertrag wird genehmigt.
4. Die vom Bürgermeister gemäß § 49 Abs. 6 StW. 1992, i.d.g.F., durchgeführte Vorausverfügung wird nachträglich genehmigt.

Einstimmig angenommen.

GR. Zaunmüller ist bei der Abstimmung zu Punkt 7. der Tagesordnung nicht im Sitzungssaal anwesend, GR. Buttinger hat die Sitzung bereits verlassen.

8.)

Arnold Tok, 4846 Redlham, Au 89/6;
Verkauf einer stadt eigenen Wohnung im Objekt Wels, Albert-Schweitzer-Straße 15
DI-LV-16-2012

Der Antrag lautet nach Vorberatung im Finanzausschuss am 03.05.2012:

An Herrn Arnold Tok, geb. 06.07.1982, österreichischer Staatsbürger, wh. 4846 Redlham, Au 89/6, wird die im Eigentum der Stadt Wels befindliche Wohnung Nr. 9 im Haus Wels, Albert-Schweitzer-Straße 15 (Wohnnutzfläche 81,22 m²), unter nachstehenden Bedingungen verkauft:

1. Kaufpreis:

1.1. Der Kaufpreis für die Wohnung Nr. 9 in Wels, Albert-Schweitzer-Straße 15, beträgt € 78.000,--

1.2. Die Berichtigung des Kaufpreises erfolgt in der nachstehend angeführten Weise:

a) Ein Barbetrag in Höhe von € 73.164,57

b) Übernahme des aushaftenden Darlehensbetrages wie folgt:

Darlehen Wohnbauförderung per 01.04.2012 € 4.835,43

2. Kosten:

Sämtliche mit der Errichtung und grundbücherlichen Durchführung des Kaufvertrages verbundenen Kosten, Gebühren, Abgaben und Steuern gehen zu Lasten des Käufers.

Einstimmig angenommen.

GR. Buttinger hat die Sitzung bereits verlassen.

9.)

WSG Gemeinnützige Wohn- und Siedlergemeinschaft reg. Gen.m.b.H.,
4020 Linz, Ederstraße 9;
Verkauf einer stadteigenen Liegenschaft
DI-LV-17-2012

Der Antrag lautet nach Vorberatung im Finanzausschuss am 03.05.2012:

An die WSG Gemeinnützige Wohn- und Siedlergemeinschaft reg. Gen.m.b.H., 4020 Linz, Ederstraße 9, wird das stadteigene Grundstück Nr. 343/4, KG. Lichtenegg, an der Wimpassinger Straße/Römerstraße unter nachstehenden Bedingungen verkauft:

Als Kaufpreis wird ein Quadratmeterpreis von € 150,-- festgelegt.

Sämtliche mit der Errichtung und grundbücherlichen Durchführung des Kaufvertrages (Anlage 13) verbundenen Kosten, Gebühren und Abgaben aller Art, insbesondere die Grunderwerbsteuer, gehen zu Lasten der Käuferin.

Einstimmig angenommen.

GR. Buttinger hat die Sitzung bereits verlassen.

Bgm. Dr. Koits dankt für die Berichterstattung.

Der Bürgermeister unterbricht in weiterer Folge den offiziellen Teil der Gemeinderatssitzung zur Abhaltung der Bürgerfragestunde, welche in der Zeit von 17.52 Uhr bis 18.02 Uhr stattfindet.

Anschließend wird die Sitzung mit Punkt 10. der Tagesordnung fortgesetzt.

Berichterstatter Vizebürgermeister Dr. Bernhard Wieser

10.)

Gaswerkpark;
Umsetzung von Vorschlägen im Zuge des Agenda-21-Prozesses;
Grundsatzbeschluss
SB-StaG-31-2012

Der Antrag lautet nach Vorberatung im Umwelt-, Energie- und Abfallwirtschaftsausschuss am 03.05.2012:

Die Umsetzung von Maßnahmen aus der Welser Innenstadtagenda 21 im Gaswerkpark in der im Amtsbericht (Anlage 14) dargestellten Art und Weise mit voraussichtlichen Kosten von € 165.000,-- inkl. USt. wird grundsätzlich genehmigt.

GR. Dipl.-Ing. Leitinger: Wir haben in der letzten Sitzung des Gemeinderates diese Umgestaltung des Gaswerkparks eingefordert und es sieht so aus, als hätte diese Schocktherapie gewirkt, nachdem schon heute diese Angelegenheit zur Beschlussfassung vorliegt.

Zusammen mit der Agenda-21-Gruppe sowie Schülerinnen und Schülern wurde ein abgestimmtes Konzept erarbeitet, dem wir in allen Punkten zustimmen können. Es gibt zwar in der letzten Fassung keinen Wasserlauf und auch das Kunstprojekt wird nicht realisiert, aber andererseits gibt es sehr schöne Gestaltungen für Senioren, für Mädchen, für Kleinkinder, das heißt, dieser Park wird wirklich eine echte Aufwertung erfahren. Und ich sehe das Ganze als zukunftsweisendes Projekt für Parkgestaltungen, womit wir diesem vorliegenden Projekt oder Antrag zustimmen werden.

Ich möchte bei dieser Gelegenheit meinen Dank an die Baudirektion, namentlich an Herrn Dipl.-Ing. Doblhammer und an Herrn Dipl.-Ing. Haslmayr aussprechen, welche dieses Projekt so gut betreuten und es zusammen mit den Anrainern, den Agenda-21-Leuten und den Schülerinnen und Schülern zu einem guten Ende brachten.

Um die Stadt Wels ein bisschen grüner zu machen und damit jeder von ihnen ein bisschen dazu beitragen kann, wollen wir jetzt an die Gemeinderäte, an sie, Herr Bürgermeister und an die Stadtsenatsmitglieder kleine Seedballs überreichen. Es sind das Kugeln gefüllt mit Samen und Düngern, welche sie sozusagen an allen Orten, von denen sie glauben, dass sie etwas mehr Grün benötigen, auslegen bzw. verstreuen

können. Wenn sie glauben, dass sie auf den Fußballplätzen etwas mehr Grün brauchen, können sie diese Seedballs auch dort verstreuen. Und ich möchte jetzt bei Herrn Dr. Wieser mit der Überreichung beginnen.

Bgm. Dr. Koits: Ja, bitte, überreichen sie einen dieser Bälle als symbolischen Akt, weil sonst gehen wir alle laufend während einer Sitzung im Saal herum und überreichen uns gegenseitig irgendwelche Präsente. Der eine verteilt Seedballs, der andere verteilt Pfeifen und der Dritte sonst irgendetwas.

GR. Haböck: Ich meine, es ist ja ganz schön, wenn in diesem Gemeinderat Geschenke verteilt werden. Der eine verteilt Geschenke finanzieller Art und der andere Seedballs, wovon ich vielleicht nachher doch noch einen bekomme.

Zum Thema selbst Folgendes. Die Betonfläche im Gaspark ließe sich mit zwei Toren und einem Sicherheitsnetz zur Straßenseite hin leicht und günstig zu einer sogenannten Sportbox mit Streetsockerfeld umwandeln. Überhaupt könnte man den Gaspark attraktiver gestalten und gleich mit diversen Plätzen für Streetball und Streetsocker, eventuell mit Sitz- und Rastmöglichkeiten sowie einem Spielplatz für die Kleinen ausstatten. Das ist jetzt kein Zitat aus dem vorliegenden Amtsbericht oder eine Analyse eines jahrelang tagenden Arbeitskreises, sondern schlicht und einfach eine ziemlich klare Forderung der Jungen ÖVP Wels in einer Aussendung vom 27. August 2006. Und nur sechs Jahre später kommt Bewegung in die Sache hinein, eine relativ kurze Zeit, handelt es sich doch dabei um eine öffentliche Freizeitfläche bzw. sind ja sonst derartige Flächen eher am hinteren Ende der Prioritätsliste zu finden, nämlich weit hinter dem von 20 Politikern eröffneten Bankomaten.

Sei's drum, es ist auf jeden Fall eine gute Sache, wenn sich hier etwas bewegt. Die Pläne für die Neugestaltung – ich habe mir diese angesehen – sind sehr gut. Wir werden das Ganze unterstützen, denn das stellt sicher eine Attraktivierung dieses Gebietes dar und es bedeutet dies einen weiteren Mosaikstein in der Aufwertung der Innenstadt. Gerne stimmen wir zu und hoffen darauf, dass dieses Konzept rasch umgesetzt wird.

Zum Abschluss noch eine Anmerkung. Wenn hier von einem Funcourt die Rede ist, dann tut das sowohl in den Ohren als auch in den Augen weh. So viel noch zum Thema Sprachförderung.

Der Antrag zu Punkt 10. der Tagesordnung wird

einstimmig angenommen.

11.)

Geschäftsstelle für die Erfüllung der Aufgaben der Stadt Wels
nach dem Oö. Abfallwirtschaftsgesetz 2009;
Maßnahmen und Finanzplan für das Arbeitsjahr 2012;
Genehmigung
SB-Awi-527-2012

Der Antrag lautet nach Vorberatung im Umwelt-, Energie- und Abfallwirtschaftsausschuss am 03.05.2012:

Der vom Bezirksabfallverband Wels-Land, 4609 Thalheim, Ägydiplatz 4, vorgelegte Maßnahmen- und Finanzplan 2012 (Anlage 15) wird in einem Rahmen von € 57.283,- mit den monatlichen Akontozahlungen von € 4.774,00 – alle Beträge zuzüglich Umsatzsteuer, da vorsteuerabzugsberechtigt – genehmigt.

Einstimmig angenommen.

12.)

Umsetzung der Verpackungsverordnung;
Vereinbarung über die Zusammenarbeit von Stadt Wels und Altstoff Recycling Austria AG (ARA) betreffend Sammlung von Papierverpackungen in Altstoffsammelzentren;
Nachtrag
SB-Awi-852-2012

Der Antrag lautet nach Vorberatung im Umwelt-, Energie- und Abfallwirtschaftsausschuss am 03.05.2012:

Der beiliegende Nachtrag 2012 (Anlage 16) zur Vereinbarung über die Sammlung von Papierverpackungen in der Stadt Wels mit der ARA Altstoffrecycling Austria AG, 1062 Wien, Mariahilfer Straße 123, wird beschlossen.

Einstimmig angenommen.

13.)

Umsetzung der Verpackungsverordnung;
Neuabschluss einer Vereinbarung zwischen der Stadt Wels und der AVE Österreich GmbH, 4063 Hörsching, Flugplatzstraße 8, betreffend Zusammenarbeit im Rahmen der ARGE Wels-Stadt (Sammelpartnervereinbarung für Leicht- und Metallverpackungen)
SB-Awi-852-2012

Der Antrag lautet nach Vorberatung im Umwelt-, Energie- und Abfallwirtschaftsausschuss am 03.05.2012:

Die als Anlage 17 beigefügte ARGE-Vereinbarung mit der AVE Österreich GmbH, 4063 Hörsching, Flughafenstraße 8, wird beschlossen.

Einstimmig angenommen.

Bgm. Dr. Koits dankt für die Berichterstattung.

Berichterstatterin Vizebürgermeisterin Anna Eisenrauch

14.)

Beschluss des Gemeinderates der Stadt Wels,
mit dem die Tarife zum Besuch der städtischen Museen festgelegt werden und
eine 2. Novelle zur Tarifordnung zur Anmietung von Räumlichkeiten der Burg Wels
2001 beschlossen wird
(Tarifordnung der städtischen Museen 2012)
KB-M-81-2011

Der Antrag lautet nach Vorberatung im Generationen-, Bildungs- und Kulturausschuss
am 26.04.2012, der Gemeinderat möge die als Anlage 18 beiliegende Tarifordnung der
städtischen Museen 2012 und die 2. Novelle zur Tarifordnung zur Anmietung von
Räumlichkeiten der Burg Wels 2001 beschließen.

GR. Josseck-Herdt: Bei dieser Tarifänderung geht es leider nicht darum, die Einnahmen
bei den Museen zu erhöhen. Vielmehr geht es darum, diese Tarifordnung zu berei-
nigen. Wie von der Frau Vizebürgermeisterin bereits in der Berichterstattung angeführt,
sind hier zum Teil Tarife oder Kosten angeführt, die noch bis zum September ihre
Gültigkeit haben, nach denen aber beispielsweise schon vier Jahre lang keine Nach-
frage bestand. Es ist also höchst an der Zeit, diese Tarife zu eliminieren, denn diese
haben höchstens für Verwirrung bei den Besuchern gesorgt. Jetzt wird dies aber
erledigt und eine ebenfalls wichtige Indexklausel wird eingefügt.

Bei dieser Gelegenheit habe ich mir auch die Budgetzahlen angeschaut. Dabei sind
sehr interessante Zahlen zu Tage getreten. Bei Einnahmen in Höhe von 40.000 Euro
haben wir Ausgaben von mehr als 1 Mio. Euro für unsere beiden städtischen Museen.
Das bedeutet somit einen Abgang von fast 1 Mio. Euro. Den größten Brocken bei
diesen Ausgaben stellen die Personalkosten in Höhe von 700.000 Euro dar. Diese
Kostenhöhe wird erreicht, obwohl man mir versicherte, dass nur geringfügig Beschäf-
tigte und Teilzeitkräfte dort eingesetzt werden.

Die Besucherzahlen bei diesen zwei Museen belaufen sich auf insgesamt 18.000
Zahlende, wobei es sich allerdings zum Großteil um Schülergruppen bzw. um Schul-
klassen handelt. So weit, so gut oder auch nicht gut, wie man sagen müsste. Es stellt
sich nämlich die Frage, wie es jetzt mit unseren Museen weitergehen soll. Sollen wir bei
einem steigenden Zuschussbedarf einfach alles so weiterlaufen lassen oder – das wäre
natürlich eine Möglichkeit – soll man das Personal reduzieren, noch dazu bei Berück-
sichtigung des Umstandes, dass ohnehin fast nur Schulklassen ein Museum besuchen
und diese im Voraus angekündigt sind. Man könnte also die Öffnungszeiten reduzieren
und könnte damit verbunden wenigstens Personaleinsparungen erreichen.

Oder geben wir den Museen jenen Stellenwert, den sie meiner Meinung nach verdi-
nen. Dazu müssten wir aber, wie ich meine, die Museen aus einem Dornröschenschlaf
erwecken. Das sollte uns doch die Sache wert sein. Eines muss uns nämlich schon klar
sein: Es gibt nicht viele Städte, welche über die Möglichkeit verfügen, ihr historisches
Erbe in historischen Städten zur Schau zu stellen bzw. in historischen Gebäuden. Ich

glaube, das stellt eine Verpflichtung, aber auch eine große Chance für uns dar, nämlich in Hinblick auf die Präsentation unserer Stadt. Dabei ist es auch notwendig, die Museen in die Köpfe der Welser Bevölkerung zu bringen, denn die meisten Bewohner wissen gar nicht, welche Schätze dort liegen.

Und damit sich das einmal ändert, bist auch du als Kulturreferentin gefordert, dich entsprechend einzusetzen, wie ich meine. Natürlich unter Einbindung des Stadtmarketings muss informiert und geworben werden. Mittlerweile hat man ja den Eindruck, als wäre es nur mehr das Welios wert, vom Stadtmarketing beworben zu werden. Mir kommt es schon so vor, dass, damit einige Politiker nicht ganz ihr Gesicht verlieren, massenhaft Geld zur Vermarktung des Welios bereitgestellt wird. Dabei fallen aber andere wertvolle Einrichtungen womöglich total durch den Rost.

Es gäbe sicher viele Möglichkeiten, den Leuten die Museen ins Gedächtnis zu rufen. Ich denke beispielsweise daran, dass wir die Kreisverkehre verschönern könnten mit irgendwelchen kulturellen Hinweisen. Auf den Inseln könnten vielleicht römische Säulen etabliert werden, zum Beispiel mit dem Hinweis: Leute, das seht ihr im Museum! Mit der Aufstellung dieses „Hausgeistes“ am Kaiser-Josef-Platz wurde vielleicht ein Beginn gesetzt, der aber meiner Meinung nach nicht ganz so gut gelungen ist, wie man sich das eventuell wünschen würde. Jedenfalls würde dies, versehen mit den notwendigen Erklärungen, eine Möglichkeit darstellen, das Interesse der Bevölkerung für die Originale in den Museen zu wecken.

Wie gesagt, gibt es sicher viele Möglichkeiten, dieses Interesse zu heben und es gibt bestimmt auch viele Fachleute dafür. Wir müssen einfach nur Farbe bekennen. Lassen wir es beim Alten und steigenden Kosten, verbunden womöglich mit fallenden Besucherzahlen oder schränken wir das Angebot ein, um die Kosten niedriger zu halten? Oder heben wir lieber den Stellenwert unserer Museen und bringen wir verstärkt unserer Bevölkerung die Geschichte näher?

Bgm. Dr. Koits übergibt den Vorsitz an Vzbgm. Wimmer.

GR. Hoflehner: Ich wollte ursprünglich gar nicht zu diesen wirtschaftlichen Überlegungen sprechen, möchte jetzt aber doch einen Gedanken hiezu äußern. Selbst wenn wir die Einnahmen verdoppeln, würde es vom Betriebswirtschaftlichen her nicht viel oder entscheidend anders aussehen als jetzt. Ich bitte darum, mich nicht misszuverstehen, wenn ich das jetzt anbringe.

Grundsätzlich meine ich, dass wir in Wels stolz darauf sein müssten, derart tolle Museen zu haben, verbunden mit einem meiner Meinung nach wirklich tollen Personal. Und wo immer Möglichkeiten des Sparens vorhanden sind, können sie sicher sein, dass Frau Dr. Miglbauer schon Überlegungen anstellte und sie wird das in Zukunft bestimmt genauso überlegen.

Wofür ich dankbar bin, ist, dass sich jetzt dieser Tarifdschungel auflöst. Es hat sich halt im Laufe der Jahre einiges angesammelt und ich finde es sehr positiv, wenn diese Dinge bereinigt werden. Aber prinzipiell muss jeder sagen, der sich diese Tarife etwas näher angesehen hat, dass es wohl am Eintrittspreis nicht liegen kann, wenn weniger Besucher als vielleicht erhofft in unsere Museen kommen. Und – es ist schade, dass Herr Rauscher nicht mehr bei uns ist, der ja zuvor in der Bürgerfragestunde gesprochen hat – im Rahmen des Kulturpasses „Hunger auf Kunst und Kultur“ gibt es sogar einen

freien Eintritt. Damit auch noch eine Anmerkung zur Frage, ob Wels überhaupt eine soziale Stadt ist, wobei das nur als Mosaikstein zu sehen ist.

Was mir persönlich sehr am Herzen liegt, das sind Kindergeburtstagsfeiern. Ich durfte sozusagen als stiller Beobachter selbst schon einige Male teilnehmen und ich kann wirklich nur sagen, dass ich es ganz fantastisch finde, wie man hier jungen Menschen praktisch ihre Geschichte beibringt. Das geschieht also auf eine ganz tolle Art und ich sage dafür ein Dankeschön.

GR. Zaunmüller: Geschätzte Frau Josseck, ich habe ihre Wortmeldung nicht ganz verstanden. Wir diskutieren hier zum Ersten über eine Tarifierpassung bzw. über eine Vereinfachung der Museumstarife. Es ist tatsächlich so, dass es bisher möglicherweise etwas verwirrend oder undurchsichtig war, aber genau durch diese jetzt vorzunehmende Tarifierpassung wird das sehr klar geregelt. Das stellt eine unbedingt notwendige Sache dar.

Zum Zweiten möchte ich mich bei Frau Dr. Miglbauer und ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sehr herzlich bedanken, denn sie leisten – da bin ich mit dem Kollegen Hoflehner einer Meinung – wirklich eine sehr gute Arbeit.

Was nun die Wirtschaftlichkeit des Betriebes eines Museums betrifft, so ist das eine ganz andere Sache. Wenn wir als Kommune ein Museum wirtschaftlich zu führen beabsichtigen – ich weiß nicht, ob das überhaupt möglich wäre – müssten wir die Eintrittspreise wahrscheinlich so hoch ansetzen, dass genau das passierte, was wir nicht haben wollen, nämlich dass die Besucherzahlen dramatisch rückläufig sind. Daher denke ich mir, dass wir mit der heute zur Beschlussfassung gelangenden Tarifierpassung auf dem richtigen Weg sind.

Was ich jedoch in Zusammenhang mit den Ausführungen der Frau Josseck ausdrücklich unterstreiche, ist der Umstand, dass wir uns alle im Hause darum bemühen sollten, mehr Besucherinnen und Besucher in die Museen zu bekommen.

GR. Prof. Mag. Teubl: Ein Bekenntnis zur Geschichte – Wels hat eine sehr lange bzw. eine sehr reiche Geschichte – muss auch ein Bekenntnis zu Museen sein. Auch in dieser Hinsicht ist Wels in einer guten Lage, indem es wirklich hervorragende Museen besitzt. Hier geht es also nicht um irgendein Pemperlheimatmuseum in Kikerikspatschen, sondern um Museen, die sich wirklich sehen lassen können. Diese Museen werden aber offenbar im Bewusstsein der Welserinnen und Welser, ebenso im Bewusstsein der Touristinnen und Touristen zu wenig wahrgenommen.

In diesem Amtsbericht fehlt mir gewissermaßen eine Aufklärung darüber, warum eigentlich all diese Karten, die da angeboten wurden – da geht es um Jahreskarten, Kombikarten, Superkarten und was es sonst noch alles gab – plötzlich nicht mehr gekauft worden sind. Warum wurden im Jahr 2002 immerhin noch 35 Jahreskarten abgesetzt, in den letzten vier Jahren aber höchstens eine? Was ist da passiert? Und angesichts dessen kann ich mich sehr wohl Frau Josseck-Herdts anschließen, nämlich mit der Vermutung, dass es vielleicht am Marketing mangelt, um zu erreichen, dass diese Museen auch jenseits vom Besuch durch Schulklassen, die natürlich im Rahmen von „Heimatkunde“ mit den Museen konfrontiert werden, einen höheren Anklang bei der Bevölkerung finden. Da muss etwas passieren!

Zur Tarifordnung selbst sagte der Kollege Zaunmüller, dass diese nun endlich klar geregelt ist. Ich muss allerdings gestehen, dass ich eine Weile brauchte, um sie zu verstehen. Da gibt es beispielsweise neben dem Einzeleintritt einen ermäßigten Eintritt und von beiden auch noch einen ermäßigten Tarif. Also, es ist direkt eine Meisterleistung, die Dinge so klar zu regeln, dass man sich beim ermäßigten Eintritt und dann auch noch beim ermäßigten Tarif auskennt. Bislang braucht man direkt eine Gebrauchsanweisung, um zu begreifen, worum es hier geht, aber diese wird Gott sei Dank im Amtsbericht mitgeliefert. Ich denke aber, eine Tarifordnung sollte aber so gestaltet sein, dass sich jeder gleich auskennt und man gleich erkennt, dass es sich bei der zweiten Ermäßigung um den Gruppentarif handelt; um diesen geht es offensichtlich beim ermäßigten Tarif.

Eine dritte Sache ist auch noch anzumerken. Im Amtsbericht heißt es, dass künftig für fremdsprachige Führungen ein geringer Zuschlag eingehoben wird. Ich glaube, das ist akzeptabel. Dann heißt es aber, dass fremdsprachige Führungen in Englisch möglich sind und sonst offenbar in keiner anderen Sprache. Und Begleittexte gibt es in Englisch, Italienisch und Französisch. Das finde ich halt nicht besonders ambitioniert. Wenn ich beispielsweise weiß, dass relativ viele Touristinnen und Touristen aus unserem nördlichen Nachbarland, der Tschechischen Republik, nach Wels kommen – die meisten davon können Gott sei Dank recht gut Deutsch – so meine ich, dass es uns doch gut anstehen würde, für Touristengruppen aus diesem Land entsprechend Vorsorge zu treffen. Das heißt, wir sollten auch jemanden haben, der eine Führung in tschechischer Sprache anbietet.

Genauso könnte ich mir vorstellen, dass es Sinn macht, wenn wir von Integration reden und haben wollen, dass sich die zugewanderten Mitbürgerinnen und Mitbürger für ihre neue Heimat interessieren, für Menschen, die in Deutsch noch nicht so gut sind, Angebote zu schaffen. Warum sollte es also nicht Begleittexte auf Türkisch, Serbo-Kroatisch oder Albanisch geben? Das wäre meines Erachtens nicht zu viel verlangt und dann könnten wir sagen: Liebe neue Mitbürgerinnen und Mitbürger, schaut euch einmal die Welscher Museen an und erfahrt einmal etwas über eure neue Heimat.

Vzbgm. Eisenrauch: Herzlichen Dank für das grundsätzliche Bekenntnis zu unseren Museen und ich danke auch für die ausgesprochene Wertschätzung gegenüber unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die wirklich eine gute Arbeit leisten und viel dazu beitragen, dass Besucher unserer Museen gut betreut werden.

Die Anregung in Bezug auf die Werbung und die sprachliche Unterstützung nehme ich auf.

Und der Kollegin Josseck-Herdt möchte ich empfehlen, die Budgetzahlen von 2011 und 2012 miteinander zu vergleichen. Dabei wirst du merken, dass im Budget für 2012 ein großer Posten für Abfertigungszahlungen enthalten ist, die 2013 nicht mehr enthalten sein werden, genauso wenig wie sie 2011 enthalten waren. Wenn man also derartige Vergleiche anstellt, schaut es gleich ganz anders aus, wenn solch eine große Post aufscheint bzw. nicht enthalten ist.

Der Antrag zu Punkt 14. der Tagesordnung wird

einstimmig angenommen.

Vzbgm. Wimmer dankt für die Berichterstattung.

Berichterstatterin Stadträtin Silvia Huber

15.)

Beschluss des Gemeinderates der Stadt Wels,
mit dem die Tarife für die Ferialaktion 2012 festgelegt werden
(Tarifordnung – Ferialaktion 2012)
SF-J-123-2012

Der Antrag lautet nach Vorberatung im Sozial-, Gesundheits- und Jugendausschuss am 26.04.2012, der Gemeinderat möge die als Anlage 19 beiliegende Tarifordnung für die Ferialaktion 2012 beschließen.

GR. Helm: Seitens der Freiheitlichen Fraktion möchte ich mich an dieser Stelle beim Magistrat der Stadt Wels für die Abwicklung der Ferialaktion bedanken. Es gibt nun diese Ferialaktion bereits zum 28. Mal und es bietet diese für Schülerinnen und Schüler eine ausgezeichnete Auswahl an Möglichkeiten der Freizeitausübung. Sport und Bewegung stehen im Vordergrund, aber auch auf die geistige Ertüchtigung und auf Forscher wurde Rücksicht genommen. Es gibt auch Workshops, die neu ins Programm genommen wurden. Viele Angebote blieben gegenüber dem Vorjahr gleich bzw. gab es minimale Ausweitungen. Insgesamt ist das für die Schülerinnen und Schüler sicher ein leistbarer Spaß während der Ferien. Wir wünschen allen Teilnehmerinnen und Teilnehmern viel Freude bei der Nutzung der Angebote.

GR. Brenner-Nerat: Zum 28. Mal findet heuer diese Ferialaktion statt und wenn ich zurückdenke, muss ich sagen, dass ich bei Einführung dieser Aktion erst drei Jahre alt war. Und so kann ich sagen, dass diese Ferialaktion auch irgendwo meine Schulzeit bzw. meine Jugend prägte. Wir konnten es damals fast nicht mehr erwarten, in der Klasse das Programm zu erhalten und dann mehr oder minder gemeinsam auszusuchen, wo wir hinfahren wollen oder zu überlegen, wo uns die Eltern mitfahren lassen. Das war wirklich immer ein großartiges Erlebnis. Nebenbei förderte diese Aktion den Zusammenhalt in der Klasse, aber auch die eigene Selbstständigkeit. Man muss hier bedenken, dass man etwa mit sieben Jahren einen ganzen Tag ohne Eltern unterwegs war und auch dieser Umstand war für die eigene Entwicklung irgendwo von Bedeutung.

Für mich persönlich hat sich das Ganze fortentwickelt, denn Jahre später war ich als Betreuungsperson dabei. Dabei konnte man ersehen, dass die Schüler und Jugendlichen immer noch mit großer Begeisterung dabei sind. Und ich denke, so wird das auch heute noch der Fall sein bzw. wird diese Aktion bestimmt noch gut angenommen.

Erfreulich finde ich die neuen Veranstaltungen, die angeboten werden. Allen voran möchte ich hier den „Forscher-Treff“ im Welios erwähnen und die Foto-Workshop-Woche, denn damit kommt auch zum Ausdruck, dass man bemüht ist, mit der Zeit zu gehen. Es muss immer wieder eine Aktualisierung erfolgen bzw. ist es immer wieder

notwendig, mit der Zeit zu gehen. Man muss den Kindern auch etwas in Bezug auf die Nutzung der neuen Medien bieten können.

Der Dank für diese Bemühungen geht natürlich an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Jugendreferates. Allen voran ist hier Herr Karl Mittermaier zu erwähnen, der immer wieder mit Herz und Seele dabei ist.

Wichtig ist auch noch Folgendes: Es gibt natürlich immer wieder Veranstaltungspunkte, die sehr rasch ausgebucht sind. Auf der anderen Seite möchten aber alle angemeldeten Kinder mitmachen. Und hier gebührt den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ein ganz besonderer Dank dafür, dass sie schauen, ob nicht Ersatztermine zusammengebracht werden können, damit niemand zu kurz kommt.

Somit darf ich noch allen Schülerinnen und Schülern, allen Jugendlichen recht schöne Sommerferien wünschen und viel Spaß bei der Nutzung der Angebote der Ferialaktion.

StR. Huber: Ich danke für diese positiven Wortmeldungen und ich werde die Dankesworte an die Abteilung weiterleiten.

Natürlich werde ich mich ebenfalls freuen, wenn möglichst viele Jugendliche von den Angeboten der Ferialaktion Gebrauch machen.

Der Antrag zu Punkt 15. der Tagesordnung wird

einstimmig angenommen.

Vzbgm. Wimmer dankt für die Berichterstattung.

Berichterstatter Stadtrat Dr. Andreas Rabl

16.)

Initiativantrag der FPÖ-Gemeinderatsfraktion betreffend
Einführung einer Transparenzdatenbank
DI-Verf-151-2012

StR. Dr. Rabl: Ich bin der Meinung, dass die Stadt Wels eine Art Transparenzdatenbank einrichten sollte, in der sämtliche finanzpolitisch relevanten Transaktionen enthalten sein müssten. Das beträfe nicht nur die Zuwendungen an die Parteien, sondern auch Zuwendungen an politische Funktionäre und Zuwendungen an die Vereine. So etwas gibt es in zahlreichen anderen Bereichen ohnehin schon, beispielsweise im EU-Förderungsbereich der Landwirtschaft. Da braucht man nur auf die Homepage www.transparenzdatenbank.at zu schauen, wo man einerseits die Höhe einer Förde-

rung, andererseits auch genau den Begünstigten einer solchen Förderung ersehen kann bzw. wofür jemand diese Förderung erhielt.

Ich glaube somit, dass es auch in Wels möglich sein müsste, eine derartige Datenbank einzurichten. Damit könnten sich zum Ersten die Vereine selbst darüber informieren, wie viel der Stadt ihre Arbeit im Vergleich zu anderen Vereinen wert ist und zum Zweiten gäbe es damit verbunden ein wenig mehr Kontrolle. Der große Subventionsbericht der Stadt an die politischen Parteien scheint mir nicht das geeignete Mittel, um hier eine Fördergerechtigkeit herbeizuführen. Andererseits wäre es nicht allzu viel Arbeit, diesen Subventionsbericht ins Netz zu stellen und damit alle Zuwendungen an die Vereine, die Funktionäre bzw. politischen Parteien zu veröffentlichen. Ich glaube, dass mit dieser Transparenzdatenbank ein weiterer Schritt zu mehr Kontrolle und mehr Transparenz gegeben wäre. Deshalb ersuche ich um Zustimmung.

Vzbgm. Wimmer verliest den Zusatzantrag (Anlage 21), welcher von den GRÜNEN bzw. von Frau Gemeinderätin Mag. Mayerhofer eingebracht wurde und das optische Erscheinungsbild einer solchen Transparenzdatenbank betrifft.

GR. Markus Wiesinger: Also, mit der farblichen Gestaltung solch einer Transparenzdatenbank möchte ich mich jetzt nicht auseinandersetzen, sondern mit den Inhalten.

Lieber Andreas Rabl! Ich höre dir ganz genau zu, wenn du Anträge formulierst bzw. wenn du deine Ausführungen hiezu zum Besten gibst. Und du hast irgendwo gesagt, dass die Fakten am Tisch liegen. So gehe ich davon aus, dass das, was du jetzt sagtest, zu den Fakten gehört bzw. zu dem, was die Freiheitlichen haben möchten. Das ist deshalb interessant, weil es ja auf Bundesebene einen Antrag bezüglich Transparenzdatenbank gibt, welcher 17 Seiten umfasst, nämlich ohne Erörterungen, während hier in Wels die Freiheitlichen mit sechs Zeilen auskommen.

Ich habe versucht, die Bedeutung des Wortes „Transparenz“ genau zu erheben. „Transparenz“ kommt aus dem Lateinischen, wie wir alle wissen und bedeutet: Durchscheinend. Und dann habe ich mir überlegt, was das für uns bedeuten könnte. Ich verstehe unter Transparenz eine Scheibe, ein Glas, durch welches man blicken kann und ich glaube zwar, dass die Freiheitlichen damit auch ein Fenster verbinden, aber eher ein Fenster mit einem Milchglas, durch das man nicht so klar durchsehen kann. Nimmt man also „durchscheinend“ im Sinne von „Transparenz“, dann weiß ich nicht, ob bei den Freiheitlichen das Licht wirklich durchkäme.

Also, lieber Andreas, ich glaube, dir geht es rein darum, Vereine in die Auslage zu stellen, aber meines Erachtens geht es den Welserinnen und Welsern um etwas ganz anderes beim Stichwort „Transparenz“. Sie wollen beispielsweise wissen, in welchem Naheverhältnis Politiker zu öffentlichen Institutionen stehen oder etwa auch zu Firmen. Diese Diskussion führen wir gerade auf Bundesebene und das gilt natürlich genauso für Wels. Es gibt einige Kolleginnen und Kollegen aus dem Gemeinderat und Stadtsenat, die Geschäftsführer von Firmen sind und es stehen diese Firmen in einem Naheverhältnis zur Stadt Wels; sie beziehen Aufträge von der Stadt Wels. Und es gibt hier im Gemeinderat Kolleginnen und Kollegen, die in Aufsichtsräten sitzen, womit ich nicht primär stadtnahe Betriebe meine, sondern andere Betriebe, die in der Wirtschaft aktiv sind. Es gibt also Kolleginnen und Kollegen aus dem Gemeinderat und Stadtsenat, die in Aufsichtsräten sitzen, in Stiftungsräten, in Holdings; die beziehen dann regelmäßig Aufträge von der Stadt Wels. Und ich glaube, das wäre transparent bzw. wäre es inter-

essant zu wissen, welche Kolleginnen und Kollegen aus dem Gemeinderat und Stadtsenat dort und da in Firmen bzw. Aufsichtsräten etc. sitzen und Aufträge von der Stadt Wels bekommen.

Vzbgm. Wimmer: Das wäre wirklich einmal interessant!

StR. Dr. Rabl: Genau! Sag' doch, wen oder was du damit meinst!

GR. Markus Wiesinger: Solche Dinge kann man zumeist im Internet nachlesen, und zwar auf ganz legale Art.

StR. Dr. Rabl: Was tust du denn so herum? Sag' es doch!

GR. Markus Wiesinger: Das muss jeder selbst wissen. Ich habe gesagt, was ich unter Transparenz verstehe und die Freiheitlichen verstehen darunter scheinbar etwas anderes. Was nämlich du unter Transparenz verstehst, etwa die Veröffentlichung von Förderungsgeldern an diverse Vereine oder die Bezüge von Politikern, das ist ohnedies aus jedem Budget ersichtlich. Und an dieser Stelle muss ich heute schon ein zweites Mal ein Lob an die Finanzdirektion der Stadt Wels aussprechen, denn auf der Homepage der Stadt Wels findet man sehr viele Daten. Geht man auf die Homepage diverser anderer Städte, so findet man diese Daten nicht. Da ist auch ersichtlich, was diverse Vereine bekommen. Und es ist auch ersichtlich, dass es Stadträte gibt – komischerweise sind das nur Stadträte von der Freiheitlichen Fraktion – die ihre Tätigkeit nebenberuflich ausüben. Sie erhalten zwar 70 % eines Stadtratsgehaltes, aber für welche Leistung? Dass man für eine nebenberufliche Tätigkeit 70 % bekommt, ist auch ganz interessant.

GR. Mag. Mayerhofer: Wir haben einen Zusatzantrag dahingehend gestellt, dass diese Transparenzdatenbank, so sie beschlossen wird, eine optisch entsprechende Aufbereitung erfahren soll. Und es sollte für jedermann möglich sein, dort Einsicht zu nehmen, ohne über ein zusätzliches Fachwissen verfügen zu müssen. Ich denke mir, dass das sehr wichtig ist, denn allein die Bereitstellung von Informationen löst noch keine Probleme. Ich kann Informationen massenhaft zur Verfügung stellen, aber ob die Menschen damit etwas anfangen können, das ist das Wesentliche an der Sache und daher gibt es eben unseren Zusatzantrag, mit dem ich die Bitte verbinde, diesem zuzustimmen.

GR. Haböck: Persönlich unterstütze ich den Wunsch nach mehr Transparenz im öffentlichen Bereich und ich habe schon in der „Aktuellen Stunde“ ausgeführt, welche Position ich dazu habe. Natürlich hat der Bürger das Recht zu wissen, was denn der Staat so mit seinen Steuergeldern anfängt, noch dazu als der Umgang mit dem Geld, das aufgrund der hohen steuerlichen Belastung eingenommen wird, oft nicht jener ist, den sich die Bürgerinnen und Bürger wünschen oder verdient hätten.

Das Ganze hat natürlich mehrere Folgen, wobei die Bezüge der Politiker nur als Teilbereich zu sehen sind. Bestandteil dessen ist aber der indirekte Stimmenkauf und auch hier in der Stadthalle kann man gelegentlich erleben, wie eine beinharte Klientelpolitik aussieht.

Andererseits sind gewisse Tatbestände wie die Krida, welche für den Privatbereich gelten, im öffentlichen Bereich, „not existent“. Da ist es sicher nicht von Nachteil, wenn

eine gewisse bzw. die volle Transparenz herrscht. Und deshalb kann ich Initiativen hierzu nur begrüßen. Dabei gehe ich übrigens weiter wie mein Kollege Markus Wiesinger. Die Offenlegung von Förderungen an Vereine kann ich durchaus unterstützen. Das ist eine JVP-Forderung. Das ist also bereits Parteilinie der ÖVP, auch wenn dieses Druckwerk, das ich hier in Händen halte, blau gehalten ist. Die junge ÖVP hat dies also bereits gefordert und es ist schön, dass sie auf diesen Zug aufspringen. Wir waren die Ersten – das ist sehr schön – aber wir teilen gute Ideen und wenn es um die Sache geht, muss man letztlich ohnehin zusammenarbeiten.

Eines haben sie allerdings nicht erwähnt, was sehr wohl in ihrem Antrag steht. Es kommen dort auch die Bezüge der Politiker aus ihren Funktionen vor. Das ist meines Erachtens recht nett, aber andererseits in diesem Zusammenhang der kleinste Bereich, denn die Politikerbezüge sind ja ohnehin gesetzlich geregelt. Sie sind also transparent bzw. nachlesbar und jeder weiß in etwa, was ein Stadtrat verdient, was ein Gemeinderat bezieht, das heißt, diese Dinge stehen wirklich nicht unter dem Deckmantel eines Geheimnisses. Etwas anderes wäre aber meines Erachtens schon interessant, etwas, das in anderen Städten schon gang und gäbe ist, nämlich eine Veröffentlichung dessen, welche Interessen sie in ihrem Brotberuf vertreten oder bei diversen Vereinen und Organisationen. Viele Politiker haben ja einen Beruf, was grundsätzlich in Ordnung ist, wenn Politiker nicht nur auf ihr Einkommen aus der Politik angewiesen sind. Aber für die Bürger wäre es doch interessant zu wissen, welche anderweitigen Interessen manchmal dahinterstecken können. Im Zuge von mehr Transparenz wäre es somit bestimmt interessant zu wissen, ob es Schnittstellen zwischen der beruflichen Stellung oder der politischen Funktion und beispielsweise diversen Aufträgen der Stadt, der öffentlichen Hand gibt, das heißt, ob sich hier gewisse Interessen überschneiden. Und wenn die FPÖ wirklich volle Transparenz haben will – ich unterstelle ihr einmal die besten Absichten – dann kann ich dem durchaus zustimmen.

GR. Zaunmüller zur Geschäftsordnung: Ich stelle den sehr transparenten Antrag zur Geschäftsordnung, diesen Initiativantrag dem zuständigen Ausschuss zur weiteren Beratung zuzuweisen.

Vzbgm. Wimmer: Ich nehme an, dass sie mit „zuständigem Ausschuss“ den Präsidialausschuss meinen. Ich lasse also in dieser Richtung über die Zuweisung des Initiativantrages samt Zusatzantrag von Gemeinderätin Mag. Mayerhofer abstimmen.

Der Geschäftsordnungsantrag von GR. Zaunmüller auf Zuweisung gst. Initiativantrages (Anlage 20) samt Zusatzantrag (Anlage 21) an den zuständigen Ausschuss zur weiteren Beratung wird mit

20 Ja-Stimmen (SPÖ- und ÖVP-Fraktion)
gegen 13 Nein-Stimmen (FPÖ- und GRÜNE-Fraktion)

angenommen.

GR. Buttinger ist bei der Abstimmung über o.a. Geschäftsordnungsantrag nicht mehr in der Sitzung anwesend.

17.)

Initiativantrag der FPÖ-Gemeinderatsfraktion betreffend
Erstellung eines jährlichen Berichtes über Kosten für Inserate und
Werbeeinschaltungen der Stadt Wels
DI-Verf-152-2012

Der Vorsitzende, Vzbgm. Wimmer, teilt mit, dass dieser Initiativantrag aufgrund einer bundesgesetzlichen Regelung von StR. Dr. Rabl namens der FPÖ-Fraktion zurückgezogen wurde und stellt auf Befragung hin fest, dass dies vom Gemeinderat ohne formelle Abstimmung hierüber akzeptiert wird.

Somit dankt Vzbgm. Wimmer für die Berichterstattung und ersucht den nächsten Berichterstatter um seinen Vortrag.

Berichterstatter Stadtrat Peter Lehner

18.)

Verordnung des Gemeinderates der Stadt Wels über die Änderung des
Flächenwidmungsplanes Nr. 4/2003 (Änderung Nr. 148) und des
Örtlichen Entwicklungskonzeptes Nr. 1/1997 (Änderung Nr. 114)
BZ-BauR-3522-2010

Der Antrag lautet nach Vorberatung im Wirtschafts- und Stadtentwicklungsausschuss am 23.04.2012, der Gemeinderat möge die als Anlage 22 beigefügte Verordnung über die Änderung des Flächenwidmungsplanes der Stadt Wels (148. Änderung des Flächenwidmungsplanes Nr. 4/2003) und des Örtlichen Entwicklungskonzeptes Nr. 1/1997 (114. Änderung) beschließen.

GR. Prof. Mag. Teubl: In Zusammenhang mit diesem Antrag ist die Doppelfunktion von Stadtrat Lehner als Verantwortlicher für die Wirtschaft und für die Stadtentwicklung doch ganz interessant. Meiner Ansicht nach ist der vorgelegte Antrag wirtschaftsfeindlich und ich möchte meine Auffassung kurz erläutern.

Wels hat, wenn man den Statistiken trauen darf, mehr als 5 Quadratmeter Verkaufsfläche pro Einwohner und damit die mit Abstand höchste Zahl in ganz Österreich und wahrscheinlich weit über Österreichs Grenzen hinaus. Seit 2005 bzw. 2006, als durch das Max-Center und durch die SCW etwa 50.000 Quadratmeter dazu gekommen sind, steht Wels auf diesem hohen Level bei den Verkaufsflächen. Die Situierung dieser beiden Einkaufszentren am Rand der Stadt war damals sicher eine Fehlentscheidung, aber es nützt nichts mehr. Das ist nun einmal passiert und das Ergebnis haben wir gesehen; die Schwierigkeiten in der Innenstadt sind evident.

Und was machen wir jetzt? Wir erhöhen diese Verkaufsflächen noch einmal. Im Amtsbericht steht, dass etwa 1.500 Quadratmeter für einen Textilmarkt und einen Handel mit Autozubehör dazu kommen und etwa 800 Quadratmeter für einen Lebensmittelmarkt. Es kommen also insgesamt weitere 2.300 Quadratmeter dazu. Und ich glaube, dass das nicht notwendig ist. Gerade im Norden der Stadt gibt es meines Erachtens schon in ausreichender Zahl und in jeder Größenordnung diverse Groß- oder Verbrauchermärkte und besonders der Kaufmannschaft aus dem Bereich der Innenstadt tun wir nichts Gutes, wenn wir durch diesen Beschluss die Verkaufsflächen weiter erhöhen. Ich glaube, dass ein solcher Beschluss ein Verbrechen am Welser Handel bzw. an der Welser Innenstadt ist und daher wird die GRÜNE-Fraktion dieser Absicht nicht zustimmen. Wir sind der Meinung, dass endlich Schluss damit sein muss, immer weiter Verkehrserreger zu schaffen, immer mehr Großparkplätze zu errichten. Es werden laufend neue Flächen versiegelt für Verbrauchermärkte, die es in –zigfacher Ausführung ohnehin schon an allen Ecken und Enden unserer Stadt gibt.

GR. Schönberger: Nachdem ich in dieser Gegend ein unmittelbarer Anwohner bin, möchte ich um etwas bitten, wobei ich aber nicht als Verhinderer neuer Geschäftsflächen gelten möchte, denn die Gründe, um die es hier entlang der Autobahn geht, sind wirklich nicht sehr attraktiv für die Errichtung neuer Wohnhäuser. Jedenfalls würde ich mir wünschen, dass sich der Herr Verkehrsreferent endlich der Situation entlang der Oberfeldstraße annimmt, denn diese Situation gehört dringend einer Lösung zugeführt. Und nachdem die Einfahrt zu diesen neuen Geschäften mehr oder minder schräg vis-a-vis vom Bauhaus stattfinden soll, meine ich, dass sich jeder einmal die dortige Situation an einem Freitag-Nachmittag oder Samstag-Vormittag anschauen kann, um aus eigenem zu sehen, was ich damit meine. Dort gehörte wirklich dringend eine Lösung herbeigeführt und im Zuge dieses neuen Projektes wäre es sehr angenehm, könnte diese Lösung parallel hiezu stattfinden.

GR. Mag. Lehner: Wenn jetzt von Herrn Magister Teubl formuliert wurde, dass damit zusätzliche Geschäftsflächen kommen würden, dann ist das nicht korrekt. Die Firma Meir verfügt anderweitig über gewidmete Geschäftsflächen und sie tauscht diese im Verhältnis 1 zu 1,5 gegenüber diesen Flächen, die nun entsprechend gewidmet werden. Das bedeutet also, dass sich die Summe der Geschäftsflächen reduziert.

Dann, Herr Kollege Teubl, stellt sich die Frage, was sonst mit diesen Flächen entlang der Autobahn passieren sollte. Ich glaube also, dass es sich hier um eine sehr sinnvolle Bebauung handelt, um eine logische Fortführung der bestehenden Strukturen. Und für den Stadtteil Neustadt ergibt sich eine zusätzliche Bereicherung. Persönlich kann ich diesem Antrag also nur vollinhaltlich zustimmen.

StR. Lehner: Auf zwei Dinge möchte ich unbedingt eingehen. Es steht der Vorwurf im Raum, dass ich wirtschaftsfeindlich agieren und zweitens ein Verbrechen am Welser Innenstadthandel begehen würde.

Nun, wirtschaftsfeindlich agiere ich sicher nicht. Es gibt das ganz konkrete Anliegen von Wirtschaftsbetrieben, sich in der Oberfeldstraße ansiedeln, Erweiterungen durchführen und ein entsprechendes Angebot schaffen zu wollen. Es gibt eine intensive Nachfrage in Bezug auf Flächen, das heißt, es wird hier nichts einfach in die Luft produziert. Somit handelt es sich hier um etwas, das mit großer Überlegung angegangen wird.

Abgesehen davon haben wir als Stadt Wels in diesem Zusammenhang Wert darauf gelegt, dass insgesamt Geschäftsflächen reduziert werden, und zwar in einem anderen Teil der Stadt, wo es ein Überangebot gibt. Hier im Norden der Stadt gibt es aber auch eine Expansion in Bezug auf Wohnflächen, wobei ich sie darum bitte, an Puchberg zu denken und somit besteht auch ein Bedarf an Nahversorgern. Mit den Nahversorgern sind eigentlich kurze Verkehrswege verbunden.

Herr Teubl! Ich weiß nicht, wo sie ihre Autoersatzteile einkaufen, aber in der Innenstadt sind solche Geschäfte zumeist deplatziert. Solche Geschäfte finden sich üblicherweise dort, wo es auch ein passendes Parkplatzangebot gibt. Und wenn es schon eine Nachfrage nach einem solchen Händler gibt, dann sehe ich das nicht als Wirtschaftsfreundlichkeit, sondern ist es meines Erachtens im Gegenteil so, dass es eine Unterstützung der Wirtschaft darstellt, wenn Flächen angeboten werden, die tatsächlich gefordert werden. Und wenn es Eigentümer von Flächen gibt, die verwertet werden können, dann gilt es, auch diese zu unterstützen. Das ist ihnen nicht immer recht und man hat manchmal das Gefühl, dass sie Grundstückseigentümer eher von ihrem Eigentum befreien wollen. Ich bin hingegen der Meinung, dass man diejenigen, welche ihr Eigentum verwerten oder einer besseren Nutzung zuführen wollen, dabei unterstützen sollte. Und im konkreten Fall ist das eben so.

Der Antrag zu Punkt 18. der Tagesordnung wird mit

27 Ja-Stimmen (SPÖ-, FPÖ- und ÖVP-Fraktion)
gegen 3 Nein-Stimmen (GRÜNE-Fraktion)

angenommen.

GR. KommR. Baumgartner, GR. Raggl-Mühlberger und GR. Zaunmüller sind bei der Abstimmung über Punkt 18. der Tagesordnung nicht im Sitzungssaal anwesend, GR. Buttinger hat die Sitzung bereits verlassen.

19.)

Verordnung des Gemeinderates der Stadt Wels über die Änderung des Flächenwidmungsplanes Nr. 4/2003 (Änderung Nr. 152) und des Örtlichen Entwicklungskonzeptes Nr. 1/1997 (Änderung Nr. 117)
BZ-BauR-5014-2011

Der Antrag lautet nach Vorberatung im Wirtschafts- und Stadtentwicklungsausschuss am 23.04.2012, der Gemeinderat möge die als Anlage 23 beigefügte Verordnung über die Änderung des Flächenwidmungsplanes der Stadt Wels (152. Änderung des Flächenwidmungsplanes Nr. 4/2003) und des Örtlichen Entwicklungskonzeptes Nr. 1/1997 (117. Änderung) beschließen.

Einstimmig angenommen.

GR. Buttinger hat bereits die Sitzung verlassen.

20.)

Verordnung des Gemeinderates der Stadt Wels über die Änderung des Flächenwidmungsplanes Nr. 4/2003 (Änderung Nr. 153)
BZ-BauR-5020-2011

Der Antrag lautet nach Vorberatung im Wirtschafts- und Stadtentwicklungsausschuss am 23.04.2012, der Gemeinderat möge die als Anlage 24 beigefügte Verordnung über die Änderung des Flächenwidmungsplanes der Stadt Wels (153. Änderung des Flächenwidmungsplanes Nr. 4/2003) beschließen.

Einstimmig angenommen.

GR. Buttinger hat bereits die Sitzung verlassen.

21.)

Verordnung des Gemeinderates der Stadt Wels betreffend
Bebauungsplan Nr. 103/1.32 (Stadtteil: Innenstadt)
BZ-BauR-6020-2011

Der Antrag lautet nach Vorberatung im Wirtschafts- und Stadtentwicklungsausschuss am 23.04.2012, der Gemeinderat möge die als Anlage 25 beigefügte Verordnung betreffend Bebauungsplan Nr. 103/1.32 (Stadtteil: Innenstadt) beschließen.

Einstimmig angenommen.

GR. Buttinger hat bereits die Sitzung verlassen.

22.)

Verordnung des Gemeinderates der Stadt Wels betreffend
Bebauungsplan Nr. 621/2.10 (Stadtteil: Pernau)
BZ-BauR-6018-2011

Der Antrag lautet nach Vorberatung im Wirtschafts- und Stadtentwicklungsausschuss am 23.04.2012, der Gemeinderat möge die als Anlage 26 beigefügte Verordnung betreffend Bebauungsplan Nr. 621/2.10 (Stadtteil: Pernau) beschließen.

Einstimmig angenommen.

GR. Buttinger hat bereits die Sitzung verlassen.

23.)

Verordnung des Gemeinderates der Stadt Wels betreffend
Bebauungsplan Nr. 627/A.1 (Stadtteil: Pernau)
BZ-BauR-6021-2011

Der Antrag lautet nach Vorberatung im Wirtschafts- und Stadtentwicklungsausschuss am 23.04.2012, der Gemeinderat möge die als Anlage 27 beigefügte Verordnung betreffend Bebauungsplan Nr. 627/A.1 (Stadtteil: Pernau) beschließen.

Einstimmig angenommen.

GR. Buttinger hat bereits die Sitzung verlassen.

Vzbgm. Wimmer dankt für die Berichterstattung und übergibt den Vorsitz wieder an Bgm. Dr. Koits.

Berichterstatter Gemeinderat Johann Reindl-Schwaighofer

24.)

Initiativantrag der SPÖ-Gemeinderatsfraktion betreffend
Einrichtung eines Bildungsbeirates
DI-Verf-153-2012

GR. Reindl-Schwaighofer: Wir haben jetzt schon seit einigen Monaten eine sehr intensive Diskussion zum Thema Bildung, zur Bildungssituation in der Stadt Wels. Alle Fraktionen haben dazu schon unterschiedliche Initiativen ergriffen, Anträge eingebracht, Diskussionsbeiträge geliefert. Es hat dazu eine „Aktuelle Stunde“ gegeben und es hat auch eine intensive Diskussion über die Ergebnisse des Bildungsmonitorings von Statistik Austria gegeben. Und wir haben in Wels zur Feststellung der Bildungssituation eine große Studie gemacht, die anlässlich der Bildungskonferenz präsentiert wurde.

Schon bei der letzten Gemeinderatssitzung im Rahmen der „Aktuellen Stunde“ habe ich angekündigt, dass wir als SPÖ-Fraktion eine Initiative in der Richtung ergreifen werden, dass hier in der Stadt Wels das wichtige Thema „Bildung“ den notwendigen Stellenwert bekommt.

Und so liegt heute ein Antrag vor, welcher vorsieht, dass wir uns einen Bildungsbeirat zur Seite geben und wir damit versuchen, gemeinsam alle Bildungsakteure in der Stadt Wels bzw. Menschen, die im Bildungsbereich beschäftigt sind, egal ob das in Betrieben der Fall ist oder in den verschiedenen Institutionen der Bildung, in der Elementarpäda-

gogik oder im Bereich der Erwachsenenbildung, sozusagen an einen Tisch zu bekommen und damit dieses Zukunftsthema für Wels positiv zu bearbeiten.

Hat man in den letzten Tagen die Medien verfolgt, war festzustellen, dass sich zumindest zwei Fraktionen schon ziemlich genau festlegten, was sie mit diesem hier vorliegenden Antrag machen werden. Einerseits ist es die FPÖ, die diesen Antrag unter dem Motto „gründen wir nicht schon wieder einen Arbeitskreis oder einen Beirat“ ablehnt, aber andererseits ist es meines Erachtens die ÖVP, die hier den Vogel abgeschossen hat, indem sie einen Zusammenhang zwischen dem Vorsitzwechsel in der SPÖ-Fraktion und diesem Bildungsthema herstellte. Aber bitte, es sei allen unbenommen, dieses Thema auf diese Art diskutieren zu wollen.

Ich darf festhalten, dass für uns als SPÖ-Fraktion das Bildungsthema nicht nur ein Thema ist, das mit Anträgen bestückt oder mit Wortmeldungen ausgestattet wird, sondern es ist vielmehr für uns ein Thema, das wir im Interesse der Welser Bevölkerung angehen müssen. Und so haben wir uns eben dazu entschieden, den Antrag, so wie er vorliegt, einzubringen und zur Diskussion zu stellen.

Es ist natürlich so, dass dieser Bildungsbeirat den Bildungsausschuss des Gemeinderates nicht ersetzen könnte, genauso wenig wie der bestehende Kulturbeirat die Arbeit des Kulturausschusses ersetzen kann. Es muss uns allen klar sein, dass wir die Arbeit des Gemeinderates nicht einfach in einen Bildungsbeirat auslagern können. Vielmehr ginge es darum, uns der Kompetenz der Welser Bevölkerung, die in diesem Bereich beschäftigt ist, zu bedienen und zu versuchen, diese Leute in unsere Arbeit einzubinden. Wir hatten heute schon ein großes Thema hier im Gemeinderat, nämlich die Bürgermitbestimmung oder Bürgerbeteiligung und solch ein Bildungsbeirat könnte, falls wir es gut aufsetzen und gute Regulative entwickeln, eine ganz entscheidende Art von Bürgerbeteiligung für die Zukunft der Stadt Wels bedeuten. Meiner Ansicht nach ist dies also ein Thema, das wir angehen und nicht mit kleinlichen Hinweisen oder mit parteipolitischer Taktik ablehnen sollten. Ich fordere sie deshalb auf, gemeinsam mit uns den Beschluss auf Einrichtung dieses Bildungsbeirates zu fassen und in gemeinsame Verhandlungen darüber einzutreten, wie in Wels solch ein Bildungsbeirat aussehen könnte. Und dann sollten wir gemeinsam im Herbst dieses Bildungsnetzwerk für die Stadt Wels beschließen können.

Vzbgm. Eisenrauch: Dass jetzt ein Wechsel im Fraktionsvorsitz bei der SPÖ stattgefunden hat, trifft sich mit dieser Sache bestimmt rein zufällig. Unsere Ablehnung beruht ganz einfach darauf, dass dieser Bildungsbeirat eigentlich Ausfluss einer Bildungskonferenz ist, die nicht für alle als geglückt erschienen ist. Diese Bildungskonferenz hätte eigentlich „Beschäftigungskonferenz“ heißen müssen. Was könnten wir als Stadt Wels schon an Lehrinhalten vorgeben oder beschließen? Mich als Referentin der Stadt Wels – für die Erwachsenenbildung gibt es die Volkshochschule – betreffen die Krabbelstuben, die Kindergärten, die Horte und ich frage, ob wir da den Expertinnen und Experten, die es gibt und die ihre Konzepte haben, Vorschriften machen wollen? Wollen wir ihnen in irgendeiner Form sagen, was sie lehren sollen? Ich kann mir nicht vorstellen, dass uns das überhaupt zusteht.

Darüber, ob es vielleicht bei der Nachmittagsbetreuung Erweiterungen geben soll, ob eine verschränkte Schulform kommen soll, darüber können wir sicher Gespräche mit Experten abführen. Zu solchen Themen können wir uns beraten lassen, aber dafür brauche ich keinen Beirat zu gründen.

Und einen Kulturbeirat mit einem Bildungsbeirat zu vergleichen, das ist schon sehr weit hergeholt. Ein Kulturbeirat kann nämlich sehr wohl Anregungen in der Richtung geben, was im Bereich der Kultur geschehen könnte, aber eventuell im Bildungsbereich bei Lehrinhalten hineinzuregieren, das fände ich schon sehr vermessen.

Wenn jetzt auch noch von der Bürgerbeteiligung die Rede war, möchte ich auf die Noitzmühle hinweisen, wo wir heute sehr genau gesehen haben, wie das ablaufen kann. Privatinitiativen bzw. Vereine führen dort im Bereich der Bildung schon diese Lesenachmittage durch oder man geht Kindern im Rahmen der Aufgabenbetreuung zur Hand. Das wird schon gemacht und es hat niemand etwas dagegen, aber dafür brauche ich genauso wenig einen Bildungsbeirat.

Wenn ich aber lese, dass der Bildungsbeirat als Plattform für die Diskussion und Entwicklung von Konzepten in Fragen der Bildung, Betreuung und Erziehung von Kindern und Jugendlichen, aber auch von Erwachsenen in Wels dienen soll, dann wird mir wirklich angst und bang. Das würde nämlich für mich einen Rückfall in den Kommunismus bedeuten.

Ich glaube eigentlich, dass dieser Bildungsbeirat – das sage ich jetzt ganz bewusst – eine Spielwiese des Herrn Berichterstatter ist. Aber dafür geben wir von der ÖVP uns nicht her und sagen nein zu einem Bildungsbeirat.

StR. Kroiß: In der gebotenen Eile komme ich kurz auf die Ausgangssituation zu sprechen. Im Jänner 2012 mussten wir feststellen, dass 30 Prozent der Erwachsenen zwischen 20 und 24 in Wels keine abgeschlossene Berufsausbildung haben und dass wir damit im Oberösterreichranking an der traurigen letzten Stelle liegen.

Wir als FPÖ haben darauf einen Antrag im Gemeinderat gestellt, dass bei uns eine Bildungskonferenz abgehalten werden soll und dass geeignete Maßnahmen zu setzen wären, um diesbezüglich eine Verbesserung zu erreichen. Am 25.04. fand dann diese angebliche Bildungskonferenz statt, die, wie ich meine, ihr Ziel eindeutig verfehlte und zweitens den Namen „Bildungskonferenz“ nicht verdiente. Anstatt wirklich ernsthaft mit der Welser Wirtschaft zu diskutieren, wurden uns Zahlen präsentiert, die wir alle schon aus einer Studie aus dem Jahr 2009 kannten. Diese Studie besagt, dass es in einer Stadt Risikofaktoren gibt, die bewirken oder dazu beitragen, dass Jugendliche keine Ausbildung erhalten.

Bei dieser Bildungskonferenz wurde allerdings doch klipp und klar gesagt, dass das Bildungsniveau in Wels nicht sehr gut ist und dass die Verbesserung der Arbeitssituation sozusagen eine kontinuierliche Baustelle ist.

Ich habe eine Aussage von dir, liebe Anni Eisenrauch, nicht ganz verstanden, in welcher du zum Ausdruck brachtest, dass du mit dieser Bildungskonferenz zufrieden warst und der eingeschlagene Weg ein guter sei. Diese Aussage habe ich nicht ganz verstanden, aber du hast dich zuvor ebenfalls widersprochen.

Und ohne das Gremium, das sich am Podium einfand, abwerten zu wollen, meine ich doch, dass die Einladungspolitik hinterfragenswert ist. Man hätte dort wirklich mit Wirtschaftstreibenden, mit Vertretern der Wirtschaftskammer oder des WIFI sprechen können und wir hätten damit gleich einmal erfahren können, warum es an so vielem scheitert oder warum Welser Betriebe händeringend zwar Fachleute suchen oder auch

Lehrlinge aufnehmen würden, aber sehr viele an den Grundvoraussetzungen scheitern, nämlich an einem ordentlichen Lesen, Rechnen und Schreiben. Das sind oft die größten Probleme der Jugendlichen. Ich glaube doch, dass wir schon im Kindergarten alles daransetzen müssten, dass die Kinder ordentlich Deutsch lernen und weiters glaube ich, dass es notwendig ist, die Eltern mehr als bisher in die Pflicht zu nehmen. Die Eltern stellen nun einmal die erste Instanz für die Kindererziehung dar und man muss ihnen klar machen, dass das Dulden des Schulschwänzens nicht der richtige Weg ist und dass das etwas kosten kann, denn immerhin sind die Eltern für die Bildung ihrer Kinder verantwortlich.

Es gibt also sehr viel zu tun und wir müssten es rasch tun. Und hier bin ich beim Referenten: Wir müssen natürlich die Unterstützung aller Beteiligten einfordern. Aber was wir nicht brauchen – da bin ich mit der Frau Kollegin Eisenrauch d'accord – das ist ein Bildungsbeirat, der sich noch dazu als erstes ein Statut geben würde, ehe er zu arbeiten beginnen könnte.

Du hast einen Spruch getätigt, wobei ich allerdings nicht behaupten würde, dass er auf dich zutrifft. Dieser lautet: Wenn ich nicht mehr weiter weiß, dann gründ' ich einen Arbeitskreis. Irgendwo hat man aber trotzdem das Gefühl, als würde dieser Beirat diesen Weg gehen. Wir kennen doch die Probleme und wissen, dass wir sie rasch lösen müssen. Statt dessen fordert aber die SPÖ zuerst einmal ein Statut für diesen Beirat. Dann sollten Konzepte für die Bildung gemacht werden, dann geht es um die Bündelung des Wissens, die Förderung der Bildungskultur und schließlich soll es jährliche Bildungsberichte geben. Und dann machen wir noch empirische Untersuchungen. Ich glaube halt, dass das der falsche Weg wäre, der obendrein zu lange dauerte. Und aufgrund dessen werden auch wir diesen Beirat ablehnen.

GR. Wildfellner: Mich entsetzt irgendwo, dass man anscheinend nicht begreifen will, dass ein Bildungsbeirat, wie er von uns gefordert wird, eigentlich dazu dienen sollte, die Menschen auf breiter Basis auf das Thema „Bildung“ aufmerksam zu machen und die Wichtigkeit der Bildung hervorzuheben.

Ein wichtiger Punkt für mich ist jener, dass wir selbst in Wels am ehesten wissen sollten, woran es in Wels bei diesem Thema krankt. Wenn die Frau Eisenrauch meinte, dass das nicht so sehr eine Bildungskonferenz, sondern mehr eine Beschäftigungskonferenz sein sollte, dann meine ich, dass es ohne Bildung keine Beschäftigung geben kann.

Und für mich ist solch ein Beirat auch deshalb wichtig, weil es auch um die Bereitstellung der notwendigen finanziellen Mittel für die Förderung von Bildungsmaßnahmen geht. Um die geht es mir persönlich. Dort, wo die Wirtschaft ein Manko erkennt – speziell in der Erwachsenenbildung muss reagiert werden – kann durch Förderungen oder Zuwendungen seitens der Stadt oder auch durch breiteste Diskussionen etwas zur Lösung beigetragen werden.

StR. Huber: Ich verstehe es einfach nicht. Wir hatten eine Bildungskonferenz – über den Namen kann man sicher reden – und diese stellte immerhin eine Art von Auftakt dar. Wir erhielten einmal die Daten, es wurden uns die Handlungskorridore aufgezeigt und wir sollten irgendwo wissen, in welchen Bereichen anzusetzen ist. Und der logische nächste Schritt bestünde eben in der Einrichtung eines Bildungsbeirates und ich weiß wirklich nicht, warum man sich vor dessen Einrichtung so fürchtet. Vielleicht liegt es

wirklich daran, dass die Kollegin Eisenrauch meint, das könnte eine Spielwiese für den Herrn Kollegen Reindl-Schwaighofer sein; das ist womöglich der tatsächliche Grund für diese Ablehnung. Bei diesem Bildungsbeirat könnten doch wirklich alle „Player“ beteiligt werden, wie es so schon hieß und wie es doch der Wunsch der ÖVP und der Freiheitlichen war. Alle „Player“ aus dem Kindergartenbereich, aus dem Bereich der Wirtschaft etc. wollte man einladen, um zu erfahren, was wir tatsächlich brauchen. Allein diese Studie aus dem Jahr 2009 kann uns meines Erachtens nicht klar machen, was wir für die Zukunft alles brauchen. So brauchen wir eben alle „Player“ an einem Tisch und das sollte sich doch mit einem Bildungsbeirat ganz gut machen lassen. Ich glaube persönlich, dass es noch etwas braucht, etwa für die Dreijährigen, wo wir als Stadt sicher stark gefordert sind: Bieten wir wirklich für jedes Kind einen Platz im Kindergarten an? Und wie schaut es mit der Nachmittagsbetreuung in den Horten aus? Ich höre, wir haben eine Warteliste, die 25 Kinder umfasst. Hier könnte man meines Erachtens ansetzen.

Und was ist dann in jenem Bereich, wo uns die Kinder oder Jugendlichen nach der Pflichtschule verloren gehen? Was können wir in diesem Zusammenhang tun? Braucht es noch mehr Projekte für Jugendliche, die sozusagen am ersten Arbeitsmarkt nicht fit sind? Passen die Angebote? All das könnte in solch einem Beirat Einfluss finden; an all dem könnten wir arbeiten.

Und wenn du sagst, wir wollen rasch, sehr rasch eine Lösung haben, dann weiß ich nicht, wie diese Lösung aussehen soll, denn hiezu wurde noch nichts Konkretes erarbeitet. Vielmehr wird jetzt schon der erste Schritt verhindert, der ja noch überhaupt kein schlimmer Schritt ist. Es gibt auch einen Kulturbeirat und warum sollte ein Bildungsbeirat nicht ebenfalls Anregungen geben können? Ich würde mir halt von jenen, die im Bildungsbeirat sitzen, erwarten, dass sie uns sagen, wo wir am besten ansetzen könnten und wo es am ehesten einen Handlungsbedarf gibt.

GR. Haböck: Um es ganz kurz zu machen, Folgendes: Bundesministerium, Bildungsbeiräte der Kammern und Kirchen, Landesschulrat, Bezirksschulrat, Landesschulinspektoren, Bezirksschulinspektoren, Bildungsreferent der Landesregierung, Bildungsreferent der Stadt, Bildungsausschuss des Gemeinderates, Bundesschülervertretung, Landesschülervertretung, Schülerparlament, Schulgemeinschaftsausschuss, Lehrervertretung, Bundeselternverein, Landeselternverein, Elternverein der Schulen, Direktoren, diverse Bildungsvereine, Bildungsrichtungen der öffentlichen Hand: Somit ist das Letzte, was die Bildung braucht, ein weiterer Beirat.

GR. LAbg. Dr. Csar: Das Protokoll über diese Sitzung bzw. über das eben Gesagte wird wirklich sehr interessant. Ob das alles wirklich so schnell mitgeschrieben werden konnte, wie es unser Kollege Haböck sagte?

Sehr geehrter Herr Fraktionsvorsitzender Reindl-Schwaighofer! Den Vogel haben wir sicher nicht abgeschossen, nur weil hier etwas konstruiert wurde und dabei der Bildungsbeirat herauskam.

Zwischenruf GR. Reindl-Schwaighofer: Das ist eine Redewendung!

GR. LAbg. Dr. Csar: Das ist ihre Kreation und damit weiß nun jeder, wer der neue Fraktionsvorsitzende bei der SPÖ ist. Dazu gratuliere ich ihnen sehr herzlich. Dieser Umstand hängt aber wirklich nicht mit dem Bildungsbeirat zusammen.

Dieser Bildungsbeirat ist wirklich überflüssig. Wir haben genügend Ausschüsse, die sich mit diesem Thema auseinandersetzen können. Es gibt jedenfalls einen Bildungsausschuss, in welchem dieses Thema direkt behandelt werden kann. Dort kann man über alle Sachen reden, auch darüber, welche Fördergelder man weitergeben möchte. Es gäbe die Möglichkeit einer Budgeterhöhung für das Referat der Anna Eisenrauch etc. Für alle diese Dinge oder Maßnahmen bräuchte man keinen Bildungsbeirat. Das Unwesen der Beiräte bringt doch nicht unbedingt Lösungen. Wir sind vielmehr an praxisorientierten Lösungsansätzen interessiert, an Lösungsansätzen, die dann im Gemeinderat umgesetzt werden können und die der Bevölkerung von Wels eine Hilfestellung geben.

Ein Beirat ist ein Zeiträuber, insbesondere dann, wenn man sich überlegt, was jetzt bei der sogenannten Bildungskonferenz gemacht wurde. Es war enttäuschend, was hier als Bildungskonferenz bezeichnet und als solche derart stark in den Medien transportiert wurde. Ich muss also dem Kollegen Kroiß Recht darin geben, dass die Bildungskonferenz als solche diesen Namen nicht verdiente. Ich selbst habe mich dort zu Wort gemeldet und gesagt, dass ich mir gewünscht hätte, dass auch Vertreter der Lehrer, der Schulen, der Eltern, aber auch der Schülerinnen und Schüler anwesend wären, ebenso Vertreter der Wirtschaft, weil es wichtig ist, ganz konkret an Lösungsansätzen zu arbeiten.

Wenn jetzt gesagt wurde, man wisse noch nicht konkret, wie die Zusammensetzung des Bildungsbeirates aussehen solle und wenn man jetzt auch noch einen Vergleich der Zusammensetzung mit der Bildungskonferenz zieht, dann muss ich schon sagen, dass wir schon aus diesem Grund heraus danach trachten müssen, diesen Bildungsbeirat zu verhindern, weil damit gingen wir womöglich nur im Kreis herum.

Die Erziehung ist sicher ebenfalls ein wichtiges Thema, aber es gehört sicher nicht in den Bildungsbeirat. Erziehung ist sicher ein ideologisches Thema, das für jede Partei bestimmt einen wichtigen Faktor darstellt. Und wir von der ÖVP sind der Meinung, dass die Eltern in erster Linie die Ansprechpartner für Erziehung sind.

Last but not least auch noch eine Aussage zu den Beiräten. Will man wirklich Beiräte verstärkt einsetzen, dann würde ich meinen, dass man für ein anderes heißes Thema einen Beirat einsetzen könnte, für ein Thema, das für die Zukunft von Wels besonders wichtig ist, für künftige Investitionen in Wels. Man müsste sich also überlegen, ob man nicht einen Finanzbeirat einsetzen könnte, weil damit womöglich der Finanzausschuss oder der Finanzreferent überfordert ist. Darüber könnten wir ebenfalls eine schöne und interessante Diskussion führen. Vielleicht machen wir das beim nächsten Mal und da werden wir ja sehen, wie das mit den Beiräten weitergeht.

GR. Reindl-Schwaighofer: Ich bedanke mich für die rege Diskussion und darf mich bei Frau Huber und Frau Wildfellner bedanken, die es meiner Ansicht nach treffend geschafft haben, die Wichtigkeit des Bildungsbeirates herauszuarbeiten.

Es tut mir leid, aber wenn ich die verschiedenen anderen Diskussionsbeiträge zusammenfasse, muss ich sie ihnen unter der Überschrift „Themenverfehlung“ zurückgeben. Es geht hier nämlich nicht darum, dem Gemeinderat irgendeine seiner Kompetenzen wegzunehmen. Vielmehr geht es darum – hier hat der Kollege Haböck Recht – dass es zwar sicher eine Menge Stellen gibt, die sich mit der Bildung beschäftigen, wobei ich annehmen würde, dass er bei seiner Aufzählung sogar noch eine Menge dieser Stellen

vergessen hat, nur besteht eben das Problem darin, dass diese Stellen sehr oft parallel arbeiten, aber nicht zusammenarbeiten. Genau aus diesem Grund heraus hätte der Bildungsbeirat seine Existenzberechtigung, denn er würde eine gemeinsame Plattform für die Diskussion all dieser Probleme sein.

Und wenn davon die Rede ist, dass die Analyse bei dieser Bildungskonferenz nicht so ausfiel, wie sich das manche vorstellten, dann soll diese Meinung okay sein. Vielleicht lag hier von vornherein eine falsche Einschätzung vor. Die Bildungskonferenz hatte immer nur den Zweck, die erhobenen Daten zu präsentieren, nachdem immerhin 5.500 Fragebögen ausgefüllt zurückkamen. Es sollte auch die Bevölkerung selbst die Möglichkeit bekommen, über das Ergebnis informiert zu werden und von den Wissenschaftlern Antworten zu erhalten. Das war die Intention und es war nachmittags bei der Expertenkonferenz auch Herr Dr. Prugger von der Wirtschaftskammer anwesend, worauf ich sie an dieser Stelle hinweisen darf.

Und das Zitat aus der Presseaussendung der Frau Vizebürgermeisterin wurde ebenfalls schon erwähnt. Dass es da nicht um die Frage des Bildungsbeirates ging, sondern um andere Dinge, das ist für mich in diesem Zusammenhang selbstredend.

Andererseits ist es doch so, dass hier herinnen immer wieder Beiträge kommen, Anträge oder Wortmeldungen, mit denen man sehr wohl dokumentieren will, dass das Bildungsthema für die Stadt Wels ein ganz wesentliches sein sollte, aber wenn es dann um das Handeln geht, schaut es offenbar ganz anders aus. Vielleicht können sie doch noch einmal in sich gehen und diesen Antrag gemeinsam mit uns beschließen.

Der Antrag (Anlage 28) zu Punkt 24. der Tagesordnung wird bei

15 Ja-Stimmen (SPÖ- und GRÜNE-Fraktion)
gegen 18 Nein-Stimmen (FPÖ- und ÖVP-Fraktion)

abgelehnt.

GR. Buttinger ist bei Behandlung von Punkt 24. der Tagesordnung nicht mehr in der Sitzung anwesend.

Bgm. Dr. Koits dankt für die Berichterstattung.

Berichterstatterin Gemeinderätin Dipl.-Ing. Renate Leitinger

25.)

Initiativantrag der GRÜNE-Gemeinderatsfraktion betreffend
Erstellung eines Nutzungskonzeptes aus Gender-Perspektive für die Welser Spielplätze
und Implementierung dieses Konzeptes in die Grünraumplanung
DI-Verf-145-2012

GR. Dipl.-Ing. Leitinger: Wir GRÜNE möchten die Erstellung eines Konzeptes erreichen, und zwar speziell unter dem Gesichtspunkt des unterschiedlichen Nutzungsverhaltens von Jungen und Mädchen zur vorhandenen Spielplatz-Infrastruktur. Auf Basis einer Ist-Zustandserhebung soll ein gendergerechtes Nutzungskonzept erarbeitet werden. Dieses soll dann als Basis für künftige Neu- und Umplanungen bei den Spielplätzen der Stadt Wels dienen. Warum wollen wir das erreichen? Studien zeigen, dass Mädchen im öffentlichen Raum weniger zahlreich anzutreffen sind als Jungen bzw. sind sie stellenweise gar nicht anzutreffen. Dafür gibt es viele Gründe. Da spielt die Lage des Raums, eines Parks, eine Rolle, das fehlende Gefühl der Sicherheit, die mangelnde Überschaubarkeit, eine ungünstige räumliche Differenzierung oder eine ungünstige Ausgestaltung, ein schlechtes Angebot an attraktiven Aufenthaltsorten – die Mädchen haben hier eindeutig andere Bedürfnisse als Jungen – eine lieblose Gestaltung der Plätze usw.

Wie könnte solch ein Spielplatz aussehen, wenn er in Hinblick auf die Bedürfnisse der Mädchen geplant ist? Mädchen erproben gern ihre Geschicklichkeit in Turnübungen, sie wollen bei den Spielen testen und sie wollen sich gern an einen ansprechenden Ort zum Plaudern zurückziehen. Die Jungen hingegen schätzen eher wildere Sportarten, zum Beispiel Fußball. Die Nutzung der Ballspielanlagen, der BMX-Anlagen oder der Basketball-Felder erfolgt überwiegend durch männliche Parkbesucher und das ist auch bei den 50-jährigen der Fall. Mädchen sind durchaus am Ballsport interessiert, aber eher an Basketball und Volleyball, sie sind aber auch offen für Naturerfahrungen und Abenteuer.

Bei allem ist es wichtig, einen fairen Zugang für die Mädchen zu schaffen, damit nicht nur das Recht des körperlich Stärkeren gilt. Es soll den Mädchen ermöglicht werden, ihr Selbstbewusstsein zu stärken und sich auch im öffentlichen Raum zu behaupten. Ich denke, das sollte uns ein Anliegen sein. Um gewisse Spiel- und Sportarten auch für Mädchen zugänglicher zu machen, gibt es in Wien schon eigene Spielplätze für Mädchen.

Ein paar positive Beispiele für die Gestaltung der Spielplätze wären beispielsweise die Aufteilung der Plätze in Zonen. Es sollte Sportbereiche, Kommunikationsecken, Rückzugsbereiche, aber auch Naturbereiche mit einem Brunnen, einem Teich, mit Blumenwiesen geben. Auch gemütliche Sitzmöglichkeiten sollten vorhanden sein, denn für Mädchen ist das Sehen und das Gesehenwerden sehr wichtig und sogenannte Kommunikationsecken sollten ebenfalls geschaffen werden.

Diese Forderung der GRÜNEN nach einem Nutzungskonzept zur vorhandenen Spielplatzinfrastruktur unter dem Gesichtspunkt des unterschiedlichen Nutzungsverhaltens von Jungen und Mädchen hat auch einen finanziell angenehmen Nebeneffekt, und zwar in Hinblick auf die Förderung durch das Land Oberösterreich. In den Förderungsrichtlinien – da gibt es einen eigenen Katalog – steht zum Beispiel, dass bei der Planung eines Spielplatzes auch auf die Nutzbarkeit durch Mädchen Rücksicht zu nehmen ist, auf eine naturnahe Gestaltung des Spielgeländes und außerdem muss belegbar sein, dass eine Bedarfs- und Bedürfniserhebung – das wäre unser Nutzungskonzept – zum Thema „mädchengerechte Spielplätze“ durchgeführt wird.

In Wels wird nun der Gaspark nach seiner Umgestaltung der erste Park sein, der ebenso auf die Bedürfnisse von Mädchen eingeht und der nach diesen Förderkriterien sehr wohl förderwürdig wäre. Doch bei einem derartigen Spielplatz sollte es aus unserer Sicht nicht bleiben. Wir halten es für wichtig, ein Spielen im Freien für Mädchen und

Jungen zu ermöglichen. Daher denken wir, dass die Stadt ein Konzept unter dem Gesichtspunkt des Nutzungsverhaltens erstellen soll. Und darauf aufbauend soll in Zukunft die Neu- und Umplanung bei den Spielplätzen der Stadt durchgeführt werden. Wir ersuchen sie daher auch im Sinne der Mädchen um Zustimmung zu diesem Antrag.

GR. Pernkopf: Zu diesem Tagesordnungspunkt kann ich eigentlich nur sagen: Theoretischer und realitätsfremder geht es offenbar nicht mehr! Man könnte den GRÜNEN unterstellen, keinerlei Erfahrung aus der Kindheit oder aus der Erziehung mitzubringen, was ich aber nicht tue. Ich glaube nur: Alles und jedes reglementieren zu wollen, das halte ich schlicht für falsch. Im Gegenteil wäre ein integratives Verhalten wünschenswert, nicht eine Trennung von Mädchen und Buben. Für beide Geschlechter etwas anzubieten und eine gewisse Konfliktfähigkeit, das sollte im Vordergrund stehen. Wenn die Kinder nicht ein gewisses gesundes Durchsetzungsvermögen erlernen, nämlich im Spiel, dann bekommen sie im weiteren Leben vermutlich ganz große Schwierigkeiten. Dann stehen wir dort und da vor Herausforderungen, die ich auch in meinem Brotberuf habe. Mit diesen Problemen etc. muss man sich dann herumschlagen.

Wir stehen für eine gute Ausstattung der Spielplätze und haben das schon über Jahre hin eingefordert. Man muss sagen, dass auch schon sehr viel Positives passierte. Wir sind also für eine gute Ausstattung der Spielplätze für Mädchen und Buben, aber diesem Antrag können wir nicht zustimmen.

GR. Raggl-Mühlberger: Lassen wir unseren Kindern bitte selbst herausfinden, was ihnen gefällt. Greifen wir bitte nicht in das Spielverhalten unserer Kinder ein und lassen wir sie einfach Kinder sein. Spielplätze sind für viele Kinder die erste Möglichkeit, Erfahrungen in einer Gruppe mit dem Spielen zu machen, egal ob das das Schaukeln, das Sandkastenspielen, das Rutschen, das Herumturnen auf einem Piratenschiff, das Sitzen auf Schaukeltieren und vieles mehr betrifft. Das sind doch weitgehend Betätigungsmöglichkeiten auf Spielplätzen, die absolut geschlechtsneutral sind. All diese Spiele werden von Mädchen und Buben gemeinsam durchgeführt bzw. werden die Spielgeräte beiderseits gerne genutzt und genau aus diesem unkomplizierten Umgang miteinander ergeben sich die Chancen und die Vielfalt zur Entwicklung der individuellen Geschlechtsidentität. Die Gemeinsamkeiten sind jedenfalls größer als die Unterschiede. Die Auseinandersetzung mit der Geschlechtszugehörigkeit ist biologisch wie kulturell grundlegender Bestandteil der Identität jedes Kindes. Erzieherinnen müssen sie dabei ermutigen und unterstützen und sowohl Mädchen als auch Jungen vielfältige Möglichkeiten anbieten. Wenn man Kindern keine Spielräume in deren Persönlichkeitsentwicklung ermöglicht und keine Alternativen zur herkömmlichen Geschlechterrolle geboten werden, dann orientieren sie sich oft an traditionellen Bildern von Frauen und Männern. Je mehr wir die Kinder voneinander trennen und in eigenen Spielbereichen verstecken, umso mehr verhindern wir ein konstruktives Miteinander schon im Kindesalter. Selbst die sich aus dem Zusammenleben ergebenden Konflikte tragen zur jeweiligen Persönlichkeitsbildung bei.

Hören wir doch bitte auf, alles in Schemen zu pressen. Sind wir doch bitte froh darüber, dass es gemischte Klassen, gemischte Kindergartengruppen und auch gemischte Spielplätze gibt. In der Kinderpädagogik steht Androgynität als Erziehungsziel verankert und Androgynität bedeutet Überschreitung der typischen Geschlechterrollen und das Zeigen von Verhaltensweisen, die eigentlich dem jeweils anderen Geschlecht zugeschrieben werden. Androgynität wird als schützender Faktor identifiziert und gilt als Kompetenz für die Kinder von morgen.

Also lassen wir die Kinder gemeinsam spielen. Der Spielplatz soll Freude und Spaß bedeuten und er soll unsere Kinder zum Lachen bringen. Einzig und allein dazu ist er da und nicht, um auch dort noch Politik zu machen. Aus diesem Grund stimmen wir dem Antrag der grünen Fraktion nicht zu.

GR. Haböck: Erstens ein Ja zu Spielplätzen. Gerade wir als Junge ÖVP fordern seit Jahren, dass die öffentlichen Spielplätze attraktiviert werden, aber gehört wird das nicht, und zwar anscheinend deshalb nicht, weil hier keine Vereine und politischen Funktionäre dahinterstehen.

Jedenfalls bin ich in Zusammenhang mit diesem Antrag etwas verwirrt. Seit Jahren werden wir belehrt, dass Unterscheidungen zwischen Buben und Mädchen, zwischen den Geschlechtern falsch seien. Es sind sozusagen alle gleich und insofern sind auch die Bedürfnisse gleich. Und wir dürfen nicht differenzieren oder nichts vorgeben. Im 12. Bezirk in Wien gibt es schon seit Jahren den geschlechtsneutralen Kindergarten, in welchem sogar die Farbe Pink nicht vorkommt. Das war ein Modell, das immer sehr gelobt wurde, jetzt soll aber auf einmal in Wels ein öffentlicher Raum so gestaltet werden, dass eine Trennung der Geschlechter eher möglich wird. Die Frage in diesem Zusammenhang ist natürlich die, wer dann diese Trennung überprüft. Das wäre beispielsweise eine Aufgabe für die Ordnungswache. Diese könnten wir also zur Überwachung der Einhaltung dieser Trennung auf die Spielplätze schicken.

Diese Trennung erinnert mich auch sehr an die früheren getrennten Eingänge für Knaben und Mädchen an den Schulen, wie es damals hieß. Bis vor ein paar Jahrzehnten war das so – das ist demnach gar nicht so lange her – und dass das auf einmal die GRÜNEN wieder haben möchten, überrascht mich doch ein bisschen.

Außerdem stellt sich natürlich die Frage, von wem solch ein Konzept erstellt werden soll. Welche steuerfinanzierte NGO wird damit befasst? Wie viele Soziologinnen braucht man dafür, die der Stadt Wels erklären, in welche Ecke eine gendergerechte Rutsche zu stellen ist? Also, das ist doch wirklich nicht die Aufgabe der Stadt Wels. Und dass jetzt die öffentliche Hand auf den Spielplätzen ideologisch geartete Erziehungsmaßnahmen setzen soll, das geht mir bei aller Liebe zu Spielplätzen doch zu weit.

Die Sache ist doch eigentlich ganz einfach. Wer als erster zum Spielen dort ist, der ist eben als Erster dort und wenn die Schaukel schon besetzt ist, können sie später Kommende nicht benützen. Es gibt keinerlei Berechtigung der öffentlichen Hand, hier ordnend einzuschreiten und es schadet den Kindern in ihrer Entwicklung sicher nicht, sich einmal mit Gegenwehr konfrontiert zu sehen. So etwas hört man in einem Vorsorgestaat natürlich nicht sehr gerne, aber andererseits meine ich, dass es auch niemand von den hier anwesenden Erwachsenen geschadet hat, mit Gegenwehr konfrontiert zu werden.

Wie schon gesagt wurde: Diesem Antrag werden wir auf keinen Fall zustimmen!

GR. Markus Wiesinger: Ich möchte mich heute primär als Vater bei diesem Punkt zu Wort melden, weil mich dieser Antrag wirklich schockiert. Ich habe einen 6- und einen 8-jährigen Sohn und ich möchte diesen nicht erklären müssen, wo sie auf einem Spielplatz etwas tun dürfen oder nicht. Ich bin vielmehr froh darüber, wenn sie auf den Spielplatz gehen, aber dass ich ihnen erklären müsste, wo sie spielen dürfen und wo nicht, weil sie Buben sind und gewisse Bereiche für Mädchen reserviert sind, also –

sind sie mit bitte nicht böse, liebe Vertreter der GRÜNEN – das geht doch eindeutig zu weit. Ich frage sie, wo fängt es mit solchen Dingen an und wo hört es auf? Denke ich beispielsweise an den Straßenverkehr, so wissen wir aus verschiedenen Studien, dass im Schnitt Männer aggressiver fahren als Frauen. Und müssen wir deshalb eigene Straßen für Frauen und für Männer bauen? Ich meine also, dass mit diesem Antrag das Ziel eindeutig verfehlt wurde.

Ich schließe mich hier mit einer Frage an den Kollegen Haböck an. Ich frage also, was sie unter einer gendergerechten Rutsche verstehen. Wie schaut also eine Rutsche für Mädchen aus und wie eine Rutsche für Buben? Und wie schaut das bei einer Sandkiste aus, wie bei einer Schaukel? Ich kann mir das alles nicht vorstellen und ich bitte darum, mir das vielleicht im Anschluss noch zu erklären.

StR. Huber: Ich muss ehrlich sagen, dass ich leicht schockiert bin. Wollen sie das nicht verstehen? Können sie das nicht verstehen? Warum schwingt hier so viel Zynismus mit?

An sich ist doch die Sache ganz klar. Ich lese jetzt einfach etwas vor. „Genderperspektive richtet den Blick auf die Lebensverhältnisse von Frauen und Männern in unserer Gesellschaft. Die Genderperspektive ist der erste Schritt, um Geschlechterverhältnisse im Sinne von Chancengleichheit in allen Lebensbereichen zu verändern.“

Und wissen sie eigentlich, was mit diesem Nutzungskonzept lediglich verbunden ist? Es geht darum zu prüfen, ob die Möglichkeit der gleichberechtigten Nutzung von Spielplätzen vorhanden ist, und das liegt ganz einfach an der Gestaltung. Und die Frau Diplomingenieurin Leitinger hat ja zuerst schon gesagt, was damit verbunden ist. Da geht es beispielsweise um die Ausleuchtung, die Sicherheit und um mädchengerechte Möglichkeiten. Schauen sie doch einmal auf unsere Spielplätze und sie werden sehen, dass wir dort sogenannte Funcourts haben, andererseits wissen wir, dass Mädchen lieber Volleyball spielen oder Badminton. Man braucht nur einmal zu sehen, wie das ist und warum sollten wir das den Mädchen nicht anbieten? Um viel mehr geht es gar nicht.

Die Stadt Wien macht das schon seit dem Jahr 1999 und man bräuchte nur ein bisschen nachlesen, um zu wissen, was dort gemacht wird. Ich weiß schon, dass viele meinen: Wien ist anders! Aber ich denke mir, auch Wels ist anders, wenn ich mir heute diesen Gemeinderat so ansehe.

Jedenfalls geht es hierbei überhaupt nicht um eine Trennung der Geschlechter. Vielmehr geht es darum, für beide Seiten etwas anzubieten. Wir sollten darauf schauen, ob wir wirklich sowohl für Mädchen als auch für Burschen etwas anbieten. Ich nenne jetzt ein Beispiel, auf das ich selbst zwar wahnsinnig stolz bin, aber mein Sohn sagte mir dazu etwas Spezielles, nämlich zur Skaterhalle. Ich finde, diese Skaterhalle stellt ein tolle Sache dar, aber mein Sohn sagte: Diese Halle ist eigentlich nur für Burschen. Ich musste ihm direkt Recht geben, denn es gibt ja wirklich nicht sehr viele Mädchen, die skaten. Und ich höre dann auch noch: Und wann macht die Stadt etwas für Mädchen? Es geht hier also um Angebote einerseits für Mädchen, andererseits für Burschen, nicht aber um eine Trennung.

GR. Haböck: Die Frau Stadträtin Huber hat jetzt den Versuch unternommen, die Sache etwas zu glätten und ich muss sagen, dass ihnen das in gewisser Weise gelungen ist. Trotzdem bleibt, dass der Antrag der GRÜNEN darauf abzielt, eigene Bereiche für

Mädchen und Buben zu schaffen. Wenn sie davon sprechen, dass in der Argumentation viel Zynismus steckt, dann muss ich sagen, dass es nun einmal die Ironie dieses Antrages ist, dass sich gerade die GRÜNEN hinstellen und meinen: Wir brauchen etwas für Mädchen, beispielsweise eine Blumenwiese, auf der sie spielen können und wir brauchen sonst noch dies und jenes. Die Burschen spielen Fußball und die Mädchen machen halt etwas anderes. Das geht genau in die Richtung, dass seit Jahren von der öffentlichen Hand, von den Politikern den Bürgern erklärt wird, wie sie zu leben haben, wie sie sich im öffentlichen Raum zu benehmen haben und eigentlich hieß es auch, dass zwischen den Geschlechtern nicht mehr unterschieden werden darf. Dann stellen sich die GRÜNEN aber hin und sagen, dass wir Blumenwiesen für Mädchen brauchen, weil halt Mädchen lieber in einer solchen Umgebung gesehen werden wollen.

Ich meine hingegen, dass es einmal im Sinn aller Welserinnen und Welser wäre – das hat mit dem Geschlecht überhaupt nichts zu tun – dass die Spielplätze ganz allgemein in Ordnung gebracht werden, bevor dann vielleicht noch von Blumenwiesen und Volleyballplätzen gesprochen wird. Ich habe es zuvor schon angedeutet: Wenn man schon sechs Jahre braucht – umgesetzt ist es noch immer nicht – bis man im Gaswerkpark Streetsoccerplätze baut, die es in anderen Ländern schon seit 30 Jahren gibt und deren Errichtung seit 15 Jahren überhaupt kein Problem mehr darstellt, dann meine ich, dass es doch besser wäre, bei den Grundaufgaben zu verbleiben, welche die öffentliche Hand zu verrichten hat und schauen wir, dass die bestehenden Flächen ordentlich instandgesetzt werden. Vergeben wir doch nicht wieder neue Aufträge für die Erarbeitung neuer Konzepte, mit denen sich erst wieder –zig Experten beschäftigen bzw. damit, in welche Ecke was kommt.

Bleiben wir doch einmal bei den ganz harten Tatsachen. Die Spielplätze in Wels befinden sich teilweise in einem katastrophalen Zustand und kümmern wir uns zuerst einmal darum.

Die Beleuchtung ist schön und gut, aber was die Beleuchtung mit einer Genderperspektive und mit Chancengleichheit am Arbeitsplatz zu tun hat, das ist mir noch immer schleierhaft.

Bgm. Dr. Koits: Eines möchte ich jetzt einmal zurückweisen, nämlich dass sich die Spielplätze in Wels teilweise in einem katastrophalen Zustand präsentieren. Ich schaue mir alle Spielplätze jährlich zwei- oder dreimal an und kann nur sagen, dass sich die Mitarbeiter von der Stadtgärtnerei wirklich bemühen, die Spielplätze in Schuss zu halten.

Zwischenruf GR. Haböck: Also, bitte! Was ist beispielsweise mit dem Spielplatz an der Sandwirtstraße?

GR. Prof. Mag. Teubl: Meine Damen und Herren von der ÖVP und von der FPÖ! Ich bin einigermaßen erschüttert über einige der Beiträge, die ich hier vernehmen musste.

Zwischenruf: Das macht überhaupt nichts!

GR. Prof. Mag. Teubl: Es fehlt eigentlich nur noch, dass sie unseren Antrag mit der Apartheidpolitik im früheren Südafrika vergleichen. Da steht doch der Vorwurf im Raum, dass wir eine Trennung von Buben und Mädchen auf den Spielplätzen haben wollen, hätten sie aber der Frau Kollegin Diplomingenieur Leitinger richtig zugehört und hätten

sie nicht nur versucht, ihre vorgefertigten Redebeiträge loszuwerden, dann hätten sie sehr wohl gehört, dass es nicht darum geht, irgendeine Trennung herbeizuführen. Vielmehr geht es darum – ich darf das noch einmal kurz zusammenfassen in der Hoffnung, dass es dann leichter verstanden wird – dass die jetzt auf den Spielplätzen vorhandenen Angebote von den Mädchen nicht in ausreichendem Maße angenommen werden, weil sie schlicht und ergreifend ihren Bedürfnissen nicht oder nur zum Teil entsprechen. Somit geht es uns darum, dass zusätzliche Angebote geschaffen werden, die diesen Bedürfnissen, die Mädchen von sich aus äußern, entgegenkommen. Und das heißt nicht, dass sich auf einer Blumenwiese keine Buben aufhalten dürfen oder dass in eine Skaterhalle nicht auch Mädchen hineingehen dürfen. Es ist nun aber Realität, dass sich Mädchen in einer Skaterhalle zumeist nur dann aufhalten, wenn sie in einen Skater verliebt sind.

GR. KommR. Baumgartner: Ich habe mir nichts für diese Debatte vorbereitet, aber wenn ich mir das so anhöre, Herr Magister Teubl, finde ich, dass es sich so ein bisschen um einen Streit um des Kaisers Bart handelt. Ich würde somit meinen, dass die Botschaft sehr wohl angekommen ist und die für die Spielplätze zuständigen Stellen der Stadt Wels sollen das eben umsetzen, soweit dies möglich ist. Ich glaube nicht, dass es dazu extra eines Antrages bedarf, über den wir abstimmen müssen. Es soll halt, wenn möglich, gemacht werden.

Eines muss ich aber auch sagen. Beim Lesen des Antrags bekommt man schon irgendwie den Eindruck, dass das Ganze auf eine Trennung hinausläuft und wenn dem nicht so ist, dann sollte man halt einen Antrag von vornherein so schreiben, dass eben zum Ausdruck kommt, was man wirklich haben möchte. Als ich das gelesen habe, hat mich die Sache schon an einen Zustand erinnert, den wir längst vergangen glaubten. Es hat doch vor ca. 50 Jahren die Mädchen- und die Bubenklassen gegeben und so etwas kommt einem in Erinnerung, wenn man diesen Antrag liest.

Jedenfalls würde ich zur Güte vorschlagen, dass sich das die zuständigen Abteilungen zu Herzen nehmen und dann hoffe ich, dass alle zufrieden werden.

GR. Reindl-Schwaighofer: Ich habe zuerst einmal von Themenverfehlung gesprochen und so ist es hier genauso. Ich möchte sie deshalb bitten, die Anträge selbst gründlich durchzulesen, ehe sie darüber diskutieren. Da steht nämlich all das nicht drinnen, was jetzt so an Diskussionsbeiträgen gekommen ist.

Im Wesentlichen geht es bei diesem Antrag darum, dass das Nutzungsverhalten der Mädchen – um die geht es hier speziell – anders ist als jenes von Buben. Man weiß, dass Buben fordernder und viel durchsetzungsfähiger sind, wenn es um „Reviere“ geht. Und man weiß, dass Mädchen immer stärker zurückweichen. Aus diesem Grund sollten die Dinge so organisiert oder gestaltet werden, dass alle in diesen Freiräumen Entwicklungsmöglichkeiten vorfinden.

Die Frau Stadträtin hat ein für mich sehr plakatives Beispiel genannt, nämlich die Skaterhalle. Und um solche Fragen geht es hier, um nicht mehr und nicht weniger.

Wer von uns hätte sich vor 20 oder 30 Jahren gedacht, dass es einmal eine Gendermedizin geben wird bzw. dass es einmal ganz wichtig sein wird, für Frauen eine andere Medikation zu haben als für Männer, weil nun einmal die Physiologie eine andere ist.

Insgesamt geht es bei der Gleichberechtigung nicht um eine Gleichmacherei, sondern darum, dass alle die gleichen Chancen vorfinden. Und bei diesem Antrag, denke ich mir, sollte es wirklich nicht darum gehen, dass wir unser kleinbürgerliches Mütchen an den GRÜNEN ausleben, sondern dass wir gemeinsam in unserer Stadt den jungen Mädchen und den jungen Burschen eine Chance geben, sich zu entwickeln. Und der Beitrag der Stadt hierzu könnte diese Initiative sein.

GR. Dipl.-Ing. Leitinger: Ich muss ebenfalls sagen, dass ich tief erschüttert wegen dieser geballten Ladung an Zynismus bin, welcher hier von Seite der ÖVP und der FPÖ herüberkommt.

Von Herrn Teubl, von Frau Huber und von Herrn Reindl-Schwaighofer wurde ausdrücklich betont, dass es nicht darum geht, die Burschen und Mädchen zu separieren, sondern vielmehr darum, die Wünsche und Bedürfnisse eines Teiles der Welser Bevölkerung anzuerkennen. Zu diesen Bedürfnissen gibt es Studien – wir wissen, was die Mädchen brauchen – nur haben wir bisher die Ergebnisse zwar nicht unbedingt ignoriert, aber wir haben uns jedenfalls keine größeren Gedanken darüber gemacht, was wir aber zumindest aus unserer Sicht jetzt doch tun sollten, denn Mädchen sind ebenfalls ein Teil der Welser Bevölkerung. Offensichtlich ist das noch nicht ganz durchgedrungen, wenn zum Beispiel von Teilen der ÖVP gemeint wird, Mädchen müssten lernen, sich durchzusetzen. Da denke ich mir, dass das so ein bisschen eine Steinzeitsoziologie ist. Ich denke, dass den Mädchen sehr wohl Räume angeboten werden sollen, wo sie sich zurückziehen können, die ihren eigenen Bedürfnissen entsprechen. Und da kann man sich nicht einfach auf den Standpunkt zurückziehen und sagen: Die Mädchen sollen sich halt durchsetzen. Das funktioniert in der Realität nicht so einfach.

Deshalb nochmals mein Appell: Lassen sie sich diesen Antrag durch den Kopf gehen. Wollen wir für die Mädchen in unserer Stadt etwas tun oder nicht? Und wenn wir etwas tun wollen, dann verbinde ich damit das Ersuchen um Zustimmung für unseren Antrag.

Der Antrag (Anlage 29) zu Punkt 25. der Tagesordnung wird bei

14 Ja-Stimmen (SPÖ- und GRÜNE-Fraktion)
gegen 18 Nein-Stimmen (FPÖ- und ÖVP-Fraktion)

abgelehnt.

Vzbgm. Wimmer ist bei der Abstimmung zu Punkt 25. der Tagesordnung nicht im Sitzungssaal anwesend, GR. Buttinger hat die Sitzung bereits verlassen.

Bgm. Dr. Koits: Auch wenn jetzt dieser Initiativantrag mit Mehrheit abgelehnt wurde, werde ich in meiner Funktion den recht pragmatischen Vorschlag des Herrn Baumgartner aufgreifen und selbstverständlich schauen, wo wir auf Spielplätzen vielleicht eine ähnliche Lösung finden können wie beim Gaspark, ohne dass es eines aufwendigen Konzeptes oder dergleichen bedürfte.

Ansonsten danke ich für die Berichterstattung.

Berichterstatter Gemeinderat Prof. Mag. Walter Teubl

26.)

Jahresbericht 2011 der Kontrolle und Revision (gem. § 39 Abs. 3 StW.)
MD-IR-2-2012

Der Antrag lautet nach Vorberatung im Kontrollausschuss am 03.05.2012, der Gemeinderat möge den als Anlage 30 beigefügten Jahresbericht 2011 der Kontrolle und Revision zur Kenntnis nehmen.

GR. Schönberger: Ich möchte mich an dieser Stelle bei der Beamtenschaft, speziell bei Frau Mag. Österreicher für die hervorragende Arbeit bei der Abwicklung der Kontrollen bedanken.

Der Antrag zu Punkt 26. der Tagesordnung wird

einstimmig angenommen.

27.)

Initiativantrag der GRÜNE-Gemeinderatsfraktion betreffend Au-Deklaration
DI-Verf-148-2012

GR. Prof. Mag. Teubl: Die GRÜNE-Fraktion legt ihnen hiermit den Entwurf einer Au-Deklaration vor. Sie werden vielleicht die Frage stellen, wozu das nötig ist bzw. wieso das überhaupt notwendig erschiene. Wir glauben: Ja, es ist notwendig, weil die Traunau wie kein anderes Gebiet im Bereich von Wels frequentiert ist, ganz besonders an den Wochenenden. Aber auch unter der Woche wird die Traunau von der Welser Bevölkerung sehr gut angenommen und sie hat eine enorme Bedeutung als Erholungslandschaft. Wir glauben daher, dass diese Aulandschaft uneingeschränkt erhaltungswürdig ist.

Die Traunau jenseits der Wehr, also flussaufwärts, ist schon seit längerer Zeit unter Schutz und wir haben bereits das Natura-2000-Gebiet, womit der Schutz der Traunau ab der Autobahn in Richtung Westen sichergestellt ist. Trotzdem haben wir noch einen gewissen Schutzbedarf für diesen Erholungsraum. Immer wieder kommt es vor, dass Begehrlichkeiten in Richtung Umwidmung von Grundstücken geäußert werden und hin und wieder werden solche Umwidmungen tatsächlich genehmigt. Wir GRÜNE glauben allerdings, dass wir als Gemeinderat ein für alle Mal feststellen sollten, dass es in Zukunft solche Umwidmungen nicht mehr geben darf und die Traunau in ihrem derzeitigen Umfang erhalten bleiben soll. Wir glauben, dass die Traunau im Bereich der Stadt Wels auf einer Breite von 200 Metern unter diesen besonderen Schutz gestellt werden soll und dass in dieser Zone künftig großflächige Rodungen bzw. Umwidmun-

gen auszuschließen wären. Wir glauben weiters, dass innerhalb einer Zone von 100 Metern dort, wo bereits gerodet wurde, eine Aufforstung erfolgen soll, das heißt, es wäre damit zumindest in einer Breite von 100 Metern dieser Schutz gewährleistet. Dazu müsste man freilich den Grundstücksanrainern entsprechende Anreize geben.

Wir sind weiters dafür, dass die derzeit im „Örtlichen Entwicklungskonzept“ ausgesprochene Baulandbegrenzung im Zuge einer künftigen Weiterentwicklung des ÖEK beibehalten werden soll.

Weiters sind wir dafür, dass der Bürgermeister der Stadt Wels gemeinsam mit den Nachbargemeinden diesen Erholungsraum unter Schutz stellen soll. Es wären diesbezügliche Gespräche notwendig. Die Bürgerinnen und Bürger der Stadt Wels sind ja genauso gern auf dem gegenüberliegenden Traunufer unterwegs bzw. ist es umgekehrt ebenso, sodass wir durchaus gemeindeübergreifend tätig werden sollten, damit eben dieser Erholungsraum erhalten bleibt.

GR. Zaunmüller: Ich fasse mich kurz, denn die Zeit ist schon sehr fortgeschritten. Es handelt sich aber um ein wichtiges Thema und deshalb seien mir doch ein paar Anmerkungen gestattet.

Grundsätzlich ist jede Wortmeldung, die sich mit der Traun beschäftigt, eine gute Wortmeldung, wie ich meine, denn mit der Traun bzw. mit der Traunau haben wir tatsächlich ein Naturjuwel vor der Haustür. Leider bin ich immer noch nicht ganz zufrieden, was die Gestaltung des Traunufers betrifft. Ich bin aber doch zuversichtlich, dass wir mehr Bänke bekommen, mehr Mistkübel, mehr Hundeklos und ich bin auch zuversichtlich, dass wir noch eine Toilettenanlage für die Spaziergängerinnen und Spaziergänger bekommen.

Was ich aber nicht für so gut finde, das ist der Antrag der GRÜNEN-Fraktion und ich begründe dies wie folgt. Wir haben in Oberösterreich ein ausgezeichnetes Natur- und Landschaftsrecht, wodurch mittlerweile schon 7 % der Fläche Oberösterreichs geschützt sind. Wir haben ein Schutzprogramm für 945 Tierarten und 409 Pflanzenarten. Dann haben wir in Wels ein Stadtentwicklungskonzept und wir haben – der Magister Teubl hat es schon angesprochen – auch das EU-Recht zu befolgen, nämlich mit dem zum „Natura 2000“ erklärten Gebiet, das sich etwa von der Kleingartenanlage Noitzmühle bis nach Gunskirchen erstreckt. Das heißt demnach, es gibt unserer Meinung nach schon genug Vorschriften, Erlässe, Verordnungen und wir brauchen nicht zusätzlich die Au-Deklaration.

Ich bin jedoch davon überzeugt, dass der Herr Bürgermeister die entsprechenden Kontakte knüpft. Wir hätten damit meiner Meinung nach eine Überreglementierung, eine selbstgewählte Eigenbindung der Stadt Wels und dass so etwas gerade die grüne Fraktion haben möchte, wo sie doch eher für mehr Freiheit, mehr Privat und wenig Staat eintritt, das überrascht mich doch ein wenig.

GR. Prof. Mag. Teubl: Herr Kollege Zaunmüller, sie haben tatsächlich die Sache auf den Punkt getroffen. Das ist es, was wir haben wollen, nämlich eine Eigenbindung der Stadt Wels, ähnlich wie es Salzburg mit der Grünlanddeklaration machte. Damit wird in Salzburg für künftige Generationen Grünraum in der Stadt erhalten und das wollen wir damit ebenfalls erreichen.

Sie wissen so wie ich, dass die Traunau kein Bereich ist, der naturschutzwürdig wäre, das heißt, es handelt sich nur um eine naturnahe Landschaft. Es handelt sich also um keine Landschaft, die zum Naturschutzgebiet erklärt werden könnte, aber es ist jedenfalls ein Gebiet, das für die Stadt Wels einen Erholungswert hat, der unbestritten ist. Genau darum geht es. Es geht um die Erhaltung dieser Erholungslandschaft, so wie sie sich jetzt darstellt bzw. soll sie davor geschützt werden, durch diverse Umwidmungen, großflächige Rodungen, wie sie beispielsweise erst heuer auf Thalheimer Gemeindegebiet stattgefunden haben, angeknappert zu werden. Es soll ein für alle Male klar sein, dass künftige Generationen die Traunau in einem Zustand vorfinden sollen, wie er derzeit besteht.

Und dass darüber hinaus Attraktivierungsmaßnahmen im Bereich dieses Raumes möglich bzw. notwendig sind, dass es auch darum gehen soll, mehr Abfallbehälter oder Bänke aufzustellen, regelmäßige Au-Säuberungen mit der Freiwilligen Feuerwehr zu organisieren und vieles andere mehr, das ist keine Frage. Aber die Grundlage muss unserer Meinung nach jene sein, dass wir nicht immer wieder einzeln gezwungen werden sollten, über gewisse Dinge nachzudenken, also ob vielleicht an diesem oder jenem Punkt in unserem Stadtgebiet diversen Interessen oder Nutzungsbegehren nachgekommen werden soll. Es wird hier also eine Festlegung angestrebt bzw. ist das sehr wohl Sinn und Zweck dieses Antrags. Und so ersuche ich sie um ihre Zustimmung.

Der Initiativantrag (Anlage 31) wird bei

3 Ja-Stimmen (GRÜNE-Fraktion)
gegen 26 Nein-Stimmen (SPÖ-, FPÖ- und ÖVP-Fraktion)
abgelehnt.

Vzbgm. Wimmer, GR. Schönberger, GR. Wildfellner und GR. Markus Wiesinger sind bei der o.a. Abstimmung nicht im Sitzungssaal anwesend, GR. Buttinger hat die Sitzung bereits verlassen.

28.)

Initiativantrag der GRÜNE-Gemeinderatsfraktion betreffend Velo-City-Charta
DI-Verf-149-2012

GR. Prof. Mag. Teubl: Im Jahr 2009 gab es eine Konferenz verschiedener Städte, die den Radfahrverkehr besonders fördern wollen. Das war die sogenannte Velo-City-Konferenz. Und bei dieser Konferenz wurde eine Charta erarbeitet, die Charta von Brüssel, in der sich einerseits klassische Fahrradstädte wie Kopenhagen, München oder Genf, andererseits Städte, die mit der Förderung des Fahrradverkehrs erst beginnen wollten, zusammengefunden haben. Insgesamt sind es nun schon 60 Städte, welche diese Charta unterzeichneten, aus Österreich die Städte Graz und Linz.

Welchen Sinn hat es, ein solches Dokument zu unterzeichnen? Diese Charta zielt in zweierlei Richtungen. Zum Ersten verpflichten sich die Städte, die ihr beitreten, bestimmte Ziele anzustreben, Ziele wie die Erreichung eines Anteils der Fahrräder am Gesamtverkehr im Ausmaß von mindestens 15 Prozent bis zum Jahr 2020 oder eine Reduktion von Radverkehrsunfällen im Ausmaß von 50 %. Die weiteren Ziele haben sie in schriftlicher Form vor ihnen.

Andererseits hat diese Charta auch den Sinn, dass Städte in großer Zahl an die EU mit dem Appell herantreten, diese Ziele zu unterstützen und in verschiedenen Richtungen für den Radfahrverkehr tätig zu werden, zum Beispiel durch Einrichtung einer Arbeitsgruppe im EU-Parlament, durch Zurverfügungstellung von Budgets zur Förderung des Radfahrverkehrs oder auch durch Installierung einer entsprechenden Verantwortlichkeit im Rahmen der EU-Kommission.

Warum kommt jetzt dieser Antrag? Wir glauben, dass in Wels einiges für den Radverkehr getan wurde, andererseits noch viel getan werden kann. Wir glauben, dass hier noch ein enormes Potential brach liegt und es durchaus sinnvoll erscheint, sich ein ambitioniertes Ziel zu setzen. Wels hatte laut letztem uns vorliegenden Bericht über die Wahl von Verkehrsmitteln – das beruht auf der Verkehrserhebung im Jahr 2001 und leider ist seither kein weiterer Bericht erschienen – einen Radfahrverkehrsanteil in Höhe von 10,6 %, während dieser im Jahr 1992 noch bei 12,9 % lag. Es ist also bei uns sogar ein Rückgang dieses Anteils gegeben und wir werden sehen, was die neuen Zahlen ergeben. Vielleicht ist es in der Zwischenzeit wieder zu einer leichten Zunahme gekommen, aber jedenfalls müsste doch ein Radfahrverkehrsanteil in Höhe von 15 % in Wels ganz leicht zu schaffen sein. Ich glaube sogar, dass man mittelfristig die Ziele noch höher ansetzen könnte. So gibt es in Graz bereits einen Radfahrverkehrsanteil von 16 %, in Salzburg einen von 20 % und sogar in einem ganzen Bundesland, nämlich in Vorarlberg – bekanntlich ist das ein Bundesland, das nicht nur ganz eben verläuft – gibt es einen solchen Anteil von 15 Prozent.

Wir glauben also, dass die Anstrengungen auf dieser Ebene in Wels verstärkt werden sollen und dass der Beitritt von Wels zu dieser Velo-City-Charta ein Beitrag dazu wäre, einerseits zusammen mit anderen diese Ziele weiter zu verfolgen und auch Einfluss auf die EU zu nehmen, weitere Maßnahmen zu setzen. Und zum Dritten sollte Wels in einer Art Selbstverpflichtung noch stärker als bisher in diesem Bereich tätig werden. Ich ersuche um Unterstützung dieses Antrages.

StR. Kroiß: Der Kollege Teubl hat wahrscheinlich genauso aufmerksam wie ich den Zeitungsartikel über den oberösterreichischen Drahtesel gelesen. Ich weiß nicht, wer sonst noch diesen Artikel kennt, aber jedenfalls stand dort geschrieben, dass in Linz einstimmig beschlossen wurde, dass man diese Velo-City-Charta unterschreiben werde. Nachdem in Linz dieser Antrag von den GRÜNEN eingebracht wurde, habe ich gewusst, dass auch in Wels dieser Antrag von den GRÜNEN kommen würde und deshalb ließ ich dazu bereits diverse Vorerhebungen durchführen.

Vor allem habe ich mir den Originaltext dieser Charta schicken lassen, denn bei allem, was man in Brüssel unterschreibt, muss man ja ein bisschen aufpassen, damit nicht vielleicht ein kleiner Pferdefuß dabei ist. Und ich kann dem Kollegen Teubl nur zustimmen bzw. würde auch ich diese Charta unterschreiben, weil wir uns damit verpflichten würden, Fahrradmaßnahmen zu einem festen Bestandteil urbaner Mobilitäts politik zu machen. Und der Kollege Teubl hat bereits zugestimmt, dass dank der vor-

ausschauenden freiheitlichen Verkehrspolitik sehr viel zum Thema „Radfahren“ in Wels umgesetzt wurde. So haben wir die Verkehrsunfälle bereits gesenkt, und zwar von 133 im Jahr 2003 auf 82 im Jahr 2010. Wir haben das Parken für Fahrräder verbessert. So haben wir am Bahnhof versperrbare Boxen aufgestellt und damit eine Antidiebstahlmaßnahme durchgesetzt.

Derzeit haben wir einen Wettbewerb laufen, mit dem wir den fahrradfreundlichsten Betrieb suchen. Und wir haben eine Fahrradbeauftragte installiert und die Verkehrsplanung arbeitet sehr eng mit den Welser Radlern zusammen.

Ich glaube, dass wir zu diesem Thema schon sehr viel getan haben und ich glaube, dass es bis zum Jahr 2020 ganz locker gelingen wird, den Anteil des Radfahrverkehrs auf 15 % zu heben, weil erstens planerische Maßnahmen durchgeführt werden und zweitens sollten sie bedenken, wie hoch jetzt der Benzinpreis ist und wie hoch dieser im Jahr 2020 sein wird. Wahrscheinlich werden wir alle im Jahr 2020 mit dem Rad fahren.

Ich sehe deshalb die Unterzeichnung dieser Charta als eine Zustimmung der Welser GRÜNEN zur Freiheitlichen Verkehrspolitik und somit werden wir diesem Antrag zustimmen.

GR. Hoflehner: Ich bin jetzt nicht so ganz in dieser euphorischen Stimmung, was die Radfahrer anbelangt und ich möchte auch erklären, warum das so ist.

Am Anfang komme ich zu einem Artikel vom 5. Mai im Kurier. Der sehr markige Titel lautete: „Der Krieg auf der Straße.“ Da geht es also um eine ganz tolle Geschichte bzw. darum, dass es die Autofahrer gibt, die Radfahrer, Fußgänger, Motorradfahrer und unter diesen Gruppen gibt es natürlich eine gewisse Hierarchie; und das schwächste Glied in dieser Kette stellen halt die Fußgänger dar. Das ist aber nichts Neues bzw. ist das nur etwas markig aufgemacht.

Zum Zweiten wurde von Herrn Stadtrat Kroiß schon darauf hingewiesen, was in der Vergangenheit so alles gemacht wurde und was aktuell jetzt so im Gang ist. Das stimmt schon alles. Es gibt eine Radfahrkarte und, und, und. Das alles ist ganz toll und so nebenbei haben wir jetzt auch noch versperrbare Radboxen am Bahnhof. Das alles sehe ich natürlich positiv.

Und dann komme ich jetzt zum Wort von Walter Teubl bzw. zum Potential. Ich sehe das nun aus der Sicht eines Users, wie es heute so schön heißt. Ich bin jener, der gern mit dem Rad fährt, allerdings nicht mit dem Rennrad oder mit dem Mountainbike außerhalb von Wels, das heißt, ich fahre ganz banal bzw. einfach so wie früher und wie das meiner Meinung nach künftig alle tun werden. Ich fahre mit einem ganz gewöhnlichen Rad in die Stadt herein und wieder retour oder irgendwohin und ich kann sagen, dass ich wieder „back to the roots“ komme. Ich habe das früher auch so gemacht, wobei ja manche hier herinnen wissen, dass früher das Radfahren einen Quantensprung an Mobilität bedeutete.

Wir haben uns in der Familie gegen ein zweites Auto entschieden und ich fahre halt mit dem Radel. Das ist somit „gerecht aufgeteilt“, aber ich genieße das Radfahren. Jedenfalls stelle ich so beim Herumfahren diverse Dinge fest. Zum Beispiel überrascht mich immer wieder, wie sehr inzwischen Autofahrer auf Radfahrer aufpassen, wobei natürlich Ausnahmen die Regel bestätigen. In dieser Hinsicht kann ich manches nicht bestätigen,

was so herumgeredet wird. Andererseits überrascht es mich immer wieder, wie wenig Radfahrer auf Fußgeher aufpassen. Und es überrascht mich, wie plötzlich sowohl stadteinwärts als auch stadtauswärts Radwege im Nirvana verschwinden. Als User ist man natürlich manche Dinge bald einmal gewohnt, aber als Nichtanwender oder einer, der halt seltener irgendwo fährt, kommen manche Dinge direkt überraschend auf einen zu. Von den Scherben, die so herumliegen, möchte ich jetzt gar nicht näher sprechen.

Ich möchte mich nun aber in konstruktiver Kritik mit diesem Antrag auseinandersetzen.

Es handelt sich hier wirklich um eine tolle Charta und ich bin sehr froh darüber, dass man sich Ziele setzt. In der SPÖ-Fraktion hat es lange Zeit nicht eben viele Radfahrer gegeben, in der Zwischenzeit erhielt ich aber eine sehr prominente Unterstützung in Sachen Radfahren und das macht natürlich meine Position in der SPÖ in dieser Frage um einiges stärker. Jedenfalls ist die Meinung in der SPÖ-Fraktion jene, dass wir vor einer Unterschrift seitens der Stadt Wels bei dieser Charta, gegen die wir an sich nichts haben, nochmals überlegen sollten, was wir in der Realität wirklich vorfinden, nämlich für die radfahrende Bevölkerung und was aus irgendwelchen Gründen noch nicht vorhanden ist. Und vielleicht sollten wir uns erst dann diesen Zielen der Charta unterwerfen oder eben streng auf deren Erfüllung achten.

Es hat einmal eine Auszeichnung für die Stadt Wels als „fahrradfreundliche Gemeinde“ gegeben, die irgendwo aufgehängt war und auf welcher man eine Klingel sehen konnte. Ich habe heute noch nach dieser Auszeichnung gesucht, aber die ist irgendwohin verschwunden. Es gibt hierfür mehrere Varianten, wie ich in der kurzen Zeit erfahren konnte. Eine Variante lautet dahingehend, dass diese von Herrn Stadtrat Kroiß entfernt worden sei. Jedenfalls ist es schon eine lange Zeit her, dass wir diese Auszeichnung erhielten und der Herr Bürgermeister wird sich wahrscheinlich noch näher daran erinnern.

Nochmals auf den Punkt gebracht, darf ich Folgendes sagen. Wir als SPÖ-Fraktion glauben – der Verkehrsausschuss wäre hier wahrscheinlich die richtige Institution – dass wir vorerst einmal eine echte Bestandsaufnahme machen sollten, um zu eruieren, ob wirklich schon alles so ausgereift ist, ob die Markierungen wirklich so toll angebracht sind, ob es wirklich ein geschlossenes Radwegenetz gibt, wer in Wels wo Vorrang hat und es stellt sich auch die Frage, ob man in der Bevölkerung wirklich genau weiß, wann man alle Rechte hat, beispielsweise als Fußgeher, als Radfahrer oder vielleicht als Autofahrer. Ich glaube, dass diese Dinge vor Unterzeichnung der Charta gründlich durchbesprochen werden sollten.

GR. Prof. Mag. Teubl: Lieber Klaus Hoflehner! Ich bin jetzt aus deiner Wortmeldung nicht ganz schlau geworden, was das Abstimmungsverhalten der SPÖ betrifft. Offensichtlich gibt es keine Zustimmung, was umgekehrt eine Ablehnung des Antrages bedeuten würde.

Persönlich glaube ich, dass wir nicht unbedingt alles untersuchen müssen, ehe wir uns eine Selbstverpflichtung auferlegen und ehe wir uns das Ziel setzen, den Radfahrverkehr in Wels mehr als bisher zu fördern. Deshalb ist mir diese Haltung nicht ganz verständlich. Ich ersuche jedenfalls um Zustimmung für diesen Antrag.

Der Initiativantrag (Anlage 32) wird bei

13 Ja-Stimmen (FPÖ- und GRÜNE-Fraktion)
gegen 20 Nein-Stimmen (SPÖ- und ÖVP-Fraktion)

abgelehnt.

GR. Buttinger ist bei der o.a. Abstimmung nicht mehr in der Sitzung anwesend.

29.)

Initiativantrag der GRÜNE-Gemeinderatsfraktion betreffend
Auflassung der Tannenstraße
DI-Verf-150-2012

GR. Prof. Mag. Teubl: Wir haben heute bereits über das Stadtteilkonzept Noitzmühle diskutiert und abgestimmt. Schon bei der Präsentation dieses Stadtteilkonzeptes ist aufgefallen, dass eines der Ziele, die sich dieses Stadtteilkonzept stellt, nämlich eine verbesserte „Durchwegung“ und eine verbesserte Aufschließung des Stadtteils Noitzmühle gegenüber der Traunau, unter anderem dadurch erschwert wird, dass es in west-östlicher Richtung eine ziemlich breite Straße gibt, die ausschließlich dazu dient, drei Einfamilienhäusern eine Zufahrt zu ermöglichen. Meines Wissens nach ist ursprünglich diese Straße dadurch entstanden, dass geplant war, dort weitere Objekte zu errichten, also entlang der Südkante der Noitzmühle eine weitere Einfamilienhausbebauung durchzuführen. Davon wurde aber inzwischen Abstand genommen und so erscheint diese überdimensionierte Straße als Zufahrt zu drei Häusern nicht mehr notwendig bzw. erscheint sie als obsolet.

Sieht man sich diesen Stadtplan an – wir haben versucht, ihnen mit Hilfe eines Luftbilds zu verdeutlichen, um welchen Straßenzug es sich handelt, wobei allerdings die Kopie so schlecht ist, dass man nicht wirklich die Dinge gut erkennen kann, aber ich gehe davon aus, dass viele von ihnen vom eigenen Augenschein her die Situation kennen – dann weiß man, dass diese Tannenstraße von der Noitzmühlstraße aus in Richtung Osten führt und dann eigentlich in einen der Äste der Lärchenstraße übergeht. Dieser Teil der Lärchenstraße dient dazu, die Zufahrt zu mehreren Reihenhäusern zu ermöglichen, nur endet halt diese Straße plötzlich bei einem Blumentrog. Und so ist eben die Weiterfahrt zu diesen vorhin von mir angesprochenen drei Objekten nicht möglich.

Heute wurde schon an anderer Stelle erwähnt, dass es sich dabei um eine Privatstraße handeln würde, ein Umstand, der mir bisher nicht bekannt war. Ich denke aber, dass auch mit den Eigentümern der Privatstraße Verhandlungen geführt werden könnten, um die Straße für weitere drei Objekte nutzbar zu machen.

Gut, wahrscheinlich werden wir dann ohnehin gleich die Gegenargumente vernehmen, jedenfalls lautet aber der Antrag dahingehend, die als „Tannenstraße“ bezeichnete Aufschließungsstraße entlang des Traunradwegs im Süden der Noitzmühle aufzulassen und eine Wiederbegrünung durchzuführen. Diese Maßnahme würde es ermöglichen,

dass die Bewohner der Noitzmühle tatsächlich einen ungehinderten Zugang zur Traunau bekommen und nicht tausende Quadratmeter für einen sehr geringen Nutzen asphaltiert werden.

GR. Reindl-Schwaighofer zur Geschäftsordnung: Ich stelle hiermit den Antrag zur Geschäftsordnung, diesen Initiativantrag an den zuständigen Ausschuss zur weiteren Beratung zu verweisen.

Der Geschäftsordnungsantrag von GR. Reindl-Schwaighofer auf Zuweisung gst. Initiativantrages (Anlage 33) an den zuständigen Ausschuss zur weiteren Beratung wird mit

20 Ja-Stimmen (SPÖ- und ÖVP-Fraktion)
gegen 13 Nein-Stimmen (FPÖ- und GRÜNE-Fraktion)

angenommen.

GR. Buttinger ist bei der Abstimmung über o.a. Geschäftsordnungsantrag nicht mehr in der Sitzung anwesend.

Bgm. Dr. Koits: Ich stelle fest, dass aufgrund dieses Geschäftsordnungsantrages der Initiativantrag der GRÜNEN an den Verkehrsausschuss zur weiteren Beratung zugewiesen wurde.

Ich danke für die Berichterstattung.

Dringlichkeitsantrag der FPÖ-Gemeinderatsfraktion, betreffend Beauftragung der Stabstelle „Kontrolle und Revision“ mit der Prüfung des laufenden Betriebes der Welios Betriebs-GmbH:

Bgm. Dr. Koits stellt fest, dass der Dringlichkeitsantrag (Anlage 2) allen Gemeinderats- und Stadtsenatsmitgliedern aufgelegt wurde und nunmehr über den Sachantrag selbst diskutiert wird.

StR. Dr. Rabl: Angesichts der fortgeschrittenen Zeit werde ich mich bei Erörterung dieses Antrages entsprechend kurz halten.

Es geht im Wesentlichen darum, dass wir am 12.12.2011 einen Gesellschafterzuschuss für die Jahre 2011, 2012 und 2013 beschlossen haben, wozu es eine Anlage 1 zum Amtsbericht gab und darin waren andere Zahlen enthalten als jene, die dem Aufsichtsrat der Gesellschaft am 30.11.2011 vorgelegt wurden; und daraus ergeben sich einige Unklarheiten, Herr Bürgermeister. Bei manchen Zahlen steht zwar ein Sternderl, bei anderen wieder nicht und wo wir ein Sternderl haben, steht etwas von einem Eröffnungsaufwand dabei, nur ist daran komisch, dass dieser Eröffnungsaufwand so hoch ist

wie die Kosten des Welios für 1 ½ Jahre, aber das kann mir wirklich niemand erklären. Wenn sie sich das anschauen, so steht in der Anlage 1 zum Amtsbericht ganz klar drinnen, dass sich die Erlöse bzw. Erträge auf 766.000 Euro stellen, tatsächlich beliefen sich aber die Erträge auf 1,7 Mio. Euro. Die Personalkosten belaufen sich nicht, wie in der Anlage 1 dargestellt, auf 414.000 Euro, sondern auf 1,049 Mio. Euro. Das heißt also, man hat hier um 600.000 Euro zu wenig hingeschrieben. Das bedeutet andererseits Personalkosten für 1 ½ Jahre, die hier unter den Tisch gefallen sind. Und angesichts dessen vermute ich schon, Herr Bürgermeister, dass diese Anlage nicht so ausgeführt wurde, wie das geschehen hätte sollen, denn das Sternderl, das etwas erklären hätte sollen, fehlt bei einigen Zahlen schlicht und einfach. Es fehlt zumindest bei den Aufwänden und Erträgen. Eine Position ist überhaupt weggekommen, nämlich die Position „Erlöse, Lieferungen und Leistungen“, die ursprünglich noch da war. Ob das ein Zufall, ein Fehler oder sonst etwas ist, das will ich jetzt gar nicht beurteilen, aber jedenfalls glaube ich, dass es sinnvoll wäre, dass sich die Kontrollstelle unter Beiziehung von externen Fachleuten mit der Prüfung des Betriebs des Welios beschäftigt und uns dann gesagt wird, welche Zahlen tatsächlich richtig oder falsch sind.

Nachdem sehr viele Zahlen herumschwirren, bin ich der Meinung, dass diese Prüfung rasch gemacht werden sollte, weil ja ein Privatisierungsprozess im Laufen ist und dieser meines Erachtens auf richtigen Zahlen basieren sollte, denn sonst wird ja der ganze Prozess schwierig bzw. wird er womöglich in Frage gestellt. Ich meine somit, dass dieser Antrag notwendig ist, um hier weiterzukommen und Klarheit zu schaffen.

GR. Reindl-Schwaighofer zur Geschäftsordnung: Ich stelle den Antrag zur Geschäftsordnung, diesen Dringlichkeitsantrag dem Präsidialausschuss zur weiteren Beratung zuzuweisen.

Der Geschäftsordnungsantrag von GR. Reindl-Schwaighofer auf Zuweisung gst. Dringlichkeitsantrages (Anlage 2) an den Präsidialausschuss zur weiteren Beratung wird mit

23 Ja-Stimmen (SPÖ-, ÖVP- und GRÜNE-Fraktion)
gegen 10 Nein-Stimmen (FPÖ-Fraktion)

angenommen.

GR. Buttlinger ist bei der Abstimmung über o.a. Geschäftsordnungsantrag nicht mehr in der Sitzung anwesend.

Dringlichkeitsantrag der drei Stadtsenatsfraktionen betreffend Beschlussfassung einer Resolution an die Österr. Bundesregierung zur Vorsteuerregelung:

Bgm. Dr. Koits: Dieser Dringlichkeitsantrag (Anlage 3) wurde ebenfalls bei den Tischen aufgelegt und es wurde ihm aufgrund der tatsächlichen Eile die Dringlichkeit zuerkannt. Ich stelle die Frage, ob es noch Wortmeldungen zum Sachantrag selbst gibt.

Der Bürgermeister stellt fest, dass es zum Sachantrag selbst keine Wortmeldungen gibt und lässt sodann gleich hierüber abstimmen.

Der Sachantrag (Anlage 3) wird

einstimmig angenommen.

Bgm. Dr. Koits stellt fest, dass damit alle Tagesordnungspunkte erledigt sind und erklärt mit einem Dankeschön für die regen Diskussionen diese Sitzung für geschlossen.

Der Vorsitzende:

Für die Fraktion der SPÖ:

Für die Fraktion der FPÖ:

Für die Fraktion der ÖVP:

Für die Fraktion der GRÜNEN:

Schriftführer: